

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Belüftet für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beranunungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: vierteljährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pfg., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Deutsches Ausland 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Wie war es möglich?

Nach den Enthüllungen des Wiederaufnahmeverfahrens im Meineidsprozeß Schröder ging durch die ganze Presse, mit Ausnahme weniger reaktionärer Blätter, ging durch die ganze Öffentlichkeit die erste Frage: Wie war es nur möglich, daß das Schwurgericht im Jahre 1895 zu einer Verurteilung Schröders und der übrigen sechs Mitangeklagten gelangen konnte! Wie war es möglich, daß auf die positive Bekundung eines einzigen Polizeizeugen von der Verjährlichkeit eines Mütter hin sieben ehrenwerte Männer wegen Meineids ins Zuchthaus geworfen werden konnten, während doch 15 Zeugen unter ihrem Eid die Aussagen der sieben Angeklagten voll auf bestätigt hatten! Und weiter ist dann mit Zug und Recht die Frage aufgeworfen worden: Wie war es möglich, daß damals das Gericht auf die Bekundungen eines Mütter ein so ungeheures Gewicht legen konnte, während ihm doch mindestens die lebhaftesten Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Kronzeugen aufsteigen mußten?!

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Redner der sozialdemokratischen Fraktion diese letztere Frage dahin präzisiert: Waren der Staatsanwaltschaft im Jahre 1895 die Eigenschaften des Mütter so völlig unbekannt, daß sie diesen Zeugen mit Recht als einwandfreien Zeugen betrachten konnte? Und weiter: War der Staatsanwaltschaft aber bereits Kenntnis von dem exzessiven Charakter des Mütter und den ihm zur Last gelegten Verfehlungen geworden; wie konnte sie es mit ihrer Amtspflicht vereinbaren, die Aussagen dieses Mannes als ausschlaggebend gegen die sieben unbescholtenen Angeklagten auszusprechen?

Bekanntlich zog es der sonst so redselige Justizminister vor, diese Frage trotz immer dringlicherer Wiederholung völlig unbeantwortet zu lassen, so daß der sozialdemokratische Redner das kategorische Verlangen an ihn richten mußte, ungefäumt eine gründliche Untersuchung einzuleiten, damit endlich Licht in die Ungeheuerlichkeiten des damaligen Verfahrens gebracht werde.

Als freiwilliger Regierungskommissar legte sich der nationalliberale Abgeordnete Haarmann, ehemaliger Staatsanwalt und derzeitiger Landgerichtsdirektor, für die Essener Staatsanwaltschaft ins Zeug. Es sei eine beispiellose Ehrenkränkung, auch nur von ferne den Verdacht auszusprechen, daß der Staatsanwaltschaft etwas Nachteiliges über Mütter bekannt gewesen sein könnte, ohne daß sie in der gewissenhaftesten Weise Nachforschungen über die Person und die Zeugenqualität dieses Gasteins der Anklage eingezogen hätte. Nun, wir können dem nationalliberalen Regierungskommissar und Verteidiger der Massenjustiz den Schmerz nicht ersparen, ihn an dieser Stelle den Nachweis zu führen, daß der Essener Staatsanwaltschaft, und nicht nur ihr, sondern auch den damaligen Geschworenen, wirklich eine Reihe von Tatsachen bekannt geworden waren, die sie bei objektiver Auffassung ihres verantwortungsvollen Amtes unbedingt zur größten Vorsicht in der Bewertung der Zeugenaussage des Mütter hätten veranlassen müssen. Wenn das gleichwohl nicht geschah, so nur deshalb nicht, weil das damalige Gerichtsverfahren in der Tat den Charakter eines politischen Tendenzprozesses der schlimmsten Art trug, weil man damals dem Gendarmen Mütter trotz der eigenartigen Beleuchtung seiner Persönlichkeit blindlings Vertrauen schenkte, nur weil er Gendarm, Vertreter der Staatsgewalt war, während man das Zeugnis der zahlreichen Entlastungszeugen ignorierte, bloß weil man in unsäglicher politischer Verblendung und aus instinktivem Massenhaß diese Zeugen für Sozialdemokraten, also als Staatsfeinde, für Menschen hielt, die fähig wären, ohne Bedenken einen Meineid zu schwören!

Wie die Staatsanwaltschaft alle Register zog, um die Geschworenen, die ausschließlich Unternehmerräten oder dem Beamtentum der Großunternehmerschaft angehörten, politisch zu fanatisieren und zu hypnotisieren, das beweisen ja die Ausführungen, die damals von der Staatsanwaltschaft gemacht wurden. Sagte doch Staatsanwalt Peterjohn in seinem Plädoyer:

Parteiinteresse und Parteileidenschaft ist das Motiv der Tat. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist die „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung“ der Mund der Sozialdemokratie. Diese Zeitung und auch die Führer suchen die Klüft, welche zwischen den Klassen liegen, zu erweitern. Die Feindschaft gegen die leitende Klasse, die Ordnungsparteien, die staatlichen Beamten, führt zu solchen Verbrechen. Die Sozialdemokratie dieses Schlanges — ich sage mit Bedacht nicht: die Sozialdemokratie überhaupt — hat den pflichterfülltesten Beamten am stärksten. Sie, meine Herren Geschworenen, haben manchen Streit hier selbst erlebt und Sie kennen daher die Verhältnisse hier ebenso gut wie ich. Auf der einen Seite stehen die Zeugen des christlichen Bergarbeiterverbandes, auf der andern die, die mehr oder weniger der sozialdemokratischen Partei angehören. Ersteren ist der Eid heilig, denn sie sind religiös; letzteren ist die Religion Privatsache. ... Neue Meineide in unendlicher Zahl sind geschworen worden. Sie, meine Herren Geschworenen, haben der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen und

ich bitte Sie, das Schuldig des wissentlichen Meineides auszusprechen.
Auch der andere Staatsanwalt, Herr Mantell, beantragte das Schuldig wegen wissentlichen Meineides. Er berief sich besonders auf die Aussagen Mütter, von dem er sagte:

Die Glaubwürdigkeit des Mütter ist gar nicht anzuzweifeln, mag er hier angefeindet werden, wie er will. Das Zeugnis des Mütter steht vollständig intakt da. Die Tatsachen, die heute gegen ihn vorgebracht sind, sprechen doch nicht dafür, daß Mütter ein seine Befugnisse überschreitender Mann ist. Wenn der Gendarm Mütter selbst mal einen Puff oder Knuff zuviel austeilte, so muß man ihm das nicht zur Last legen. Er darf ja seine Befugnisse nicht überschreiten.

Auf der einen Seite begegnen wir also der Charakterisierung der sozialdemokratischen Zeugen als unglaubwürdiger, infolge der politischen Verheugung jedes Meineids fähiger Individuen, während auf der andern Seite Mütter als absolut glaubwürdige Persönlichkeit hingestellt wird. Und das, trotzdem in der Verhandlung selbst von einwandfreien nichtsozialdemokratischen Zeugen Mütter als ein zu rohen Exzessen und größten Amtsüberschreitungen neigender Mensch geschildert worden war, trotzdem sein Verhalten vor Gericht selbst bewies, wie sehr ihm jede Selbstbeherrschung fehlte und wie leicht es ihm wurde, auf das vagste Gerede hin die schwersten Anschuldigungen gegen Ehrenmänner zu erheben — man erinnere sich nur seiner struppelosen Anschuldigung des Rechtsanwalts Niemeyer, die ja auch in der diesmaligen Verhandlung eingehend zur Sprache gebracht wurde!

Vedor wir jedoch zeigen, welche Beschuldigungen selbst in der damaligen Verhandlung gegen Mütter erhoben wurden, noch ein Wort über die Art, wie von der Polizei bei der Vordernahme verfahren worden war. Daß Mütter selbst, der in dem Prozeß doch Partei war, dessen ihm von Schröder und Genossen vorgeworfene Ausschreitungen doch den Angelpunkt des ganzen Verfehrens bildeten, von der Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen in seiner eigenen Sache betraut worden war, daß ihm dergestalt die Möglichkeit gegeben worden war, die Zeugen zu bestaussen und einzuschüchtern, ist nur eine der vielen Unbegreiflichkeiten dieses Prozesses. Aber auch die Art, wie der andere Belastungszeuge, Kommissar Brockmeyer, seine Eintragungen in die Akten gemacht hatte, verdient niedriger gehängt zu werden. Dieser Zeuge, der Vorgesetzte Mütter, befandete eine erstaunliche Emfänglichkeit, jedem der in Frage kommenden Entlastungszeugen das Stigma der Sozialdemokratie anzuhafeln. So gab er wahrheitswidrig an, daß der Zeuge Juschneider Senft Sozialdemokrat sei, ja sogar schon sozialdemokratische Versammlungen eintreten habe. Von einem anderen Zeugen, dem tschechischen Bergmann Cika, der kein Wort Deutsch konnte, hatte er sogar den Vermerk in die Akten gebracht, daß er ein Agitator der sozialdemokratischen Partei sei, eine Angabe, die damals selbst das Richterkollegium in Heiterkeit ausbrechen ließ! So wurde jeder Zeuge, dessen Aussage der Polizei unbequem war, ohne weiteres zum Sozialdemokraten gestempelt. Den Sozialdemokraten aber stellte dann die Staatsanwaltschaft ihrerseits das Zeugnis aus, daß sie ihrer politischen Gesinnung wegen ohne weiteres des Meineides fähig seien! Wie die Staatsanwaltschaft dabei vorging, beweist die Aeußerung des Ersten Staatsanwalts Peterjohn, daß ja zwei Nummern der „Arbeiterzeitung“ selbst den politischen Meineid entschuldigt hätten. Was half es, daß sofort die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ feststellte, daß die beiden Artikel, auf die sich Herr Peterjohn berief, im Jahre 1891 in der „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung“ erschienen waren und von einem Herrn Jeup stammten, der sich damals völlig auf den Standpunkt des Anarchismus gestellt, inzwischen aber längst zur Bourgeoisie zurückgemauert hatte und zur Zeit des Prozesses ein frommes evangelisches Plättchen herausgab! Was half die Feststellung der Parteipresse, daß damals die anarchisierenden Auslassungen des entwickelungsunfähigen Herrn Jeup sofort von der „Freien Presse“ zurückgewiesen worden waren! Die Fittierung des „sozialdemokratischen“ Kronzeugen Jeup hatte inzwischen ihre Schuldigkeit getan, hatte sicherlich mit zur Verurteilung der sieben Genossen das ihrige beigetragen!

Nun aber zu Herrn Mütter, dem „völlig intakten“ Zeugen der Staatsanwaltschaft. Ueber ihn wurde von mehreren bürgerlichen Zeugen, dem Weggermeister Landgraf, dem Händler Bernide und dessen Schwester, bekundet, daß er die in lauter Unterhaltung befindlichen Landgraf und Bernide angeknauzt, von der Straße gewiesen und dabei dem Bernide ohne jede Veranlassung einen Säbelhieb über den Rücken versetzt habe. Weiter befandete eine Anzahl anderer Zeugen, daß Mütter friedlich ihres Weges gehende Leute angehalten, visitiert und beschimpft habe. So erzählte u. a. ein Schlosser Prein, daß er von Mütter ohne jeden Grund angefallen worden sei. Mütter habe ihn Lump, Spion und Bagabund geschimpft und ihm mit Einlocken gedroht. Der Zeuge, der seit 21 Jahren in seinem Orte ansässig und dort sehr angesehen war, erklärte, daß Mütter betrunken gewesen sein müsse; nur so habe er sich sein ungläubliches Verhalten erklären können. Und Mütter? Auf die Frage des Vorsitzenden,

was er zu dieser Aussage zu bemerken habe, erklärte er: Ich verweigere mein Zeugnis.

So war bereits im Jahre 1895 in der Essener Verhandlung der Beweis geführt worden, daß Mütter ein gewalttätiges Individuum, ein Skandalmacher schlimmster Art war, ein aufgeregter, jeder Selbstbeherrschung barer Mensch, dessen Zeugnis eine objektive Staatsanwaltschaft und ein objektiver Gerichtshof nur mit größter Vorsicht hätten in Erwägung ziehen dürfen! Ja, für die Staatsanwaltschaft hätte unweifelhaft die Pflicht vorgelegen, weitere Ermittlungen über den Leumund und das sittliche Verhalten des Mütter einzuziehen! Hätte damals die Staatsanwaltschaft, statt die Bekundungen einwandfreier bürgerlicher Zeugen einfach in den Wind zu schlagen und Mütter um jeden Preis herauszuheulen, pflichtgemäß diese Ermittlungen angestellt, so würde sie sichlich einen guten Teil von den Verfehlungen und Ausschreitungen ihres Kronzeugen erfahren haben, die das Wiederaufnahmeverfahren nunmehr an den Tag gebracht hat. So würde sie einem unglückseligen Justizirrtum vorgebeugt haben! Aber die Staatsanwaltschaft lebte derartig in politischer Verfangenheit, daß sie sich ihrer elementarsten Pflichten nicht bewußt war und gar kein anderes Ziel vor Augen sah, als die um jeden Preis durchzusetzende Verurteilung der verhafteten Sozialdemokraten! Und die schon wegen ihrer Berufsstellung der staatsanwaltlichen Synthese nur zu zugänglichen Geschworenen ließen sich durch die politische Scharfmacherei der Staatsanwaltschaft verleiten, auf jenes Schuldig zu erkennen, das die Geschichte der deutschen Justiz um eines der unerhörtesten Justizverbrechen bereicherte!

Aber noch eine Frage verdient aufgeworfen zu werden, die nämlich: Wie war es möglich, daß, nachdem einmal politische Verblendung und Voreingenommenheit den Justizirrtum begangen hatten, nicht mindestens früher das Wiederaufnahmeverfahren duragesetzt werden konnte?

Da der Gendarm Mütter der Capelleiter des ganzen Anklagegebäudes war, so sollte man meinen, hätte die Feststellung seines exzessiven Naturells sein Zeugnis erschüttert und damit die ausreichende Voraussetzung zur Wiederaufnahme des Verfahrens erfüllen müssen. Diesen Beweis für den Gang des Mütter zu rohen Mißhandlungen lieferte aber eine Verhandlung vor der Bochumer Strafkammer, die nur wenige Tage nach der Verurteilung Schröders und seiner Leidensgefährten stattfand. Angeklagt war in diesem Prozeß die nationalliberale „Berliner Zeitung“, die eine Darstellung jener Säbelattade gegeben hatte, wie sie in dem Essener Prozeß von Landgraf und Bernide gegeben worden war. Das Bochumer Landgericht kam auf Grund der Beweisaufnahme zu einem freisprechenden Urteil. Es erachtete für erwiesen, daß Mütter den Bernide ohne Veranlassung mit dem Säbel über den Rücken geschlagen hatte! Es würde zu weit führen, hier ein Bild der Verhandlung und der geradezu blamablen Art zu geben, wie Mütter die brutale Ueberschreitung seiner Machtbefugnisse zu erklären versuchte. Das Ergebnis des Prozesses war jedenfalls das, daß Mütter als ganz unzuverlässiger Beamter, als brutaler Säbelheld entlarvt wurde, also ein Mann, dem ohne weiteres zugestimmt werden mußte, daß er auch im Falle Schröder seinem Gang zu roher Gewalttätigkeit freien Lauf gelassen hatte. Und trotz dieser Feststellung dauerte es 15 Jahre, bis das Wiederaufnahmeverfahren gegen Schröder und Genossen durchgeführt werden konnte. Wir wiederholen: Wie war das möglich?

Jeder Freund einer wahrhaften Rechtspflege kann sich auch nach der Freisprechung Schröders und seiner Mitmartyrer nicht einfach mit den Dingen abfinden. Im Gegenteil: Je mehr man den Vorgängen während des Prozesses Schröder und nach der Verurteilung nachgeht, desto unbegreiflicher, desto beunruhigender für jedes Rechtsempfinden erscheinen diese Vorgänge! Ja, die Sorge, ähnliche Vorkommnisse künftig zu verhüten, zwingt direkt dazu, eine gründliche Nachprüfung, und zwar auch amtliche Nachprüfung aller damaligen Ereignisse zu veranlassen! Nur dann, wenn die damaligen Verfehlungen ihre Sühne gefunden, läßt sich hoffen, daß die deutsche Rechtspflege künftig vor der Schmach ähnlicher Justizirrtümer bewahrt bleibt!

Die britische Arbeiterpartei.

Aus London wird uns geschrieben:
Einem ausländischen Sozialdemokraten, der zum ersten Male eine Zusammenkunft der britischen Arbeiterpartei besucht, wird es schwer fallen, die mannigfaltigen Eindrücke, die er empfängt, nachher zu einem harmonischen und verständlichen Ganzen zu gestalten. Eine Unmasse Einzelheiten und Anschauungen stürmt auf ihn ein und bewegt sich bunt durcheinander. Er erhält den Eindruck, als ob ein Planetensystem seine Zentralsonne verloren hätte. Freilich, reden können die britischen Arbeiter. In kurzer, prägnanter Weise, die Erfahrung und Meisterschaft verrät, verfehlen sie, ihre Ansichten vorzubringen. Aber was geredet wird, entbehrt so sehr des Bindemittels einer einigermaßen einheitlichen Weltanschauung, daß der zum Generalisieren aufgelegte Beobachter geneigt ist, verzagt die Feder niederzulegen.
Will man die Meinungen, die auf dem Parteitag zu Leicester zum Ausdruck kamen, charakterisieren, so muß man

in ihnen vornehmlich den Einfluß zweier Gedankenrichtungen feststellen. Einerseits hat der von der vorläufigen linksliberalen Presse gepredigte sentimentale Realismus auf den Gedankengang der Masse der Delegierten einen großen Einfluß, und andererseits beherrschen diese Masse noch die Vorurteile der alten Gewerkschafter, die sich für Praktiker halten und sozialistische Theorien mit demselben Argwohn betrachten, mit dem der „praktische“ Bauer die wissenschaftlichen Resultate des Agrarwissenschaftlers ansieht. Die sozialistischen Anschauungen, die von den Vertretern der S. A. P. und den einzelnen Mitgliedern der S. D. P. vorgebracht werden, scheinen bei den in der liberalen Ideewelt aufgewachsenen Gewerkschaftsführern keinen starken Widerhall zu finden.

In Leicester beherrschten die „Praktiker“ den Parteitag. Dies war ihnen um so leichter, als sich der Parteisekretär Macdonald ganz auf ihre Seite schlug. Er selbst illustrierte den Gedankengang dieser großen Masse, zu deren unbestrittenem Führer er sich aufwarf, trefflich in einem ungeschickt gewählten Redegleichnis, das ihm während der Diskussion über das Proportionalwahlrecht entfiel. Er warnte den Parteitag vor den unpraktischen Theoretikern und Idealisten. Wenn jemand eine Maschine bauen wollte, so baue er sie nicht auf dem Papier, sondern mache sich praktisch an die Arbeit. Wer etwas vom praktischen Leben kennt, weiß, wie unrichtig diese Ansicht ist. Maschinen werden zuerst theoretisch berechnet und auf dem Papier entworfen, bevor man sich an die Herstellung der Teile macht. Aber trotz der offenkundigen Irrigkeit dieser Ansicht fand sie bei den Delegierten allgemein günstige Aufnahme. Die Nachteile dieses „praktischen“ Sinnes, der in Wirklichkeit ein recht unpraktischer Sinn ist, haben die englischen Fabrikanten, die in den letzten zwei Jahrzehnten die Konkurrenz der mit besseren und zahlreicheren theoretischen Kräften ausgerüsteten Deutschen und Amerikaner auszuhalten hatten, schwer zu fühlen bekommen. Aber die Phrase von der „praktischen“ Arbeit imponiert den englischen Arbeitern noch gewaltig. Sie haben sich noch nicht zu den freieren, kühneren und fruchtbareren Ideen ihrer Klassengenossen in anderen Ländern aufzuschwingen vermocht.

Der Mangel an einer einheitlichen, durchdachten proletarischen Weltanschauung findet sein Gegenstück in der buntschiedigen Zusammensetzung des Parteitages. Hier finden sich große Gewerkschaftsverbände, deren Vertreter nur mit Unwillen der Arbeiterpartei angehören und sich teilweise den Zwecken um die Parteidisziplin zu kümmern scheinen. Andere Delegierte sind unfreiwillig anwesend, weil sich ihre Organisation der Arbeiterpartei angeschlossen hat. Viele Mitglieder sind doppelt und gar dreifach vertreten durch Mitglieder der Gewerkschaft, der S. A. P. und eines Gewerkschaftsartikels. Von einem Parteigeist und einer Parteidisziplin ist sehr wenig vorhanden. Auch ist das Solidaritätsgefühl der Parteimitglieder gegenüber dem proletarischen Klassengefühl noch sehr schwach. Man stimmt vielfach geschlossen nach Verufen. Wenn die Kohle und die Baumwoll- und Wollweberei schließen — und das geschieht meist bei allen wichtigen Anlässen —, ist das Schicksal einer Resolution besiegelt.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war ohne Zweifel die Abstimmung über die Frage, ob in Zukunft die Kandidaten der Partei vor ihrer Wahl wie bisher die Parteiverfassung schriftlich anerkennen sollten. In ihrer Begründung des Osborneurteils hatten die Lords die Ansicht ausgesprochen, daß die Praxis, Arbeiterkandidaten zur Annahme der Parteikonstitution zu verpflichten, gegen das öffentliche Interesse (public policy) sei. Um diesem Urteilen zu begegnen, beschloß die Mehrheit des Parteivorstandes, dem Parteitag eine veränderte Form der Parteiverfassung vorzuschlagen, in der von einer Annahme der Parteikonstitution nicht mehr die Rede ist. Dieser Aenderung widersetzte sich die S. A. P. unter Führung Keir Hardies, teils weil sie befürchtete, daß dadurch der Disziplinlosigkeit in der Partei nur Vorschub geleistet würde, teils weil sie es nicht für taktisch klug hielt, vor dem Angriff des Feindes zurückzuweichen. Die große Masse der Gewerkschafter war indessen für die Aenderung. Manche Gewerkschaftsführer hegen wohl die Hoffnung, daß das Fallensinken der „pledge“ oder Verpflichtung (d. h. der Verpflichtung, die Parteikonstitution zu unterzeichnen) es den noch in liberalen Reihen stehenden Kollegen ermöglichen möchte, mit der Arbeiterpartei engere Fühlung zu nehmen. Zum Führer dieser großen Masse warf sich der Parteisekretär Macdonald auf, der sich damit in scharfen Widerspruch mit seinen engeren Parteigenossen von der S. A. P. setzte.

Es ließe sich für die Vorschläge der Mehrheit des Parteivorstandes manches anführen, wenn dieser Schwachsinn wirklich Aussicht auf Erfolg böte. Aber die von Aquith am 22. November 1910 im Unterhaus abgegebene Erklärung ist trotz der Zweifel des Parteivorstandes der Arbeiterpartei so unabweislich und das Interesse der liberalen Partei an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ist so klar, daß an eine Wiederherstellung der früheren Rechte der Gewerkschafter durch die jetzige Regierung kaum zu denken ist. Was Aquith der Arbeiterpartei versprochen hat, klingt fast wie ein Scherz: er will den durch das Osborneurteil geschaffenen Rechtszustand mit einigen geringen Änderungen legalisieren. Aber selbst wenn die Hoffnungen der Antragsteller berechtigt sind, ist es doch mehr als zweifelhaft, ob die Aufhebung der „Verpflichtung“ der Partei nützen wird. Keir Hardie sieht in der Annahme der Vorstandesresolutionen das erste Zeichen des Auflösungsprozesses der Arbeiterpartei.

Man muß gestehen, daß es dem Angriff auf die vorgeschlagenen Veränderungen an Klarheit mangelte. Clasier und Keir Hardie verlangten in ihrem Amendement, daß Mitglieder und Kandidaten der Partei die Verfassung nicht allein aufrechterhalten, sondern auch annehmen sollten. Dies klingt etwas paradox. Das Wort „annehmen“ hatte aber in der Verfassung bisher eine ganz besondere Bedeutung. Es wurde nämlich so ausgelegt, daß Mitglieder und Kandidaten die „Verpflichtung“ unterzeichnen mußten. Dieses „Unterzeichnen der Verpflichtung“ (signing the pledge) wollten man auch die Befürworter des Amendements folgen lassen; sie wünschten jedoch, dem neuen Text das Wort „annehmen“ einzuverleiben, um auf irgend einer Weise der Parteikonstitution Respekt verschaffen zu können.

Wie schlecht es selbst unter der alten Parteiverfassung mit der Disziplin der Parlamentarier stand, bewies eine Episode auf dem Parteitag zu Leicester. Ein Mitglied der S. A. P. stand auf und kritisierte in der schärfsten Weise das Verhalten eines Parlamentariermitgliedes der Arbeiterpartei, der sich in seinem Wahlkreis nur mit den liberalen Parteioptionen abgab und die Sektionen der S. A. P. einfach ignorierte. Auf dem Kongresse irgendeiner anderen Arbeiter-

partei würde man ein deraartiges „Parteimitglied“ einfach ausgeschlossen haben; mindestens aber würde ihm öffentlich ein scharfer Tadel ausgesprochen worden sein. In Leicester geschah nichts dergleichen.

Die Annahme der veränderten neuen Form der Parteiverfassung, mit der die Juristen Fangball spielen können, bedeutet eine weitere Lockerung der Parteidisziplin. Sie bedeutet aber auch eine empfindliche Niederlage für die Sozialisten, die bisher den Sauerleim in der Arbeiterpartei bildeten und fast die einzigen Hüter der Unabhängigkeit waren. Auf dem Parteitag zu Leicester hat es sich gezeigt, daß die Sozialisten in der Arbeiterpartei numerisch noch zu schwach sind, um einen einflussreichen Einfluß auf die große schwer zu bewegende Masse der Gewerkschafter auszuüben.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß das Problem, die Arbeiter Großbritanniens zum Sozialismus zu führen, wesentlich schwerer ist als man zuerst annahm. Die Gegner des Sozialismus arbeiten bewußt und mit Erfolg darauf hin, die Pläne der sozialistischen Propagandisten zu durchkreuzen. Ihre mächtige Presse und politische Raffinerie kommt ihnen dabei gut zustatten. Einige sozialistische Kämpfer, die die Erfahrung belehrt hat, daß sich die britische Arbeiterklasse nicht mit Sturm nehmen läßt, sind zur Ansicht gekommen, daß eine große sozialistische Partei in Großbritannien für die nächste Zukunft unmöglich sei. Es wäre ein Unglück, wenn sich diese demoralisierende Anschauung weiterer Kreise bemächtigte. Die große Schwäche des britischen Sozialismus liegt in seiner großen Zersplitterung, die einen großen Teil der geleisteten Erziehungs- und Organisationsarbeit wieder zunichtemacht. Die nächste und wichtigste Aufgabe der sozialistischen Bewegung wäre die, die ungelungene Zersplitterung zu überwinden, sich weniger mit parlamentarischen Fäulnissen abzugeben und die notwendigen Erziehungsmittel in Gestalt einer Presse zu schaffen, an der es in diesem Lande noch so sehr mangelt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar 1911.

Vollgericht oder Beamtengericht?

Aus dem Reichstag, 8. Februar. Wiederum wurde in der Debatte über das Gerichtsverfassungsgesetz über wichtige Fragen der Rechtspflege gestritten. Zunächst hatte die im Noabiter wie in früheren Prozessen gemachte Erfahrung Anlaß zu einem sozialdemokratischen Antrag gegeben, der es künftig der Staatsanwaltschaft unmöglich machen sollte, bei Anklagen gegen verschiedene Personen wegen der nämlichen Straftat die Verhandlung vor eine besonders ausgewählte Kammer zu bringen. Der Genosse Heine geriet bei der Begründung seines Antrages in einen so scharfen Zusammenstoß mit dem als Regierungskommissar anwesenden Generalstaatsanwalt Supper, der natürlich jede tendenziöse Auswahl der Strafkammern bestritt. Der Antrag wurde gegen die Rechte, Zentrum und Nationalliberale abgelehnt.

In dem § 73 des Gesetzes werden die Fälle aufgeführt, für welche die Strafkammern zuständig sind. Regierung und Kommission hatten beantragt, eine Anzahl Materien, für die früher die Schwurgerichte zuständig waren, den Strafkammern zu überweisen, so Urkundenfälschung, Verbrechen im Amt und Vergehen gegen die Konfessionsordnung. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Uebersetzung. In der Debatte wies Genosse Bietz darauf hin, daß durch solche Eingriffe die Geschworenengerichte überhaupt gefährdet würden. Es komme in diesem Bestreben die tendenziöse Gegnerschaft der Juristen gegen die Laiengerichte zum Ausdruck. In der hitzigen Debatte, die hierdurch entzündet wurde, ließ sich der Antisemit Gräf zu dem Eingeständnis hinreißen, daß er überhaupt Gegner der Schwurgerichte sei und daß viele Richter ebenso dächten, sich nur nicht damit heraustrauen. Er entwickelte dabei eine derartige historische Unkenntnis, daß Genosse Stadthagen ihn mit überlegenem Spott abführen konnte. Auch Genosse Heine nahm Gelegenheit, die schweren Mißgriffe der Beamtengerichte, besonders in den politischen Prozessen nachzuweisen. In dem Essener Meinungsprozess zeigte er aber auch, wie leicht die jetzt nur aus Mitgliedern der herrschenden Klassen zusammengesetzten Geschworenengerichte durch die Staatsanwälte zu tendenziösen Urteilen verleitet werden könnten. Als er dabei auf das Verfahren der Staatsanwaltschaft den Ausdruck „verbrecherisch“ anwandte, holte er sich einen Ordnungsruf.

Schließlich wurde auch hier der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Dafür stimmten außer den Sozialdemokraten nur noch Freisinnige und Polen.

Morgen Fortsetzung.

Groß-Berlin vor dem Landtage.

Am Mittwoch begann das preussische Abgeordnetenhaus die Beratung des Entwurfs eines Zwischverordnungsgesetzes für Groß-Berlin. Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Ministers des Innern v. Dallwitz eingeleitet, worin er der Vorlage einige empfehlende Worte mit auf den Weg gab. Es sprachen dann Abg. v. Brandenstein für die Konservativen und Abg. Ding für das Zentrum, beide im großen ganzen in zustimmendem Sinne, wenn sie auch im einzelnen mancherlei anzusetzen hatten. Etwa auf denselben Standpunkt stellte sich der Nationalliberale Keil, der als erster eine größere Berücksichtigung der Stadt Berlin verlangte. Die speziellen Interessen Berlins nahm der Abg. Cassel wahr, der sich für die Eingemeindung großer Stadt- und für die Kommunalisierung des Verkehrs ausgesprochen, also für Forderungen eintrat, die seine Freunde im Rechen Hause früher stets belächelt haben. Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie sich die sozialdemokratischen Ideen trotz anfänglichen Widerstandes schließlich doch siegreich Bahn brechen. In manchen Punkten fand der freisinnige Redner scharfe Worte gegen die Regierung, so als er ihr mangelndes Entgegenkommen gegen Berlin auf dem Gebiete des Verkehrswezens vor Augen hielt und dem Gedanken Ausdruck verlieh, daß die Regierung es mit dem Gesetz deshalb so eilig habe, um für ihre Wälder einen kaufkräftigen Abnehmer zu bekommen.

Auch bei dem freisinnigen Freiherren v. Redlich fand das Gesetz Zustimmung. Als echter Schorfmacher blieb er selbst bei dieser Gelegenheit seinem stolzen Handwerk treu und gab den Gemeindevertretungen von Groß-Berlin den Rat, keinen Sozialdemokraten in die Verhandlungsbemählung zu wählen.

An diese Aeußerung anknüpfend, war es unserem Genossen Hirsch ein Leichtes, die großen Verdienste der Sozialdemokratie und vor allem unseres verstorbenen Führers Singer auf kommunalpolitischem Gebiet in das rechte Licht zu rücken. Das erregte wieder den Neid des Herrn Cassel, der durch Zwischenrufe zu verstehen gab, daß er es eigentlich sei, dem Berlin seinen

Aufführung und alles Gute verbannt, was es besitzt — ein Phantastengebäude, das unser Redner gründlich zerstörte.

Im übrigen erklärte sich Genosse Hirsch, so lange die Eingemeindung großer Stadt nicht zu erreichen sei, mit dem Grundgedanken des Entwurfs einverstanden, bemängelte aber die schematische Abgrenzung des Gebietes und den zu geringen Umfang der vom Zwischverband zu lösenden Aufgaben. Ebenso wandte er sich gegen den Versuch, die Rechte Berlins zugunsten der Landkreise zu schmälern und das Selbstverwaltungsgeschäft zu beeinträchtigen. In der vorliegenden Form bezeichnete er den Entwurf, an dessen Einzelheiten er scharfe Kritik übte, unannehmbar, zumal da er auch der Verfassung widerspreche.

Am Donnerstag fällt die Sitzung aus. Die Besprechung wird am Freitag fortgesetzt.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Zum Redner für die konservative Interpellation betreffend die Zulassung ausländischer Wertpapiere auf dem deutschen Markt wurde Genosse Frank bestimmt. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde an Stelle des Genossen Singer der Genosse Wollenbuhr gewählt. Die Genossen Bebel und Wollenbuhr sind sonach Vorsitzende mit gleichen Rechten.

Agrarischer Schwindel über den Etat-Schwindel.

Auch in der Nummer vom Mittwochabend hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf den von uns erneut aufgedeckten Schwindel der Balancierung des Reichsetats noch kein Wort der Entgegnung gefunden. Dagegen hat die „Deutsche Tagesztg.“ den edlen Mut, den plumpen Schwindel des Etats durch einen womöglich noch plumperen Schwindelversuch hinwegzudisputieren. Sie behauptet mit echt agrarischer Gewissenhaftigkeit, „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ seien das Opfer eines Irrtums geworden. Die Wiederholung der 89 Millionen unter der Einnahme des außerordentlichen Etats sei ganz in der Ordnung, denn:

„Die 89,6 Millionen befinden sich nämlich im ordentlichen Etat nicht in Einnahme und Ausgabe, sondern nur in Ausgabe. Der ordentliche Etat sieht also vor, daß 89,6 Millionen aus den Einnahmen des Reiches zur Schuldentilgung verwendet werden sollen. In welcher Weise dies geschieht, darüber bestimmt der ordentliche Etat nichts. Es ist also durchaus falsch, wenn die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt, die 89,6 Millionen seien, bevor man an den außerordentlichen Etat komme, nicht mehr da. Daß aber ein so hoher Betrag aus den ordentlichen Mitteln entnommen werden kann, um den Anleihebedarf zu mindern, ist nicht ein Schwindelmander, sondern gerade umgekehrt ein Beweis für die Solidität des Etats und ein unverkennbares Zeichen für die Gründung unserer Finanzen.“

Nicht der „Vorwärts“, nicht die „Leipziger Volkszeitung“ irren, sondern die „Deutsche Tagesztg.“ schwindelt! Es ist absolut unwahr, daß sich die 89 Millionen nicht auch bereits unter den Einnahmen des ordentlichen Etats befänden! Denn, wie aus der Erläuterung des Etats und auch aus Herrn Wermuths Staatsrede deutlich hervorgeht, sollen die 89 Millionen den ordentlichen Einnahmen entnommen, durch die Ueberschüsse der Reichsbetriebe gedeckt werden. Diese Ueberschüsse der Reichsbetriebe (Eisenbahn, Post usw.) sind aber bereits in den Einnahmen des ordentlichen Etats bis zum letzten Pfennig mit aufgeführt! Wenn die „Deutsche Tagesztg.“ das zu bestreiten wagt, so mag sie uns doch gefälligst genau Kapitel, Titel und Seite des Etats angeben, aus denen sich ergibt, daß die 89 Millionen (oder genauer, wie schon Genosse Ströbel in der Staatsrede ausführte, 83 Millionen, da 6 Millionen aus den Verkäufen der beiden Schiffe der Brandenburgklasse gedeckt werden sollen) von den Einnahmen des ordentlichen Etats in Abzug gebracht worden sind! Solange die „Deutsche Tagesztg.“ diesen Nachweis nicht zu erbringen vermag, werden wir uns trotz ihres Einspruchs schon gestatten, unsere Behauptung der Bilanzfälschung des Reichsetats aufrechtzuerhalten und die beweislose Gegenbehauptung des Agrarblattes für einen dreifachen Schwindel zu erklären!

Herr Erzberger und der Antimodernistenleid.

Herr Matthias Erzberger, der geschäftstüchtige Spezialjournalist des Zentrums für anrüchliche Angelegenheiten und faule Begründungen, entwickelt sich, wie anerkannt werden muß, zum unbestritten größten Meister auf dem Gebiete der Modifizik. Es gibt keine faule Sache, der er, wenn es sich geschäftlich lohnt und der Zentrumspartei nützt, nicht eine gute Seite abzugewinnen wähte. Mit der gleichen tiefgründigen Ueberzeugungstreue vertritt er, wenn es sein muß, die Ansicht, daß die Echterner Sprungproposition eine der erbaulichsten religiösen Zeremonien ist, und daß die Heiligen, von denen an verschiedenen Stellen drei oder vier Hühner als Reliquien gezeigt werden, tatsächlich drei oder vier Hühner gehabt haben. So hat er sich denn auch in letzter Zeit darauf verlegt, mit einem Aufgebote der schönsten Phrasen zu beweisen, daß der Papst Pius X. nicht nur durch die Forderung des Antimodernistenleides eine unerwünschte Abgrenzung bewirkt hat, größer als sie bisher irgend einer der früheren Päpste befandete, sondern daß der Papst auch damit der ganzen Welt (Katholiken wie Protestanten, Mohammedaner, Buddhisten und Feueranbetern) den größten Dienst geleistet hat — einen Dienst, der noch nach Jahraufenden gepriesen werden wird.

J. B. heißt es in seiner neuesten Apologie des Antimodernistenleides:

Warum all dies? Der alte vererbte Haß gegen Rom hat neue Nahrung gefunden, weil der Feld Petri sich wieder als Wogau- und Wellenbrecher der Tagesmeinung gezeigt hat; hoch spritzte die Brandung empor, weil der Feld den Irrthümern der Jetztzeit nicht nachgab, sondern nach Christi Wort das unerschütterliche Fundament der Heilslehre liebt. Der Papst hat in seiner Modernistenapoplexie und dem Modernistenleid der ganzen Welt den größten Dienst geleistet. Erst eine spätere Zeit wird einmal voll erkennen, was Pius X. Grotes durch diesen Schritt getan hat. Die Stellungnahme des Reformpapstes ist den größten Taten der Päpste gleichzustellen; er stellte sich dem modernen Atilla des Unglaubens mit Mut und Kraft entgegen und rettete so das internationale Rom dem Katholizismus. Wie ein neuer Gregor VII. hat er den Aleris als die Avantgarde geschlossen um die Kirche gefahrt und mit der Liebe und Frömmigkeit eines Pius V. geht er als leuchtendes Beispiel voran. Gleich den ehernen Worten eines Innocenz III. lautet der Erdball bei seinen Maßnahmen und nicht die Unterwelt gegen die Rettungsarbeiten des Papstes. Mit diesem Worte lassen sich alle Maßnahmen zusammenfassen. Die moderne Philosophie, Religionsgeschichte und Religionsphilosophie will jede geoffenbarte Wahrheit in Zweifel ziehen; sie sieht in der Religion wie in den anderen Kulturreinungen nur Produkte der menschlichen Entwicklung und will alles in Fluß setzen. Es soll keine Wahrheit mehr geben, als die vom Menschen selbst geschaffene und von ihm erblich. Er soll der Gott sein, der nach Gutdünken alles umwälzt. ... Da erhebt sich der Papst auf

dem Lehrstuhle der Kirche und verländet mit Nachdruck das alte katholische Glaubensbekenntnis von der geoffenbarten Heilswahrheit; er ruft es den Millionen von Katholiken zu, daß an diesem Schatze der Wahrheit keine Wissenschaft etwas abdrücken kann und daß der katholische Glaube von heute derselbe ist, den Christus und die Apostel gelehrt haben. So andere christliche Bekenntnisse sich vor den Tagesgötzen beugen, da verländet der Papst die alte Lehre der D. Schrift mit dem dreifachen Credo und er läßt die Diener der Kirche hierauf den Eid schwören. Die Welt vernimmt's mit Staunen, daß es noch eine Stelle gibt, die ihrer Lieblingslehre von der Vergötterung des Menschen widerspricht; sie kann es nicht begreifen und lacht.

Herr Erbberger hat recht; man lacht, wenn auch nicht über den Antimodernismus, so doch über seine schwülzige Prosaologie und seine journalistische Unberufenheit, die sich übrigens, da die Koplandpresse für solche schriftstellerische Leistungen immer Verwendung hat, geschäftlich brillant rentiert.

Keine Indignationsfahrt nach Rom.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet: In der Presse werden Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch Sr. Majestät des Kaisers und Königs beim Papst verbreitet. Wir möchten dem gegenüber bemerken, daß, wie in früheren Jahren, ein Aufenthalt auf der Insel Korfu geplant ist. Die an diese Pflanzung weiteren Kombinationen sind nicht zutreffend.

Nochmals das bunte Flugblatt des Bundes der Landwirte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ besaßte bekanntlich am Silvesterabend ihre Leser mit einem Flugblatt, in dem versucht wurde, den Bäuerlichen Kreisen ein Bild von der gewaltigen Bedeutung der Landwirtschaft in Deutschland dadurch einzuprägen, daß ihnen in ungeheurer großen bunten Flächen der angebliche Wert der landwirtschaftlichen und der industriellen Produkte im Jahre 1900 vor Augen gehalten wurde. Um dem naiven Bauerngemüt zu imponieren, versicherte die „Deutsche Tageszeitung“ nach befonderem, das Flugblatt sei von einer wissenschaftlichen Autorität geprüft und richtig befunden worden. Wir bezweifelten diese Angabe und führten zur Stütze unseres Zweifels u. a. die Angaben über die Baumwollindustrie ins Feld.

Jetzt sucht und die „Deutsche Tageszeitung“ niedergeschlagen, indem sie folgendes mitteilt:

Von dem vom Bunde der Landwirte hergestellten und von uns der „Deutschen Tageszeitung“ beigelegten Flugblättern, das in farbigen Bildern die Produktionswerte der Landwirtschaft mit denen der Industrie vergleicht, war gesagt worden, daß die bisfälligen Darstellungen von einer unparteiischen wissenschaftlichen Autorität auf ihre Richtigkeit hin geprüft worden seien. Das war vom „Vorwärts“ bezweifelt worden. Namentlich nennt die „Agrarpolitische Korrespondenz“ den Namen dieses unparteiischen Gelehrten, der sich der Mühe unterzogen hat, die Grundlagen der Berechnung zu untersuchen. Es ist der bekannte Professor Dr. Wallod, der bereits 1898 eine ähnliche wirtschaftswissenschaftliche Arbeit in „Schmöllers Jahrbuch“ veröffentlicht hat. Professor Wallod ist auf diesem Gebiete hervorragender Sachverständiger. Er hat erklärt, daß es sich bei dem Flugblatt natürlich nur um Näherungswerte handeln könne, daß diese aber so zuverlässig seien, wie es die überhaupt verfügbaren statistischen Materialien ermöglichen.

Gut, Professor Dr. Wallod soll eine Autorität sein — aber er behandelte dann jedesmal dasselbe Thema auf bunten Flugblättern für die Bauern anders, als in wissenschaftlichen Schriften.

In dem von der „Deutschen Tageszeitung“ angezogenen Artikel in „Schmöllers Jahrbuch“ schreibt er auch über den Wert der Baumwollproduktion und bedient sich dabei derselben Methode, die wir angewandt haben. Er schreibt auf Seite 609, daß die Baumwollproduktion im Durchschnitt der Jahre 1893—96 247 587 Tonnen Rohbaumwolle, 13 318 Tonnen Baumwollabfälle und 12 689 Tonnen Baumwollgarn betragen habe. Daraus seien für 1046 Millionen Mark Baumwollwaren hergestellt worden. 1900 überstieg die Einfuhr der Rohbaumwolle die Ausfuhr um 404 567 Tonnen, die der Baumwollabfälle um 42 993 Tonnen. Außerdem wurden 21 847 Tonnen Baumwollgarn eingeführt. Das Gewicht der 1900 verarbeiteten Rohstoffe und Halbfabrikate war bei der Rohbaumwolle um 68 Proz., bei den Baumwollabfällen 228 Proz. und bei dem Garn 75 Proz. höher als im Durchschnitt der Jahre 1893—1896. Insgesamt stieg die Produktion seit 1893/96 um mehr als 71 Proz.

Hätte Professor Wallod in dem bunten Flugblatt dieselbe Methode angewandt, die er 1898 in einer wissenschaftlichen Schrift zur Anwendung brachte, dann hätte er den Wert der Baumwollproduktion auf 1788 Millionen Mark statt auf 404 Millionen setzen müssen; aber 1898 schrieb Wallod für ein wissenschaftliches Werk, da mußte er sich an die Zahlen halten. Das bunte Flugblatt war dagegen für Landleute bestimmt, und denen glaubte er allem Anschein nach erzählen zu können, daß der Wert der 1900 in Deutschland produzierten Baumwollwaren nur 404 Millionen Mark beträgt oder sollte gar Herr Wallod der Meinung sein, daß die Baumwollproduktion von 1893 bis 1900 um 62 Proz. zurückgegangen ist?

Herr Wallod hätte seinen Artikel von 1898 vor der Redaktion des bunten Flugblattes noch einmal durchlesen sollen.

Das fortschrittlich-nationalliberale Wahlbündnis für Brandenburg.

Beim Abschluß des brandenburgischen Wahlbündnisses zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen war über die beiden Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg und Königsberg i. N. keine Vereinbarung getroffen. Jetzt ist, nach der „Sib. Korresp.“, eine Einigung dahin erzielt, daß in Arnswalde-Friedeberg, gegenwärtig vertreten durch den Antisemiten Wruha, ein nationalliberaler und in Königsberg i. N., vertreten durch den konservativen Abgeordneten v. Caldern, ein Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt wird.

Das Wahlbündnis für die Provinz Brandenburg geht also dahin, daß die fortschrittliche Volkspartei in allen zehn Wahlkreisen des Regierungsbezirks Potsdam und aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. in den Wahlkreisen Reibitz-Spremburg, Haldensleben-Königsberg-Rumorf, die nationalliberale Partei aber in den übrigen sieben Wahlkreisen des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. Kandidaten aufstellt.

Neue Handelsverträge vor dem Reichstag.

Der Abschluß neuer Handelsverträge mit Japan und mit Schweden kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden, weshalb noch dem jetzigen Reichstag diese Verträge unterbreitet werden sollen. In beiden Fällen handelt es sich um Tarifverträge, die meist zu recht unbilligen Verhandlungen führen. Die Regierung scheint sonach den Reichstag noch recht lange zusammenhalten zu wollen.

Petition Berlins gegen den Zwangsverband.

In einer Petition an den preussischen Landtag hat die Stadt Berlin ihre Bedenken gegen den Zwangsverbands-Gesetzentwurf zusammengestellt, der gestern, Mittwoch, im Landtage zur Beratung stand. Zunächst wird betont, die bessere Lösung der Aufgabe, dem Groß-Berliner Wirtschaftskörper die Entwicklung zu erleichtern, sei

Eingemeindung großen Umfangs. Dann wird die große räumliche Ausdehnung des für den Berliner Zwangsverband geltenden Gebietes getadelt. Dadurch, daß das Gebiet im Norden und Süden die unverhältnismäßige Ausdehnung bis nahezu 60 Kilometer erhalten werde, würden Distrikte von vorwiegend ländlichem Charakter einbezogen, deren Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Interessen Groß-Berlins nur sehr wenig gemein habe.

Die Petition wendet sich dann gegen die Bestimmung des § 4 des Entwurfs, nach dem bei der Übernahmehaltung bestehender Bahnen durch den Verband und bei Eingriffen in die Rechte der Verbandsglieder „angemessene Entschädigung“ geleistet werden soll. Gefordert wird die Bestimmung, daß eine volle Entschädigung nach den Grundregeln des Enteignungsrechts zu gewähren sei. Endlich wird noch die zu geringe Stimmzahl Berlins in den Verbandsgesellschaften besprochen. Für ganz unzulässig wird das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. April d. J. gehalten, weil bis dahin die nötigen Verbandsorgane gar nicht gebildet sein können.

Sind Redakteure Privatangestellte?

Auf eine Anfrage des Münchener Journalisten- und Schriftstellersvereins an den Staatssekretär des Innern, ob die Redakteure und festangestellten Mitarbeiter von Zeitungen unter das neue Versicherungsgegesetz für Angestellte fallen, wurde vom Reichsamt des Innern folgende Antwort erteilt: Die Redakteure und angestellten Journalisten gehören zu den Personen, für die nach dem Entwurf des Versicherungsgegesetzes für Angestellte der Versicherungszwang eingeführt wird.

Zur Finanzlage Elsaß-Lothringens.

Gestern hat im Landesauschuß der Reichslande Staatssekretär Köhler den Etat eingebracht, der ungünstiger ist als der des Jahres 1900. Es müssen 4 121 000 Mark durch Anleihe beschafft werden, über eine Million Mark mehr als im Vorjahre. Für die Unterhaltung der Winger wird eine Vorlage in Aussicht gestellt. Auf eine wesentliche Steigerung der Einnahmen sei nicht zu rechnen. Man müsse an die Steuerreform denken, mit der allerdings, bevor die Verfassungsvorlage in irgend einer Form entschieden sei, das Parlament nicht befaßt werden könne.

Oesterreich.

Vorausichtlicher Rücktritt des Handelsministers.

Wien, 8. Februar. Abgeordnetenhause. Bei der Beratung über den Dringlichkeitsantrag betreffend die Aufhebung der Fleischsteuer wies Abg. Heilinger (Christl. Soc.) auf das entschiedenste den Ton zurück, den der Handelsminister heute gegen das Haus und ihn angefallen habe. Als der Redner den Handelsminister nach seiner Rede fragte, warum er sich so scharf gegen das Haus gewandt habe, erklärte der Minister, daß er sich vom öffentlichen Leben vollständig zurückziehen werde.

Frankreich.

Internationale Verhandlungen.

Paris, 8. Februar. Der offiziöse „Zeit. Parisien“ schreibt: Der Meinungsaustrausch zwischen Frankreich, England und Rußland über die gemeinsame Aktion im Orient dauert fort. Die Regierung in Petersburg bleibt in enger Verbindung mit der französischen Regierung, während sie gleichzeitig ihre Verhandlungen mit Deutschland und Persien über die Bagdadbahn fortsetzt. Der französische Minister des Aeußeren hat gegenwärtig Besprechungen mit Herrn Louis, dem Vorkäufer in Petersburg, der eine Woche lang in Paris sich aufhält. In diesen Unterredungen wird die Lösung einer bestimmten Reihe von Einzelheiten vorbereitet. Das Blatt behauptet, schon heute versichern zu können, daß Frankreich und die Türkei freundschaftliche Vorbesprechungen eingeleitet haben, die sich auf das komplizierte Problem der kleinasiatischen Eisenbahnen beziehen. Der Vorstoß sei bereits die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Wünsche Frankreichs unterbreitet worden.

England.

Der Kampf um den Schutzzoll.

London, 8. Februar. Die Opposition wird ein Amendement zur Adresse einbringen, in dem erklärt wird, daß die vollständige Belagerung der Regierung, das Zollsystem abzuändern, den Vorteil, der sich aus der von den Kolonien gewährten Vorzugsbehandlung ergebe, gefährdet, den engeren kommerziellen Zusammenhang des Reiches verzögert und England des einzig wirksamen Mittels beraubt habe, das Ausland dahin zu bringen, dem britischen Fabrikanten eine faire Behandlung angedeihen zu lassen.

Die Agitation für ein stehendes Heer.

London, 7. Februar. Lord Roberts wohnte heute einer Versammlung im His Majesty's Theater bei, in der beschlossen wurde, eine Zweigabteilung der Liga für allgemeine Wehrpflicht für die Angehörigen der Theater zu begründen. Im Laufe seiner Ansprache berührte Lord Roberts die Hoffnungslosigkeit und völlige Unmöglichkeit der Territorialarmee. Man könne gegen eine Invasion nicht gerüstet sein, wenn man nicht das Beispiel Deutschlands durch Schaffung eines zuverlässigen Volksheeres nachahme. Er sei überzeugt, daß eine noch so starke Flotte die Sicherheit des Landes nicht unter solchen Verhältnissen gewährleisten könne. Man müsse eine hinreichend starke Armee haben, die nach gesunden demokratischen Grundsätzen errichtet sei und in der alle Klassen der Bevölkerung, der Sohn des Herrschers wie der Sohn des Arbeiters, Schulter an Schulter kämpfen würden.

Amerika.

Die Kämpfe in Mexiko.

El Paso (Texas), 7. Februar. Die Revolutionäre haben bei Casas Grandes das zum Entschluß der Stadt Juarez herbeiziehende 18. mexikanische Infanterieregiment aufgerieben. Seit dem Gefecht vom Sonntag, in dem sie den Obersten der Bundesarmee Kobago zum Rückzug nötigten, haben sie die Stadt Juarez vollkommen umzingelt. Heute nachmittag um 2 Uhr erfolgte aus den Bergen der Audrit einer starken Abteilung Insurgenten in westlicher Richtung. Die Höhen hinter ihnen erschienen voll von Menschen. Eine Stunde später eröffneten die Aufständischen das Feuer auf die Vorkolonen der Bundesstruppen, die sich infolgedessen nach Juarez zurückzogen.

El Paso, 8. Februar. Die Aufständischen haben den Angriff auf Juarez begonnen.

Waffenstillstand in Honduras.

Washington, 8. Februar. Der Präsident von Honduras Davila hat mit dem früheren Präsidenten Bonilla einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Aus der Partei.

Breslauer Brechprozesse.

Am Dienstag verhängte die Breslauer Strafkammer über dem Genossen Wolff, den Verantwortlichen der „Volksmacht“, wegen angeblicher Beleidigung des Waldenburger

Polizeiführers Hagen zwei Monate Gefängnis. Hagenant hat durch sein Verhalten während der Waldenburger Streikdemonstrationen und als Zeuge in den Demonstrationenprozessen allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt: er erreichte in den Verhaftungen den Reform und erhielt einen Orden. Um den Besizer der allgemeinen Aufmerksamkeit etwas zu entscheiden, wurde er unnummeriert aus dem „Polizisten Nr. 6“ wurde der „Polizist Nr. 4“. Die Mitteilung über diese Tatsachen in der „Volksmacht“ soll „durch ihre höhnische Form“ so beleidigend gewesen sein, daß der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis beantragte. Bei der Begründung des Urteils wurde erschwierend in Betracht gezogen, daß sich die Beleidigung gegen einen Beamten gerichtet habe, dessen Pflichterfüllung von seiner vorgesehnen Höhe so sehr anerkannt wurde, daß er trotz seiner Jugend (der Delinquent zählt jetzt 25 Jahre!) für eine Ordensverleihung vorgeschlagen worden sei!

Wegen einer Besprechung der Polizeizustände in Meuthen (Oberschlesien) wurde Genosse Schiller als verantwortlicher Redakteur der „Volksmacht“ vor der Breslauer Strafkammer zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Freispruch.

Wegen Beleidigung des Allensteiner Offizierkorps, des Hauptmanns Schmach und Leutnants Eide durch eine kurze Notiz in der über die Beurteilung des Genossen Wolf vom „Volksblatt“ in Halle berichtet wurde, war der Genosse Eide, der Verantwortliche der „Tribüne“ in Erfurt, angeklagt. Vor der Erfurter Strafkammer beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft am Dienstag sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil es in der Notiz durchaus keine Beleidigung zu entdecken vermochte.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 3 heben wir hervor: Paul Singer. — Menschenkunde in alter Zeit. (Schluß.) Von Hannah Lewin. — In Dalaarne. (Mit Illustrationen.) Von Engelbert Graf. — Die Hermonndschicht. Von Julian Vorkardt. — Die Jugendlichen in der Unfallversicherung. — Aus der Jugendbewegung (Münch., Stuttgart). — Vom Kriegskampflager. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit. usw.

Beilage: Wie der Wurm sich krümmt. Erzählung von Erwin Rosen. — Beethoven als Agitator. Von H. Dult. — Zwei Stätten niederdeutscher Backsteinbaukunst. (Mit Illustrationen.) Von L. Kessen. — Väter für die Jugend. — Der Kirsche und die Eichel. Von Otto König. — Feigling. Erzählung von Emil Anger.

Aus Industrie und Handel.

Die Folgen des Einfuhrschneisystems.

Der Wert der deutschen Getreide- und Mehlzufuhr hat im Jahre 1910 die außergewöhnliche Höhe von 312 Millionen Mark erreicht gegen 250 Millionen Mark im Jahre 1900. Dagegen ist die Einfuhr von Getreide und Mehl nach Deutschland von 868 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 776 Millionen Mark im Jahre 1910 zurückgegangen. Die Ausfuhrvergütungen für Getreide und Mehl haben im vorliegenden Jahre den Betrag von 122,4 Millionen Mark erreicht gegen 92,9 Millionen Mark im Jahre 1900 und 88,5 Millionen Mark im Jahre 1905, d. h. es wurden im Jahre 1910 für 122,4 Millionen Mark Einfuhrschneine bei Zollzahlungen angerechnet. An Roggen sind im letzten Jahre ins Ausland gegangen 826 160 Tonnen, an Weizen 281 807 Tonnen, außerdem 106 392 Tonnen Roggenmehl und 190 400 Tonnen Weizenmehl. Dazu kommen noch 457 721 Tonnen Hafer und ungefähr 90 000 Tonnen Haferflocken, Getreidefrot und andere Mühlenfabrikate.

Der deutsche Konsument muß den hohen Zoll resp. den durch diesen bewirkten höheren Preis bezahlen und die Zollentnahmen dienen dazu, dem Auslande billiges Getreide zuzuführen. Nationale Wirtschaftspolitik.

Roheisenproduktion. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenherzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Januar 1911 insgesamt 1 320 655 Tonnen gegen 1 307 054 Tonnen im Dezember 1910 und 1 177 574 Tonnen im Januar 1910.

Verband des Stahlwerksverbandes. Der Verband in Produktion A. der im Januar des Vorjahres 573 300 Tonnen betrug, stieg sich für 1911 auf 411 000 Tonnen. Damit ist die größte Menge seit 1907 erreicht worden. In diesem Jahre machte der Verband im Januar 489 600 Tonnen aus.

Höhere Dividende. Die Aufsichtsratsitzung der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos in Hamburg schlägt die Dividende für 1910 mit zehn Prozent gegen fünf Prozent im Vorjahre vor.

Konzentration der Kaliindustrie. Die Zusammenfassung der Kaliwerke macht weitere Fortschritte. Kaum ist die Aufnahme der Gewerkschaft Amelle durch die Deutschen Kaliwerke, die Ausdehnung von Wintershall und Westereggen perfekt geworden, so nimmt bereits das Kaliwerk Krügershall eine Kapitalerhöhung um 3 Millionen Mark vor. Das neue Kapital soll zum Erwerb der Majorität der Gewerkschaft Gänthershall dienen. Mit dieser Zusammenfassung geht eine ständige Ausdehnung der Kaliwerke Hand in Hand. So hat vor nicht gar langer Zeit die Gewerkschaft Gänthershall einen Teil ihrer Felder abgetrennt und die Gewerkschaft Schwarzburg gebildet.

Zollreueisn Wirkungen. Nachdem die amtliche Statistik über den Warenaustrausch für den Monat Dezember abgeschlossen ist, liegt die Möglichkeit vor, die Wandlungen festzustellen, die infolge der Beendigung des Zollkrieges zwischen Deutschland und Kanada in der Ausfuhr und Einfuhr beider Länder eingetreten sind. Das Ergebnis ist für beide Länder außerordentlich erfreulich. Der Hauptanteil in der Steigerung unserer Ausfuhr entfällt auf die Eisenindustrie; denn an schmiedbarem Eisen betrug die Ausfuhr 121 000 Doppelzentner gegen 89 700 im Vorjahr, an verzinktem Draht 50 000 Doppelzentner gegen 20 000, an Eisenbahnachsen und Rädern 83 000 Doppelzentner gegen 60 000, an Waren aus Eisen 2100 Doppelzentner gegen 212, an feinen Messwaren 782 Doppelzentner gegen 285 und Rohrenverbindungsstücke wurden im letzten Jahre 2500 Doppelzentner ausgeführt, die im Jahre vorher überhaupt nicht zur Ausfuhr gelangt waren. Auch die chemische Industrie ergänzte ihre Ausfuhr in einigen Artikeln, so stiegen Ammoniak und Teerfarbstoffe von 2500 auf 3400 Doppelzentner und Indigo von 510 auf 602 Doppelzentner. Glas- und Porzellanwaren weisen eine besonders erfreuliche Steigerung auf. Tafelgeschirre stieg von 2500 auf 4800 Doppelzentner, porzellanene Isolatoren von nichts auf 4500 Doppelzentner und G. amaren von 9900 auf 20 500 Doppelzentner. Rinderpiegeln erreichte eine Ausfuhr von 9100 Doppelzentner gegen 5500 im Jahre 1909. Auch die Textilindustrie hat in mehreren Artikeln eine Ausfuhrsteigerung zu verzeichnen. So erreichten Strümpfe 2900 Doppelzentner gegen 1890, Wolle 835 Doppelzentner gegen 620, gewebte Teppiche 542 Doppelzentner gegen 345 und Handschuhe 411 Doppelzentner gegen 274 im Jahre 1909. Auch Kanada hat seine Ausfuhr nach Deutschland ganz erheblich gesteigert. Die Einfuhr von Weizen, die während des Zollkrieges überhaupt nicht bestanden hatte, erreichte 169 000 Doppelzentner, Mehlwaren stiegen von 1400 auf 3500 Doppelzentner und an Summern und Bananen wurden unter der Einwirkung der Zollermäßigung 1500 Doppelzentner gegen 420 im Vorjahr eingeführt.

Gewerkchaftliches.

Wie der „Schlag“ des Essener Meineidsprozesses auf unsere Organisationen gewirkt hat.

Die Scharfmacherpresse begrüßte 1895 die Verurteilung von Schröder und Genossen zu 18 1/2 Jahren Zuchthaus — auf das Zeugnis eines notorischen Verbrechers hin! — frohlockend als einen „Schlag“, der den alten Bergarbeiterverband vernichten und die sozialdemokratische Partei mindestens stark zurückwerfen würde. In der obskuren clerikalen Presse vom Kaliber der „Trenonia“ wurde das Urteil selbstgerecht als ein neuer Beweis für die Unmoral der Sozialdemokraten kommentiert; wie denn ja auch die clerikale Presse die Hauptschuld trägt an der Gehässigkeit, mit der damals Sozialdemokraten vor Gericht beurteilt wurden.

Parteipolitisch ist das Fazit des Zuchthausurteils eine fast sprunghafte Entwicklung der Sozialdemokratie im Ruhrbecken, wo sie damals meist noch eine kaum beachtete Minderheitspartei war. Heute besitzt sie dort drei Reichstagsmandate und vereinigte bei der letzten Reichstagswahl von allen Parteien die meisten Stimmen auf sich. In einer großen Reihe von Gemeindeverwaltungen sitzen heute sozialdemokratische Vertreter. Die nunmehrige glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen „Zuchthäuser“ hat die ohnehin günstigen Aussichten der Sozialdemokratie für die nächsten Reichstagswahlen noch außerordentlich verbessert.

Wie das Zuchthausurteil auf den meistbeteiligten Bergarbeiterverband gewirkt hat, läßt sich mit wenigen Ziffern plastisch veranschaulichen. Erheblich veröffentlicht die Verbandsleitung ihren Geschäftsbericht pro 1910. Vergleichen wir.

| | dabon Mitgliederbeiträge | |
|---------------------|--------------------------|-----------------|
| 1894/95 (7 Monate) | 11 796,07 M. | — |
| 1895/96 (11 Monate) | 14 149,93 | — |
| 1900 | 192 689,94 | — |
| 1909 | 2 457 152,23 | 1 817 551,90 M. |
| 1910 | 3 116 856,— | 2 122 877,66 |

1895, im Jahre des Zuchthausurteils, überstieg die Ausgabe um fast 3000 M. die Einnahme. Schon im nächsten Jahre gab es einen Ueberschuß von bald 2000 M. 1900 waren 2 Millionen Mark Vermögen erreicht und im Jahre 1910 betrug der Vermögenszuwachs 1 106 561,69 M., so daß am Jahresluß 4 255 743,43 M. vorhanden waren! Und das, obgleich im Laufe der letzten vier Jahre allein bald 1 1/2 Millionen Mark für Streiks und Gemahregelte verausgabt worden sind. Das Jahr 1910 brachte an reinen Mitgliederbeiträgen ein Mehr von über 300 000 M., außerdem eine Einnahme an Extrabeiträgen von 301 493,45 M., worin die letztjährige Erstarkung des 1895 „erschlagenen“ alten Verbandes zum deutlichsten Ausdruck kommt.

Zur zwingt uns nicht! Wer nicht heillos verblendet ist, wird erkennen, daß der Strom der Arbeiterbewegung durch keine Gewaltmittel aufzuhalten ist. Gerade jetzt, wo die Deutepolitiker und Gewaltmenschen wieder dabei sind, die öffentliche Meinung für neue Knebelgesetze gegen die Arbeiterbewegung zu präparieren, kommt die Auffrischung der Erinnerung an das Essener Zuchthausurteil und seine Wirkungen auf die Arbeiterbewegung wie gerufen.

Berlin und Umgegend.

Zu alt!

Man schreibt uns: In Nr. 28 des „Vorwärts“ steht unter Gewerkchaftliches: „Der Arbeiter darf nur 40 Jahre alt werden.“ In Spandau darf ein Arbeiter aber nur 30 Jahre werden. Auf der städtischen Gasanstalt sind infolge des neuen Betriebes 20—25 Mann entlassen worden. Herr Direktor Köhling machte aber auf der Gasanstalt bekannt, daß Herr Direktor Müller von der städtischen Straßenbahn noch Leute einstellt. Darauf gingen auch zehn der entlassenen Gasarbeiter zur Straßenbahn, wurden aber mit dem Bescheid abgewiesen, daß nur Leute bis zum Alter von 30 Jahren angenommen werden. Leute also, die schon 3 1/2 Jahre auf der städtischen Gasanstalt gearbeitet haben und wegen Arbeitsmangels entlassen werden, sind mit 31—36 Jahren zu alt, um in einen anderen städtischen Betrieb einzutreten!

Deutsches Reich.

Falschspieler und Wahrheitsverdreher.

Der „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen die doppelte Moral der Gewerkschaften an zwei treffenden Fällen charakterisiert. Es handelte sich um eine „Protestaktion“ des Gewerkschafts der Metallarbeiter und um die notorische Streikvermittlung des Gewerkschafts der Holzarbeiter.

Das Zentralorgan der Hirsch-Dunder'schen Organisationen kommt jetzt auf unsere Bestellungen zu sprechen und behauptet, wir hätten ihre Kritik, die sie an dem auch vom Deutschen Metallarbeiterverband nicht gebilligten Vorgehen einer Anzahl Arbeiter in der Bremer Waggonfabrik geknüpft habe, als „Falschspielerei“ bezeichnet. Dies ist eine Unwahrheit! Wir haben es als Falschspielerei bezeichnet, daß in Berlin die Gewerkschaften gegen den „Terrorismus“ der freien Organisationen zeteren, wo zur selben Zeit in Dortmund wegen des Eintritts der Freigewerkschaftler für einen Gewerkschaftler ein harter Kampf entbrannt ist.

Der „Gewerkverein“ behauptet, daß, wie in Bremen, also ohne Erlaubnis der Organisationsleitung, die modern organisierten Arbeiter „oft“ vorgehen; dies ist die zweite Unwahrheit! Der „Gewerkverein“ leugnet ab, daß nach der Bremer Waggonfabrik, wie wir behaupteten, „truppreiße“ Gewerkschaften transportiert werden sollten. In der Protestversammlung des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter stellte derjenige Kollege, der die Gewerkschaftler nach Bremen vermittelt hat, fest, daß schon 10 seiner Kollegen engagiert waren!

Der „Gewerkverein“ hat also zum dritten Male in dem einen Artikel eine Unwahrheit gebracht!

Der „Gewerkverein“ behauptet weiter, daß der „Vorwärts“ „als Rechtfertigung“ für das Vorgehen der Bremer Metallarbeiter den Dortmunder Fall anführe, wo freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter für einen wegen seiner Organisationszugehörigkeit gemahregelten Hirsch-Dunderianer eingetreten sind. Der „Vorwärts“ hat aber gar keine Rechtfertigung gebracht; der „Gewerkverein“ verdreht die Wahrheit auch hier, sagte zum vierten Male die Unwahrheit.

Zu der Festinagelung der fortgesetzten Streikbrecherei der Hirsch-Dunder'schen Holzarbeiter erklärt der „Gewerkverein“, „in Stolpe und in Hamburg existierte kein Streik, also kann auch kein Gewerkschaftler Streikbrecher gewesen sein“. Sehr einfach, dieses Verfahren, feststehende Tatsachen umzulügen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Zusatzen teil veranw.:

Der „Gewerkverein“ erklärt, auf die Anrempelungen des „Vorwärts“ nun nicht mehr antworten zu wollen, „denn wer schimpft, ist im Unrecht“. In den beiden Notizen des „Gewerkvereins“, in denen die vom „Vorwärts“ angelegten Vorwurfskommissionen besprochen werden, befindet sich folgende Perlen an Sachlichkeit: der „Vorwärts“ tut der Wahrheit „Gewalt an“; „aber darin ist die „Vorwärts“-redaktion groß“; die „Vorwärts“-redaktion kann dies „nicht kapieren“; „wir bedauern nur die Arbeiter, die sich mit der geistigen Kost, die dort verzapft wird, abspülen lassen“; „das ganze Geschwafel des „Vorwärts“, es ist nichts anderes als ein Gemisch von Lügen und Phrasen“; „jene Elemente“ muß man ungestört lassen; „jeder vernünftig denkende Mensch weiß ohnehin, was er von ihnen zu halten hat“.

Wie sagte doch der „Gewerkverein“? Wer schimpft, ist im Unrecht!

Scharfmacherterror.

Kampf der Eilenburger Arbeiter gegen die Koalitionstreikräuber: der dortigen reichsverbandlichen Rohbrücker nimmt immer schärfere Formen an. Die Unternehmer, die sich nicht scheuen, die Arbeiter aufs Pfaster zu werfen, weil sie sich nicht in den vom Reichsverband gegründeten nationalen Arbeitervereinen pressen lassen wollen, gehen jetzt darauf aus, die Kampfenden auszuhungern. Sie haben an die Unternehmer eine Warnung versandt, keine aus Eilenburg kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen. Die Firma hat von der bekannten Streikbrecheragentur Wm. Müller-Wandschel 204 Arbeitswillige bezogen.

Fiskalisch verkürzte Frömmigkeit.

In einzelnen Gegenden Deutschlands hat sich unter den Bergknappen eine eigenartige religiöse Betätigung erhalten, die weniger kirchenscheu als philosophierendes Entsetzen darstellt. Auf der fiskalischen Grube Rammelsberg im Harz, die zu vier Siebentel dem preussischen und zu drei Siebentel dem braunschweigischen Staate gehört, war die Verkürzung der zur Grube fahrenden Vergleute von jeher ein üblicher Gebrauch.

Kürzlich hatten nun die vom preussischen Fiskus wahrlich nicht verwöhnten Bergknappen eine Kürzung der langen täglichen Arbeitszeit gefordert. Mit geradezu imponierender Geschwindigkeit ging die Bergbehörde auf die Arbeiterwünsche ein, und verkürzte die — Pausen, so daß die Grubenzeit für die Bergarbeiter wohl geringer, aber die eigentliche Arbeitszeit in nichts geändert wurde. Da die Behörde wohl der Meinung war, daß die Vergleute heimlicherweise ihre alten Pausen sich selbständig wieder einrichten würden, und so dem preussischen Staate ein Verlust entstehen könnte, fann man auf Schuß vor solchem Frevel. Er fand sich auch. Und zwar darin, daß die Direktion an den Arbeiterausgang herantrat und ihn aufforderte, die übliche Verkürzung gründlich zu kürzen. Die Vergleute waren mit einer so drohenden weiteren Verschlechterung ihrer Tätigkeit natürlich gar nicht einverstanden, und lehnten die Forderung ab. Da es so nicht gelingen wollte, den Bergknappen die Frömmigkeit, wenigstens so weit sie auf Kosten des preussischen Fiskus ging, auszutreiben, wurde einfach verordnet. In dem Dreiklassenvertrage sind ja schon ganz andere Dinge als solche lumpige Vergleuterkürzungen auf dem Verordnungswege „geregelt“ worden. Wenn schon vor Jahrzehnten möglich war, eine ganze Verfassung zu verordnen, warum sollte es heute nicht möglich sein, einfach zu verfügen, daß statt drei Gefangenschaftsverfahren nur noch einer gesungen werden soll, und daß der Vorbereiter bei Verlesung des üblichen Vorkaufsbeschlusses „nach Möglichkeit“ beschleunigen soll? Es wurde verordnet und es ging. Die Vergleute sind allerdings mit dieser fiskalischen Verschleierung der Verkürzung auf dem so einfachen Verfügungswege nicht einverstanden. Sie sind der Meinung, daß der preussische Fiskus vielmehr Profit haben würde, wenn er erst an anderen Stellen, wo es notwendiger erscheint, zu sparen beginnt, aber was bedeuten die Arbeiter für die preussische Regierung?

Die Bergarbeiter sind jetzt in Rammelsberg mit ihrer Verkürzung in der halben Zeit als sonst fertig, und können deswegen früher einsahren, das heißt mit anderen Worten: auf dem einfachen Verordnungswege hat man die Arbeitszeit der fiskalischen Bergknappen verlängert. —

Ein gelber Wertverein für Bergarbeiter wurde am Sonntag auf Rehe Dorstfeld bei Dortmund gegründet. Es ist der erste Versuch, den Selben auf den Ruhrgruben Eingang zu verschaffen. Am Tage vorher wurde ein Flugblatt an die Belegschaft verbreitet, das sich gegen alle Bergarbeiterorganisationen wendet, auch gegen die christliche; die bestehenden Organisationen seien Bestandteile der politischen Parteien: der Sozialdemokratie, des Zentrums und des Freisinn. Bei Wahlen soll der bürgerliche Kandidat unerlaubt werden, der sich dem gelben „Wertverein“ förderlich erweist. Das Flugblatt predigt das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter, Befestigung des Klassenkampfes und Verleumdung des Streiks, Zurückdrängung der Parteipolitik, Förderung des nationalen Gedankens, Einrichtung von Unterstützungsstellen, die bekannten „Ziele“ der gelben Wertvereine. Am meisten überrascht und enttäuscht werden die Christlichen sein, die sich schon ganz in der Rolle der Selben zurechtgefunden haben und mit wahrem Fanatismus die Interessen des Unternehmertums verfolgten.

Ein Streik der Hüttenarbeiter ist auf dem Eisenerz Rote Erde in Dortmund ausgebrochen, und zwar in der Abteilung Portlanzwerke. Von 120 Arbeitern streikten über 90. Die Arbeiter haben bisher die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt, es handelt sich also um einen sogenannten wilden Streik. Eine andere Lohnberechnung, die dort eingeführt wurde, hatte die Wirkung, daß die Leute pro Schicht etwa 50 Pf. weniger verdienen als bisher. Wie verlautet, erklärt sich die Direktion bereit, mit den Streikenden zu verhandeln.

Einen bösen Reinsfall hat der Christliche Tabakarbeiter-Verband in Vergleichen im Kreise Minden erlebt. Im Mitgliederamt zu treiben, wurde von ihm bei der Firma Janietz u. Meher vor Weihnachten eine Lohnbewegung inszeniert. Die Firma beantwortete das mit Entlassung der agitatorisch tätig geweienen Kommissionsmitglieder. Nun glauben die christlichen Tabakarbeiter in ihrem Verbandsrat Schutz zu finden. Doch da hatten sie falsch gerechnet. Der Vorhigende Esmann und der Bezirksleiter Möds traten in Aktion. Und der Erfolg war: 17 Arbeiter blieben auf der Strecke. Zur Durchführung der Lohnbewegung wurde nicht der geringste ernsthafte Versuch gemacht. Nur schade, daß an diesem glänzenden Reinsfall der Christlichen keine freigeorganisierten Tabakarbeiter beteiligt waren, sonst hätte man im christlichen Lager wenigstens einen Schuloigen gehabt.

Die Bewegung in der Leipziger Privatlithographie hat zum Anschlag von 68 Privatlithographen an die Vereinbarungen geführt. Mit einer Anzahl Betriebe schweben zurzeit noch Verhandlungen. Wenn auch der drohende Ausstand vermieden werden konnte, so muß doch nach wie vor auf Arbeiten aus Leipziger Ateliers geachtet werden, da eine ziemliche Anzahl Firmen noch geipert sind. In der Firma W. Leopold-Jimena u. sind ernste Differenzen ausgebrochen, die zum Ausstand führen können, wenn deren Verlesung unmöglich sein sollte. — In der Firma Koeller u. Guste in Leipzig legten die Wochenschriftsteller die Arbeit nieder, weil ihnen eine Reduktion der Akkordlöhne um nahezu 50 Proz. zugemutet wurde. Zugang nach den genannten Orten ist fernzuhalten.

Bei der Wahl der Arbeitervertreter zur Ortskrankenkasse in Leipzig hat die Liste der freien Gewerkschaften einen schönen Sieg errungen. Bei der letzten Wahl 1908 erhielt sie 31 014 und der nationalliberale Wählerblock 3889 Stimmen. Bei der jetzigen Wahl erhielt das Kartell 36 520, die Liste des nationalen Arbeiterausschusses 1500 Stimmen. Der Verlust der Nationalen beträgt also 1820, der Gewinn der Kartellisten 5508 Stimmen.

Zh. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Fischerstreik.

Aus Paris wird gemeldet: Die Islandfischer in Gravelines sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die Reeder den vor der Abfahrt geforderten Vorstoß von 500 Frank verweigert haben. Ein ähnlicher Zwist ist zwischen den Islandfischern Dänemarks und den dortigen Reedern ausgebrochen.

Soziales.

Wer Verkäuferin und Binderin in der Handelsbücherei ist, ist Handelsangestellte.

Diese zutreffende Ansicht wurde von der II. Kammer des hiesigen Kaufmannsgerichts unter Vorsitz des Magistratekassessors Piebrecht ausgesprochen. Die Klägerin Wenzel trat am 1. Oktober vorigen Jahres bei der Firma „Blumen-Hübner“ als Verkäuferin und Binderin gegen monatliches Gehalt von 75 M. ein. Am 10. Oktober erkrankte Klägerin plötzlich an einer Primel-Vergiftung. Trotz sofortiger Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe ist Klägerin bis heute noch nicht ausgeheilt. Am 15. Oktober kündigte dann Klägerin ihren Posten per 1. November. Vorklagter weigerte sich, das Gehalt der Klägerin länger als bis zum Erkrankungsstage zu zahlen, und bat gleichzeitig, die Klage wegen Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts abzuweisen, da Klägerin nach seiner Ansicht gewerbliche Angestellte war. Das geht auch daraus hervor, daß sie nur eine vierzehntägige Kündigungsfrist beanspruchte. Ihm läge weniger am Objekt, als an einer prinzipiellen Entscheidung. Das Gericht gab auf seine Ansicht fund: In erster Linie kommt es auf die Vertragsabmachungen an; von einer Kündigungsfrist sei beim Engagement der Klägerin aber nicht die Rede gewesen. Die Frage: Handlungs- oder gewerbliche Angestellte? ist zugunsten der ersten Alternative zu entscheiden. Es ist gerichtsnotorisch, daß Verkäuferinnen im Handelsgewerbe der Händler auch binden müssen, sonst sind sie undurchführbar. Die Vorschriften des § 62 des Handelsgesetzbuches, nach denen der Arbeitgeber verpflichtet ist, den Betrieb zu einzurichten, daß der Angestellte gegen Gefährdung der Gesundheit geschützt ist, habe Vorklagter nicht genügend beobachtet. Daß Klägerin vierzehntägige Kündigung beanspruchte, beruhe lediglich auf einem Irrtum derselben. Aus all diesen Erwägungen heraus ist das Gericht der Ansicht, daß Klägerin zweifellos als den Handlungsangestellten zu zählen sei.

Nach dieser Rechtsbelehrung zog Vorklagter es vor, sich mit der Klägerin in Güte zu einigen. In den Verläuferinnen ist es, aus dieser Entscheidung die Konsequenz zu ziehen, dem Verband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen (Neue Königl. 35) beizutreten.

Letzte Nachrichten.

Zur elsaß-lothringischen Verfassung.

Strasbourg, 8. Februar. (W. L. W.) Ein von 52 Abgeordneten unterschriebener Antrag zur Verfassungsvorlage ist dem Landesauschuß heute zugegangen, über den es morgen zur Aussprache kommen wird. Es wird die völlige Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten, endgültige Ausschaltung des Bundesrats und des Reichstags aus der elsaß-lothringischen Landesgesetzgebung sowie die Verleihung von drei Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen, das Reichstagswahlrecht für die zweite Kammer, die Feststellung der Wahlkreise durch das Gesetz und Abtandnahme von Errichtung einer ersten Kammer, im Falle der Einführung einer solchen ausschließliche Zusammensetzung derselben aus gewählten Mitgliedern, verlangt.

Zum Etat sprach als erster Abg. Jung-Meh. Er erklärte an, daß der Etat mit Mäßigung aufgestellt sei. Abg. Gauß setzte auseinander, daß die Verfassungsvorlage in dieser Form für das Zentrum unannehmbar sei. § 1 bedeute eine Stärkung Preußens. Damit die Macht der Krone, welche die Beamten ernenne, ebenso wie das Parlament in das Land verlegt werde, verlange man einen auf Lebenszeit zu ernennenden Statthalter oder Regenten. Die Erste Kammer passe nicht für das Land. Würde sie eingerichtet, so müsse sie aus Wahlen hervorgehen, wenn auch aus indirekten, wie jetzt der Landesauschuß. Gegen die Alterspluraltimme zur Zweiten Kammer sei man, weil sie sich gegen die Sozialdemokratie zu richten scheine und damit ein Ausnahmengesetz geschaffen werde. Die Wahlprüfungen müßten durch das Parlament vorgenommen werden. Die Wohnsitzklausel solle auf das ganze Land ausgedehnt und auf ein Jahr beschränkt und das passive Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt werden. Abg. Blumenthal forderte volle Autonomie und sprach sich für die republikanische Staatsform aus. Die Erste Kammer sei absolut überflüssig. Er schlage vor, für die Verfolgung der Verfassungsfrage, die ja doch nicht völlig zur Erledigung komme, eine nationale elsaß-lothringische Gruppe zu bilden, die die Forderungen des Landes in dieser Angelegenheit vertreten könne.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses stellte der Abgeordnete Robert Harcourt eine Reihe von Fragen bezüglich des deutschen Flottenprogramms. Der Erste Lord der Admiralität Mc Kenna sagte im Laufe seiner Beantwortung: Es sei nicht anzunehmen, daß irgend eines der vier deutschen Schiffe des Bauprogramms 1909-1910 im laufenden Jahre vollendet sein wird. Ich erwarte nicht, daß 21 Dreadnoughts im Kalenderjahr 1913 von den Werften abgeliefert sein werden. Bei der Wiederaufnahme der Adreßdebatte beantragte Kusten Chamberlain das gestern von der Opposition angekündigte Amendement. Er betonte ausdrücklich, daß keinerlei Absicht vorliege, an dem Vorgehen Kanadas und der Vereinigten Staaten Kritik zu üben. Auf der Regierung lastete eine schwere Verantwortlichkeit dafür, daß sie die dem Mutterlande gemachten Anerbietungen bezüglich einer Einführung von Vorzugszollsen unbeachtet gelassen habe. Es sei dringend notwendig, daß man mit den anderen großen Kolonien zu einer Verständigung gelange, bevor sie von auswärtigen Liebhabern umworben würden.

Doppelmord.

Sirchberg, 8. Februar. (W. L. W.) In dem benachbarten Orte Langwasser wurden in der vergangenen Nacht die Handelsfrau Siebeneicher und deren Schwester in ihrem Kramladen ermordet. Die Leiche der Frau Siebeneicher wurde mit zertrümmertem Schädel im Brunnen, die Leiche der Schwester im Laden selbst gefunden. Der schwerhörige Mann der Siebeneicher schlief während der Tat im Obergeschoß und hörte nichts. Die Verhältnisse des Hauses waren durchwühlt und ausgeraubt. Vom Täter fehlt jede Spur.

Bamberg, 8. Februar. (W. L. W.) Heute mittag wurde in Königshausen i. Francken der dortige Bürgermeister, Baron v. Seelig, Hauptmann a. D., in seinem Arbeitszimmer mit durchschnittenen Adern tot aufgefunden.

Drohende Hungersnot.

Konstantinopel, 8. Februar. (W. L. W.) Aus Aleppo wird berichtet, daß die Stadt infolge eines seit 25 Tagen andauernden Schneefalles von der Außenwelt fast völlig abgeschnitten sei. Der Eisenbahnverkehr stockt, der Ausbruch von Hungersnot und Unruhen wird befürchtet.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

122. Sitzung. Mittwoch, den 8. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisso.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr.

Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung

wird fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit der Abstimmung über den Antrag Dr. Dahlem (Z.), in § 63 zu bestimmen, daß die Geschäftsverteilung beim Landgericht durch das Präsidium in „gemeinsamer Sitzung“ zu geschähe habe.

Der Antrag wird angenommen.

Bei § 62 begründet

Abg. Heine (Soz.)

den Antrag, folgenden Absatz einzufügen:

Die Geschäftsverteilung muß so geregelt sein, daß die Zuständigkeit der Strafkammern nach den Anfangsbuchstaben des Namens der Angeklagten und bei mehreren Angeklagten nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des ältesten Angeklagten bestimmt ist. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Einreichung der Anklageschrift. Für nachträglich verbundene Strafsachen bestimmt sich von der Verbindung an die Zuständigkeit so, als wenn sie von vornherein als eine einheitliche Anklage erhoben wären.

Wir müssen durch das Gesetz Normativbestimmungen geben, wie das Präsidium die Geschäfte zu verteilen hat. Heute sieht es dem Präsidium frei, wie es die Geschäfte verteilen will, es würde nicht im Wege stehen, eine Kammer für alle politischen Prozesse zu bilden. Ich erinnere daran, daß in den 70er Jahren bereits schwebende Prozesse unbenannt wurden, um sie vor eine bestimmte Kammer, die sogenannte Krauswetter-Kammer zu bringen. In Berlin schien schließlich jedem Mißbrauch durch die Verfügung vorgebeugt zu sein, daß die Geschäftsverteilung nach dem Anfangsbuchstaben des Namens der Angeklagten erfolgen sollte, und daß bei mehreren Angeklagten der erste Buchstabe des Alphabets entscheidend sein sollte. Aber bei den Anklagen wegen der Vorfälle in Roabit fand die Staatsanwaltschaft einen anderen Ausweg. Sie erhob lauter Einzelanklagen und behandelte alle späteren als Nachtragsanklagen zu der zufällig als erster erhobenen Anklage gegen Hagen, die vor die dritte Kammer gehörte. Die Öffnungskammer lehnte dies Verfahren ab und verwies die einzelnen Sachen vor die zuständigen Kammern. Dann aber beantragte die Staatsanwaltschaft, die Sachen sämtlich mit der gegen Hagen zu verbinden, und diesem Antrage wurde stattgegeben. So kamen die Sachen doch vor die dritte Kammer. Warum die Staatsanwaltschaft so handelte, weiß ich nicht. Wenn sie glaubte, die Kammer würde besonders gefällig sein, so hat sie sich getäuscht. Aber die bloße Möglichkeit, daß die Staatsanwaltschaft eine bestimmte Kammer sich aussuchen kann, ist eine Gefahr für die Rechtssicherheit, deshalb haben wir den Antrag gestellt.

Ein Regierungskommissar: Mit der Tendenz, die Möglichkeit oder auch nur den Anschein eines Mißbrauches bei der Geschäftsverteilung zu verhindern, möchte man einverstanden sein. Aber dieser Antrag will dem Präsidium vorschreiben, wie die Geschäfte zu verteilen sind. Das wäre eine Degradierung des Präsidiums des Landgerichts.

Abg. Oberjustizrat Supper: Der preussische Justizminister hat bereits im preussischen Abgeordnetenhaus die Behauptung, daß bei den Roabit-Prozessen eine Scheidung stattgefunden hat, entschieden zurückgewiesen. Der Redner schildert das Verfahren der Staatsanwaltschaft.

Abg. Heine (Soz.):

Der Bericht des Vertreters des preussischen Justizministers bestätigt meine Darstellung, widerlegt mich also nicht. Freilich steht in dem Bericht nicht, daß die Staatsanwaltschaft die Absicht hatte, die Sachen vor die dritte Kammer zu bringen, aber sie war sich darüber klar, daß der Effekt ihres Verfahrens sein mußte, die Sache vor die dritte Kammer zu bringen. Sie erreichte dadurch die Erhebung von Nachtragsklagen. Das war aber falsch. In einer Anklage gegen Müller, der am 23. September einen Totschlag begangen hat, kam eine Anklage gegen

Schulze, der am 27. September einen Totschlag begangen hat, nicht eine Nachtragsanklage sein. Das hat die Öffnungskammer auch eingesehen und hat sich geweigert, die späteren Anklagen vor der 3. Kammer zu eröffnen, sondern hat sie an die einzelnen zuständigen Kammern abgegeben. Hätte die Staatsanwaltschaft den bösen Schein vermeiden wollen, so hätte sie die Verbindung, die im Interesse der Sache lag, vor allem in dem der Verteidigung, vor derjenigen Kammer beantragen müssen, vor welche die ganze Sache gehörte, wenn sie von vornherein als eine einheitliche behandelt worden wäre. Deshalb das nicht geschah, weiß ich nicht, doch kann ich eine Vermutung aussprechen:

Die dritte Kammer stand in dem Rufe, ungewöhnlich hohe Strafen zu verhängen,

und der Staatsanwaltschaft wäre es angenehm gewesen, wenn die Sache mit hohen Strafen geendet hätte, weil sie dadurch einen Effekt auf die nachfolgende Schwurgerichtsverhandlung ausübte. Es wurden ja merkwürdigerweise die leichteren Fälle vor den schwereren verhandelt. Hierbei war offenbar das Bestreben, den Geschworenen ein Freisprechen unmöglich zu machen, indem man durch eine Strafkammer die geringer belasteten Angeklagten schon zu hohen Strafen verurteilen ließ. Ich glaube nicht, daß der Oberstaatsanwalt einen solchen Schritt, der zu so peinlichen Aufsehen führen muß, tut, ohne etwas Bestimmtes zu wollen, oder ohne daß er einen Auftrag dazu erhalten hat. Ich nehme das letztere an, ich habe die Ueberzeugung, daß man ihm

von oben Aufträge oder wenigstens Winke

gegeben hat. Der erste Regierungsvertreter hat anerkannt, daß die Absicht unserer Anträge lobenswert sei. Dann sollte sie das Reichsjustizamt doch nicht bekämpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimer Ober-Justizrat Supper: Neben dem Justizminister könnte nur ich in Frage kommen, um einen solchen Auftrag zu erteilen. Der Justizminister hat im Abgeordnetenhaus bereits erklärt, daß er einen solchen Auftrag nicht erteilt hat und auch ich erkläre auf das bestimmteste, daß ich irgendwie nicht in das Verfahren eingegriffen habe. Es war rein zufällig, daß in der Sache Hagen die Voruntersuchung zuerst abgeschlossen war.

Abg. Dr. Heine (natl.): Ich möchte davor warnen, Ihnen einzelnen Fall zum Ausgang einer Gesetzesänderung zu machen. Der Antrag ist auch deshalb nicht annehmbar, weil dann jede Verteilung der Geschäfte nach dem Inhalt der Anklagen unmöglich ist und es könnte doch sein, daß für bestimmte Sachen bestimmte Kammern besonders geeignet sind, z. B. für Sachen, bei denen es sich um unlauteren Wettbewerb handelt.

Abg. Heine (Soz.): Gerade diese Ausführungen beweisen die Notwendigkeit des Antrages. Der Redner erwähnte, es könnte eine Kammer für den unlauteren Wettbewerb besonders wünschenswert sein. Will er vielleicht auch eine

bestimmte Kammer für Preßdelikte

und vielleicht auch eine bestimmte Kammer für politische Vergehen? (Sehr gut! links.) Daß die Regierung hierfür besonders geeignete Richter finden wird, ist nicht zu bezweifeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was wir in Preußen seit einem halben Jahrhundert an politischen Prozessen erlebt haben, was wir heute noch alle Tage erleben, muß uns mit größtem Mißtrauen erfüllen und sollte auf allen Seiten des Hauses, wo Gefühl für Gerechtigkeit und die Würde des Richterstandes zu finden ist, zur Zustimmung für unseren Antrag nötigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Justizrat Supper: Bestimmte Unterlagen für seinen Antrag hat der Abg. Heine nicht erbracht, er bringt nichts weiter vor, als sein Mißtrauen. (Bravo rechts.)

Abg. Heine (Soz.): Wer sich Vertrauen verdient, der findet es, wer seit 50 Jahren nichts anderes tut, als Mißtrauen zu säen, kann sich nicht wundern, wenn das Mißtrauen auch aufsteigt. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Abg. Dr. Heine (natl.): Ich muß dem Abg. Heine erwidern, daß die moderne Entwicklung auf Spezialgerichte hingeht.

Abg. Heine (Soz.): Das ist eine total andere Frage, da handelt es sich um Spezialgerichte, die durch das Gesetz geschaffen und mit allen Rechten einer unparteiischen Rechtsprechung ausgestattet werden. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Damit schließt die Diskussion. Der Antrag wird gegen die

Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Polen abgelehnt.

Zu § 69 beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) hinzuzufügen: „die richterlichen Geschäfte an den Landgerichten dürfen in Strafsachen nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden.“

Abg. Müller-Meinungen (Sp.) beantragt, dem § 77 hinzuzufügen: „das Amt eines Mitgliedes einer Strafkammer darf nur von einem ständig angestellten Richter wahrgenommen werden.“

Abg. Stadthagen (Soz.):

Das Hilfsrichtertum ist selbst von der Regierung beurteilt worden, und in der Kommission wurde hervorgehoben, daß in Bayern durch die Landesgesetzgebung die Zuziehung von Assessoren zu den Strafkammern ausgeschlossen ist; um so weniger ist Grund vorhanden, im übrigen Deutschland nicht daselbe zu tun. Schon in den 70er Jahren bei Schaffung des Gerichtsverfassungsgesetzes war man überzeugt, daß das Hilfsrichtertum nur ein Notbehelf sei. Es ist also jetzt Zeit, völlig damit aufzuräumen; ist nicht die genügende Anzahl von Richtern vorhanden, so mag man sie schaffen. Wir bringen nicht diesem oder jenem einzelnen Richter Mißtrauen entgegen, sondern jedem, dem die Voraussetzung fehlt, daß er ein unabhängiger Richter ist. In der Beschränkung auf die Landgerichte ist die Sache durchführbar, und wenn die preussische Verwaltung das Gegenteil meint, so hat der Reichstag die Pflicht, ihr zu zeigen, daß Kräfte vorhanden sind, die eine unabhängige Verwaltung vorwärtszwingen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Unser Antrag ist nur eine Konsequenz des gestern angenommenen § 22a, der bei den Amtsgerichten die Hilfsrichter in Strafsachen ausschließt.

Staatssekretär Dr. Lisso: Da ich hoffe, daß der § 22a in der dritten Lesung wieder entfernt werden wird, so bitte ich, auch hier die Anträge abzulehnen.

Abg. Dove (Sp.): Jetzt sind ja die meisten Strafkammern mit Richtern besetzt. Das ist ein Erfolg der hier an dem Hilfsrichtertum so häufig geübten Kritik. Ich erinnere aber an den Prozeß Waldeck und ähnliche politische Prozesse. Deshalb wollen wir das Hilfsrichtertum g e s e h l i c h u n d m ö g l i c h machen. (Zustimmung links.)

Abg. Gröber (Z.) tritt, im einzelnen schwer verständlich, für den Antrag Müller-Meinungen ein.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich möchte dringend um Annahme der Anträge bitten. Assessoren in Strafkammern bedeuten eine schwere Gefahr für die Rechtssicherheit. So bestand z. B. die Königsberger Strafkammer, die meinen Parteifreund Marxwald aburteilte, aus dem Vorsitzenden und sage und schreibe vier Assessoren. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wir müssen die Assessoren aus den Strafkammern herausdrängen. Das bewirkt unser Antrag sowie der Antrag Müller-Meinungen, der sich nur redaktionell von ihm unterscheidet. Nehmen Sie beide Anträge oder mindestens einen von beiden an. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baffermann (natl.) spricht sich im Sinne des Abg. Gröber, d. h. für den Antrag Müller-Meinungen aus.

Der Antrag Müller-Meinungen wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen, der Antrag Albrecht wird zurückgezogen.

Zu § 73 legt ein Antrag Albrecht (Soz.) und ein nur redaktionell verschiedener Antrag Alfab (Sp.) vor, im Gegensatz zu den Kommissionsbeschlüssen die Verbrechen im Amt, Urkundenfälschung und betrügerischen Bankrott nicht den Strafkammern zu unterstellen, d. h. bei den Schwurgerichten zu belassen.

Abg. Bietzsch (Soz.):

Für unseren Antrag spricht schon der Umstand, daß im Prinzip die Strafkammer nur über Verbrechen urteilen sollen, auf die als Höchststrafe 5 Jahre Zuchthaus stehen, während die oben genannten Verbrechen mit weit höheren Höchststrafen bedroht sind. Es wird nun gesagt, daß es sich beim betrügerischen Bankrott usw. um sehr schwierige Materien handelt. Das stimmt; aber dem gegenüber ist zu bemerken, daß sich manchmal unter den Geschworenen bessere Kenner der Materie finden, als unter den Richtern. Namentlich aber würde die Belassung dieser Fälle bei den Schwurgerichten den Vorteil haben,

Kleines feuilleton.

Der Hüllfederhalter eine deutsche Erfindung. Wie es mit so manchen Erfindungen geht — man denke nur an den Fernsprecher — in Deutschland werden sie gemacht, erlangen aber erst Geltung, wenn sie von Amerika lanciert und ausgebaut werden, so ist es auch mit dem Hüllfederhalter gegangen. Es ist das Verdienst des lemnitzischen Feldhaus, darauf hingewiesen zu haben, daß ein Deutscher, der Mechaniker Scheller in Leipzig, schon 1790 dieses Gerät dem „Antenlegenden Soeculo“ schenkte. Er nannte es Reiseschreibfeder und verkaufte das Stück einschließlich einer Messingkapsel für den billigen Preis von 10 Groschen. Die Konstruktion war im wesentlichen schon dieselbe wie heute. Die Reiseschreibfeder bestand aus einer sich verjüngenden Hölzle von Metall und Horn, die am dünneren Ende die Feder, freilich eine Pöse, keine Metallfeder, trug, am dickeren durch einen eingedrahten Dedel verschlossen war. Hier wurde die Linie eingefüllt und stieß durch ein ganz kleines Loch der Feder zu. Heute verwendet man, um das Rosten zu vermeiden, goldene und vergoldete oder Iridiumfedern, aber auch diese Verbesserung rührt nicht von den Amerikanern her. Denn schon im Jahre 1824 wurden goldene Federn verwendet. Noch im Jahre 1843 konnte man den Hüllfederhalter unter dem Namen „selbstschreibende Feder“, aber dann geriet er in Vergessenheit, bis die Hankees über ihn kamen und Millionen damit verdienen und noch verdienen.

Theater.

Deutsches Theater: Wieland, Märchen von Karl Vollmoeller. Vollmoeller, dessen „Gräfin von Armagnac“ und „Deutscher Graf“ seinerzeit hitzige Bewunderer fanden, hat den ästhetischen Zeichendruck, die in dem verächtlich Wunderlichen immer wieder Spuren geheimnisvoller Genialität entdecken wollen, einen Aben Streich gespielt. Aus der Art, wie die marionettendaste Innatur so mancher Webedindischen Stücke, z. B. des „Hidalgo“, als Ausfluß einer ganz besonderen Originalität gefeiert wurde, möchte er schließen, daß dem Kühnen, der die Konfusion zum Gipfel steigert, der schönste Ruhmeskranz gewiß sei. Oder er wollte vielleicht auch nur in parodistischer Laune einmal erproben, wie weit das Stützen mit detaristischen Mitteln wohl getrieben werden kann. Jedenfalls ist es erfreulich, daß das Publikum, das in langmütiger Geduld die ersten Akte über sich ergehen ließ, dann später gegen die Däpierung kräftig zischenden Protest erhob. Der Sensationspektakel der letzten Szene in der Luftschiffhalle konnte nur mühsam zu Ende gespielt werden.

Ein Schimmer irgendwelcher Idee läßt sich im Stücke nicht entdecken — außer einer fügen Idee des Geldes. Weil er den Vaternamen Wieland trägt und eine Oper „Wieland“ komponiert hat, möchte er die Laten dieses sagenhaften Schmiedes aus der Gbda ins Moderne übersehen. So erkennt er eine verkehrte Gouvernante zur Schwänenjungfrau, eifert seinem Vorbilde, das nach dem Mythos fliegen konnte, durch die Erfindung einer Flugmaschine nach und behandelt seinen Chef, den englischen Großindustriellen Karls, wie der Schmied der Sage den tyrannischen

König. Seine Wielandmission verlangt es, daß er den Sohn Sir Karls, indem er ihn bei einem wahnwitzigen Flugversuche unterstüht, ums Leben bringt und die Tochter kraft seiner Raubermacht verführt. Das Ganze ist nichts als ein plumper, grotesk zusammengeputzelter Kolportageroman, der durch den glühenden Beifall von Märchenanalogien den Anschein einer tiefen Bedeutung vorgeben möchte. Seine Hintertropfengeschichte kann mit bunteren, lächerlich unwarneren Effekten arbeiten. Da gibt's z. B. eine schöne Dame, die zwei Jahre bei dem Industriellen wohnt und von jedem Mann für seine Geliebte gehalten wird, bis sich an dem ereignisreichen Abend, an dem Wieland nach Ueberquerung des Kanals triumphierend wiederkehrt, eine furchtbare Seelenkrise entkühlt. Die Dame verhielt sich einstmals dem Mr. Karls, der auch an der Erfindung von Flugmaschinen arbeitet, sie würde nach dem ersten gelungenen Aufstieg die Seine werden. Der arme Mensch hat sich an ihrer Seite so lang abgemüht, bis sie es mit dem Barten satt bekam. Nun will er das Versäumte nachholen. Zu spät. Sie weiß, er hat Verlernt gemacht und löst ihn fort. Er ringt mit ihr und fällt, vom Herzschlage getroffen, bumbstot zu Boden. Die Flammen einer Brandstiftung ergäßen stimmungsboll das düstere Bild. Das sind so Kleinigkeiten nebenher, wenn Wieland nicht gerade selbst auf der Bühne zu tun hat. Seine Chancen scheinen sich glänzend zu gestalten. Eine Aktiengesellschaft gründet ihn. Unzählige Scharen harren auf die neue Fahrt des Luftschiffes. Er feiert unterdes eine Liebesnacht mit Eitel Karls und gesteht ihr seine Angst, das Wagnis noch einmal zu wiederholen. Der Rotor fuhrt, er klettert auf die Maschine, klettert wieder runter und schießt sich tot — aus Todesfurcht.

Waffermann legte sich mit Neuerifer, aber vergebens für die unmögliche Figur ins Zeug. Winterstein gab den Industriellen in vornehm-würdiger Haltung. In Episodenrollen hatten Herr Wiensfeldt als Manager der Gründung und Fraulein Sidonie Lorm als ewig entrüstete Schwänenjungfrau-Gouvernante einen Heiterkeitserfolg. Die Inszenierung war von Reinhardt selbst.

Humor und Satire.

Konserbatio.

Was immer mir das Schicksal Gutes sendet:

Na, wie Gott will!

Wenn Seine Majestät mir Orden spendet:

Ich halte still.

Auch den Minister mag ich gerne haben,

Vorausgesetzt,

Daß er mein Recht auf reiche Liebesgaben

Nicht dreist verlegt.

Daß man des Bauern Menschenwürde schone,

Ist Duersch und Duahn.

Ich respektiere nur Agrarbarone

Mit Ar und Haln.

Kein Junkersproß ist durchs Gesetz gezügelt!

Das ziemt dem Knecht.

Glaubt der nicht dran, wird es ihm eingepreßelt —

Und zwar nicht schlecht.

Run gar erst die verfluchten Demokraten!
Schodschwerenot:
Am liebsten schälig' ich diese Teufelsbraten
Mit Keulen tot.

Gibt mir nicht bald der Staat für sie den Knebel,
Werb' ich ihm's Fell
Und werde, schlimmer noch als August Bebel,
Ein Wurdorebel.

Aus ganz Ostelbien ruf' ich zur Verteidigung
Den letzten Mann!
Auf eine fair'ge Majestätsbeleidigung
Kommt's mir nicht an ...

Wichel.

Notizen.

Theaterchronik. Das Marionetten-Theater Münchener Künstler bringt am Sonnabend „Das Eulenschloß“ von Puccini zur ersten Aufführung, hierauf neu einstudiert: Mozarts „Bastien und Bastienne“. — Im Kleinen Theater ist die Premiere von Franz Kolnars bis Mitte nächster Woche verlagert. Am Sonnabend geht dafür Thomas „L. Klasse“ und Wanda „Varietés“ und „Die verflügten Frauenzimmer“ von Burdhard in Szene.

Im Kampf gegen die Zensur. Die Neue Freie Volksbühne hat gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses, die ihre Stücke der Zensur unterwarf, Klage beim Oberverwaltungsgericht eingereicht.

Ein Theaterdirektor ohne Konzession. Herr Fiedel, der bisherige Direktor des Lustspielhauses, dessen Konzession gefährdet ist, hatte als event. Nachfolger Harry Walden erwählt. Aber die Volkszeidirektion hat ihm wegen mangelnder Juberaltigkeit die Konzession nicht erteilt. Der Bezirksausschuß wird zu entscheiden haben, ob dieser Beschluß aufrecht zu erhalten ist.

Die Kürnberger Stadtmauern entzünden bisher heimische und Fremde durch das frische Waschen und Bläuen von Baum und Gesträuch, das sie malarisch umgab. Da aber irgend welche Bienenkaffter entdeckt hatten, daß die historische Kreuz darunter leide, ließ der Magistrat das unbotmäßige Zeug beseitigen. Die historische Kreuz ist jetzt wieder hergestellt, aber wenn der Frühlings ins Land kommt, wird man finden, daß lahle Mauern reizlos sind und daß neues Leben alten Ruinen, auch wenn sie noch so gut erhalten sind, erst ihre Schönheit gibt.

In der Familie Tolstoi sind Kämpfe um die Herausgabe des Nachlasses und die Verwendung der daraus zu erwartenden Einnahmen entbrannt. Auch über das Schicksal von Tolstois Gut wird in der russischen Presse lebhaft debattiert. Der Ertrag der ersten Ausgabe von Tolstois letzten Werken soll zum Ankauf des Gutes (nach einer anderen Fassung von anderem Land) für die Bauern verwendet werden. Auch wird dem bisher bekannt gewordenen Testament ein anderes entgegengestellt.

daß weniger Urteile gefällt werden, die dem gesunden Volksempfinden direkt ins Gesicht schlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Volksschlichter müßten doch weniger als gelehrte Richter geneigt sein, gewisse Schwindler laufen zu lassen. — Für die Befassung der Verbrechen im Amte bei den Schwurgerichten sprechen die allergeringsten Gründe. Gerade, weil die Beamten nur zu leicht in die Meinung verfallen, etwas Besseres zu sein als „untere“ Volksschlichter, müssen sie, wenn sie das auf sie gesetzte Vertrauen täuschen, der Rechtsprechung der Volksschlichter unterliegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer Zeit wie der unserigen, in der das Schwurgericht sich von so vielen Seiten den heftigsten Angriffen ausgesetzt sieht, ist es doppelt notwendig, allen Abbröckelungsversuchen entgegenzutreten. Die Regierung hat zu unserer Freude erklärt, daß sie nicht an die Abschaffung der Schwurgerichte denke. Aber das genügt nicht. Die Abbröckelung ist ebenso schlimm wie die brutale Abschaffung. Darum heißt es: den Anfängen widerstehen, die Gelüste zur Abbröckelung zu bekämpfen, wo immer sie auftreten. Darüber hinaus beantragen wir, wie ich hier schon vorweg bemerken will, eine

Erweiterung der Schwurgerichtlichen Kompetenz auf Preßvergehen.
Der Angriff ist die beste Wehr und den Bestrebungen auf Beschränkung, Abbröckelung oder gar Abschaffung der Schwurgerichte treten wir am wirksamsten entgegen, wenn wir die Kompetenz der Schwurgerichte ausdehnen. Und ganz sicher ist es, daß die Schwurgerichte, wie mangelhaft auch in unseren Augen ihre Zusammenfassung sein mag, immer noch durchweg den entschiedensten Vorzug vor den gelehrten Gerichten verdienen. Bei einem Schwurgericht wäre es denn doch wohl kaum vorgekommen, daß ein Redakteur unserer Partei zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wäre, weil er das preussische Dreiklassenhaus beim richtigen Namen genannt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch Schwurgerichte können Fehlurteile fällen: ich erinnere an jenes Urteil, das vor 18 Jahren in Essen gefällt worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Fehler des Schwurgerichts läßt man nicht, indem man es abschafft. Immerhin ist das Schwurgericht, selbst wie es heute ist, die populärste Gerichtsinstitution und wir werden uns seiner Abbröckelung wie seiner Abschaffung mit allen unseren Kräften widersetzen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Blasch (Sp.): Ich kann mich den wirklich vorzüglichen Ausführungen des Vorredners vollständig anschließen. Unser Antrag bezweckt ja schließlich daselbe, wie der sozialdemokratische Antrag; wir möchten allerdings die Fassung unseres Antrages vorziehen. Mit dem Vorredner sage ich: principis obsta! laßt uns den Anfängen widerstehen! Wir, die wir das altgermanische Schwurgericht, dessen Wiederherstellung in moderner Form eine der wichtigsten Errungenschaften des Liberalismus gewesen ist, unter allen Umständen zu verteidigen und zu erhalten entschlossen sind, wir müssen jedem Abbröckelungsversuch entgegenzutreten. (Lebhafte Beifall links.)

Bundesratskommissar Oberlandgerichtsrat Schulze: Mit Redewendungen wie „Abbröckelungsversuche“, „Principis obsta“ usw. kann man diese ernste Frage denn doch nicht lösen. Die Stimmung der Kammer ist entgegen der Schwurgerichte; wenn die Regierung nicht entschlossen gewesen wäre, die Schwurgerichte beizubehalten, so hätte sie wahrlich nicht mit der Abbröckelung kommen brauchen, sondern wäre gleich aufs ganze auf die Abschaffung gegangen. Die Regierung will aber die Schwurgerichte beibehalten und die Einführung des Schöffensprinzips in die Strafämter ist durchaus nicht gedacht als ein Versuch, das Geschworenensystem zu untergraben. Die Kommissionsbeschlüsse, um deren Aufrechterhaltung ich dringend bitte, bedeuten keine Abbröckelung, sondern eine Sanierung der Schwurgerichte. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Barenhorst (Sp.): Ich bin ein warmer und entschiedener Freund der Schwurgerichte, deren Erhaltung ich durchaus wünsche. Wir, die wir die Schwurgerichte zu entlasten, von ungeeigneter Verwendung zu befreien suchen, wir sind die wahren Freunde der Schwurgerichte, denen dagegen Herr Blasch mit seinen Anträgen im Grunde einen schlechten Dienst erweist. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Heine (Soz.):
Die Regierung und die Mehrheit der Rechten versichern ihre Freundschaft gegen die Schwurgerichte, sie haben sie eben zum Fressen lieb. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wo herrscht eine besondere Mißstimmung gegen die Schwurgerichte? In den Amtsstuben. Aber da hat sie geherrscht von dem Tage an, wo diese Erzengenschaft politischer Freiheit geschaffen wurde. Es ist nicht der geringste Anlaß vorhanden, den Schwurgerichten Mißtrauen entgegenzubringen. Praktische Juristen wissen, daß die Schwurgerichte von allen Gerichten relativ am besten funktionieren. Wo wirklich ein Fehlspruch vorgekommen ist, wie in dem unglückseligen Essener Prozeß vor 15 Jahren, sind die Juristen die moralisch Verantwortlichen, die Geschworenen hätten nicht einen so fürchterlichen Fehlspruch getan, wenn sie nicht hysterisch von den Juristen gerade in unjuristischem Sinne bearbeitet worden wären, im Sinne der

Aufpreisung der politischen Leidenschaften
(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht einzusehen, warum die Schwurgerichte nicht über betrügerischen Bankrott und über die Fällung einer öffentlichen Urkunde urteilen sollen. Grundtätlich ist daran festzuhalten, daß den Schwurgerichten nichts weggenommen wird.

Herr Oberlandesgerichtsrat Schulz: Daß nur Bureaufkranten-Gelehrter der Schwurgerichte sind, ist nicht richtig, auch unter den Professoren und Rechtsanwältinnen finden sich solche Gegner.

Abg. Wellstein (Sp.): In der Kommission hat nur ein einziges Mitglied für die Erhebung der Schwurgerichte durch die großen Schöffengerichte gestimmt; dort bestand also keine Animosität gegen die Schwurgerichte, und die Anträge der Kommission, bestimmte Sachen den Schwurgerichten abzunehmen, entspringen rein sachlichen Erwägungen.

Abg. Baffermann (natl.): Von einer Animosität gegen die Schwurgerichte kann keine Rede sein, aber man sollte ihnen möglichst nur Sachen mit einfachen Tatsachen überweisen, nicht derartig komplizierte Sachen, wie betrügerischen Bankrott.

Abg. Graf (Wirtsch. Vg.): Ich glaube doch, daß in der Kommission noch mehrere waren, die nicht Freunde des Schwurgerichts sind, es wollte nur keiner mit bestimmten Anträgen vorangehen. (Heiterkeit links.) Ich erinnere an den Fehlspruch des Essener Schwurgerichts; glücklicherweise war es ein Schwurgericht, nicht ein gelehrtes Gericht, das den Fehlspruch tat. Freund des Schwurgerichts ist natürlich die Presse, darüber hinaus aber eigentlich niemand. (Widerpruch links.) Die Schwurgerichte sind nicht eine altgermanische, sondern eine französische Einrichtung. (Widerpruch links.)

Abg. Werner (Antif.): Die Urteile der Schwurgerichte entsprechen dem Volksempfinden mehr als die der gelehrten Gerichte. Sollten sie wirklich aus dem Unstund kommen, so würden wir eben einmal etwas Gutes aus dem Unstund genommen haben.

Abg. Dr. Blasch (Sp.): Den Essener Prozeß kann man doch nicht den Geschworenen allein zur Last legen, wie es Herr Schulz tut; die gelehrten Richter waren nicht der Meinung, daß ein Fehlspruch vorlag, sonst hätten sie den Spruch aufheben müssen. Auch die Eröffnung des Verfahrens geschah von gelehrten Richtern, ebenso war der Staatsanwalt ein Jurist. — Die Vorlage der verbündeten Regierungen enthält eine Einengung der Kompetenz der Schwurgerichte, darüber helfen alle Freundschaftsbezeugungen nicht hinweg.

Abg. Heine (Soz.):
Herr Graf meint, der Essener Prozeß müßte den Leuten die Lust an den Schwurgerichten nehmen. Der ganze Prozeß ist eingeleitet von Juristen und zwar durch den Vorleser in der Strafsache gegen den Redakteur Martgraf; dieser gehörte zu den

Juristen, die nicht begreifen, daß ein Mann, der Uniform an hat, etwas Unrichtiges aussagen kann. In der Verhandlung gegen Schröder und Genossen waren der Staatsanwaltschaft schon die gemäßigtesten Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des Ritters bekannt, trotzdem sagte er: „Die Glaubwürdigkeit des Ritters ist nicht anzuzweifeln. Wenn er selbst einmal einen Puff zubiel ausgeteilt haben sollte, so kann man ihm das nicht zur Last legen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er beantragte das Schuldig mit der Begründung:

„Aus dem Grundsatze heraus: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! sind die Weineide entstanden.“
In dieser Art hat die Staatsanwaltschaft die Leidenschaften der Geschworenen aufgekesselt, und auf ihr bleibt es hängen, wenn diese den Fehlspruch taten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist aber nicht Neues, das ist in Preußen Verwaltungsprozeß. Als im Jahre 1880 Singer die Laten des J. H. R. Kahlow im Reichstage zur Sprache brachte und das ganze Haus zwischen Entrüstung und Entsetzen schwankte, da erklärte der Minister v. Puttkamer,

der J. H. R. Kahlow sei ein glaubwürdiger Mann, und hat den Abg. Singer, ihm die Zeugen zu nennen, auf die er sich berief, damit er sie zur Verantwortung ziehen könne, und er fügte hinzu, die Unternehmung werde wohl nicht zum Vorteil dieser Gewähsmänner ausfallen. Das ist eben das puttkamerische Prinzip: Wer gegen einen Beamten etwas ausführt, ist verdächtig, und gegen ihn wird Anklage erhoben, nicht gegen den angeforderten Beamten. Ein solches Verfahren muß Früchte tragen, und wenn die Geschworenen dadurch wirklich irre gemacht werden und in der Leidenschaft ein falsches Urteil fällen, so will ich die Verantwortung dafür den einzelnen Geschworenen nicht abnehmen, sie trifft aber nicht das Institut, sondern die Juristen, welche von ihrer juristischen Gewandtheit und ihrer Fähigkeit zu reden einen geradezu verbrecherischen Gebrauch gemacht haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jitsch (Soz.):
Der Regierungskommissar sagte, eine Abbröckelung der Geschworenengerichte sei nicht beabsichtigt, sie sollen vielmehr gegenüber dem bisherigen Zustand gefestigt werden, wir sollten nur kein Mißtrauen haben. Dieser Appell wird ungehört an und vorübergehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben Richterinnen und haben es um so mehr, als wir ja wissen, daß eine organisierte Bewegung vorhanden ist, die sich nicht nur gegen die Schwurgerichte richtet, sondern gegen die Zugabe des Laienelementes überhaupt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Der Abg. Graf hat es so dargestellt, als ob man nur deshalb in der Kommission nicht radikal gegen die Schwurgerichte vorgegangen sei, weil die Mehrheit nicht reaktionärer scheinen wollte, als die Regierung. So sieht es aber denn doch nicht. Bei mehr als einer Gelegenheit hat die Kommission durchaus sein Bedenken getragen, die Regierungsvorlage noch reaktionärer zu verschlimmern. — Von antisemitischer Seite wendet man gegen die Schwurgerichte ein, sie seien nur scheinbar eine altgermanische Institution, in Wirklichkeit eine Ausgeburt der französischen Revolution. Es ist sonderbar, daß dieselben Urteilsurtheile so gar keine Einwände gegen die durch und durch französische Institution der Staatsanwaltschaft erheben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.):
Alle Mängel, die dem Schwurgerichte anhaften, stammen nicht von der Institution als solcher, sondern hängen zusammen mit dem Klassencharakter, den man dem Schwurgericht gegeben hat. Wo immer befremdliche Urteile von den Geschworenen gefällt werden, da sind die Urteile eben nicht gefällt worden von Volksschlichtern, sondern von Laienrichtern,

die als Klassenrichter fungierten
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber den Klassencharakter der Geschworenen, wie er in der Art ihrer Auswahl begründet ist, wird sich bei späterer Gelegenheit noch reden lassen. An dieser Stelle möchte ich nur dem Irrtum entgegenzutreten, daß das Schwurgericht keine altgermanische Institution sei. Wenn irgend etwas in der Rechtsgeschichte feststeht, so ist es der urgermanische Charakter der Schwurgerichte. Im alten Deutschland gab es keine gelehrten Richter, das Recht zu finden war Sache des Volkes beziehungsweise vom Volk erwählter Richter. Dagegen möchte es Herrn Graf interessieren, zu erfahren, daß die von ihm so sehr geliebten Schöffen eigentlich hebräischer Ursprungs sind. (Große Heiterkeit.) Gerade die Befürworter des Schöffens in der Reichsversammlung sollten für unsere Anträge stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf (Wirtsch. Vg.): Ich lehne es ab, von Herrn Stadthagen Behauptungen über deutsches Recht entgegenzunehmen. — Das Schwurgericht ist so wenig deutsch wie der Abg. Stadthagen. (Heiterkeit rechts, Lachen links.)

Abg. Müller-Jericho (Sp.): Ich bin ein aufrechter Anhänger der Zugabe des Laien, ein Freund der Schwurgerichte, muß aber mich doch gegen die scharfen Angriffe wenden, wie sie von sozialdemokratischer Seite gegen die Berufsrichter gerichtet werden.

Die Diskussion schließt.
Präs. Graf Schwerin-Adwig: Der Abg. Heine hat am Schluß seiner Ausführungen Wendungen gebraucht, die nur so zu verstehen sind, daß er den am ersten Essener Prozeß beteiligten Juristen einen verbrecherischen Gebrauch ihrer größeren formalen Bildung usw. vorgeworfen hat. Wegen dieser Ausführungen rufe ich den Abg. Heine zur Ordnung. (Lebhafte Beifall rechts.)

Sämtliche Änderungsanträge werden — gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler — abgelehnt, § 73 in der Fassung der Kommission angenommen.
Nach debattierloser Erledigung einiger weiterer Paragraphen verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom Mittwoch, den 8. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Tagesordnung: Erste Lesung des Gesetzesentwurfs über den Zweckerband Groß-Berlin.

Minister v. Dallwitz: Es hat sich als notwendig erwiesen, für Groß-Berlin einen besonderen Gesetzesentwurf vorzulegen, weil sonst eine Menge Spezialbestimmungen in das allgemeine Gesetz hätten hineingearbeitet werden müssen und weil auf freiwillige Vereinbarungen zwischen Berlin und seinen Vororten nach den bisherigen Erfahrungen in nennenswertem Umfang nicht zu rechnen war. Eine früher geplante weitgehende

Eingemeindung von Vororten in Berlin

konnte infolge des Widerspruchs des Magistrats von Berlin nicht durchgeführt werden. Inzwischen haben sich die Vororte zu leistungsfähigen Gemeinden ausgebildet und es bleibt nur noch der Weg der Bildung eines Zweckerbandes übrig. Natürlich kann dabei nur vorsichtig, tastend und ägernd vorgegangen werden und es können nur solche Aufgaben dem neuen Verbände zugewiesen werden, welche tatsächlich für eine einheitliche Verwaltung reif sind und deren Regelung im Interesse der Allgemeinheit liegt. Das gilt vor allem für das Verkehrswesen, für die Erhaltung von Wäldern, Parks, Wiesen, Schmutz-, Spiel- und Sportplätzen, sowie für die Feststellung einheitlicher Bauvorschriften. Die Organisation ist im wesentlichen der Provinzialverbände nachgebildet. Von einer Anechtung der freien Selbstverwaltung durch diesen Entwurf, wie

in der Presse behauptet worden ist, kann gar keine Rede sein. Man müßte denn freie Selbstverwaltung mit kommunalem Egoismus und Partikularismus verwechseln. Ich hoffe daher, daß der Entwurf als geeignete Grundlage für die Beratung angesehen werden wird. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Brandenstein (L): Seit einem halben Jahrhundert hat der preussische Staat ohne jeden praktischen Erfolg an der Aufgabe, um die es sich hier handelt, gearbeitet. Es bleibt nunmehr nur der Weg des Zweckerbandes übrig. Daran, daß die Kreise als Ganzes beitreten, halten wir fest. Dagegen hebe es sich leicht machen, daß als Vertreter nur Mitglieder von Gemeinden gewählt werden können, die nicht soweit von Berlin entfernt sind, daß sie gar kein Interesse mehr an dem Zweckerband haben. In dem Drittel der Stimmen muß ebenfalls festgehalten werden. Bedenken kann erregen, daß die Berechnung der Vertreterzahl lediglich nach der Einwohnerzahl erfolgen soll. Es muß auch die Steuerleistung irgendwie dabei berücksichtigt werden. Deshalb bei der Aufsicht auch der Landwirtschaftsminister mitwirken soll, ist mir nicht recht verständlich. Für Voten des Zweckerbandes sollte als begünstigende Körperschaft eine Sachverständigenkommission resp. ein Beirat im Gesetz gelehrt werden. Bedenken erhebt weiter, daß die Kosten für Erwerbung von Wäldern gleichmäßig verteilt werden sollen, weil die ganze Bevölkerung daran interessiert sei. Erlaubt hat die ärmere Bevölkerung daran weit mehr Interesse als die Kreise, die große Teile des Jahres sich in St. Moritz, an der Riviera usw. aufhalten, und schließlich haben doch die Anwohner der betreffenden Gegend, wo der Wald, Park, Spielplatz usw. liegt, auch ein großes finanzielles Interesse daran. Der Wunsch verschiedener Petitionen, daß die schweren Lasten, welche einzelne Gemeinden durch die Volksschulunterhaltung haben, auf den Verband übernommen werden möchten, scheint uns sehr ermutigend. Wir machen aber davon unsere Zustimmung zu dem Gesetz nicht abhängig. (Bravo!)

Abg. King (Sp.): Nachdem von einer Eingemeindung der Vororte in Berlin nicht mehr die Rede sein kann, ist der Zweckerband der einzige Weg. Wir sind mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden.

Abg. Kell (natl.) kritisiert einzelne Bestimmungen des Entwurfs. Man sollte nicht die ganzen Kreise in den Zweckerband nehmen, sondern nur die Teile, die wirtschaftlich heute schon mit Berlin zusammenhängen. Dem Verbände selbst darf nicht das Recht gegeben werden, seine Kompetenzen zu erweitern. Es soll eine schrittweise Entwicklung angebahnt werden. Wir werden in der Kommission gern an dem Zustandekommen der Vorlage mitarbeiten. (Bravo!)

Abg. Cassel (Sp.): Es ist sehr bedauerlich, daß die Betroffenen Gemeinden nicht vor Einbringung dieser Vorlage gehört worden sind. Daß der Magistrat von Berlin seinerzeit die Eingemeindungsfrage etwas lässig behandelt hat, gebe ich zu. Er hatte allerdings dazu gewisse Gründe und es geht doch auf keinen Fall an, jetzt die Berliner für die Sünden ihrer Väter büßen zu lassen. Das beste wäre heute die Bildung einer Körperschaft wie der Walfisch London mit von den Angehörigen des Verbandes zu wählenden Vertretern. Sehr dies nicht an, so ist allerdings der Zweckerband der einzige Weg. Die Erwerbung eines Waldgürtels um Berlin wäre allerdings durch freie Vereinbarung sehr wohl möglich, wenn der Fiskus nur angemessene Preise fordern wollte. (Sehr wahr! links.) Die Post, mit welcher der Entwurf eingebracht ist, läßt den Schluß zu, daß fiskalische Interessen dabei im Vordergrund stehen. Es gibt im Ministerium ganz geriebene Kaufleute und der Say-Fiskus non erubescit. (Der Fiskus erodiert nicht) gilt auch heute noch. (Sehr gut! links.)

Verkehrskalamität in Groß-Berlin

ist erst durch bellagierende Maßnahmen früherer Minister geschaffen worden, namentlich durch die Konzeptionsverlängerung für die Große Berliner Straßenbahn bis 1949 hinter den Rücken der Stadt Berlin durch den Minister v. Thielen. (Hört! hört! links.) Dadurch ist die Monopolstellung der Großen Berliner herbeigeführt worden. Und wie kommt der Polizeipräsident von Berlin dazu, den Beginn der Nord-Südahn abhängig zu machen von der Einigung mit Tempelhof! (Sehr wahr! links.) Damit handelt das Polizeipräsident allein im Interesse der Gesellschaft, die das Tempelhofer Feld gekauft hat und ihrerseits vertraglich verpflichtet ist, für gute Anschlüsse nach Berlin zu sorgen. (Hört! hört! links.) Den Vorrednern danke ich für ihre objektive Stellungnahme im Interesse Berlins. (Abg. Hoffmann (Soz.): Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!) Gewiß, Herr Hoffmann, aber ich bin nicht so politisch praecoquiert (vorausgenommen), daß ich nicht an die Lokalität dieser Erklärungen glauben sollte. (Bravo! rechts.) wenn ich auch durchaus nicht mit allen Behauptungen der Herren übereinstimme. Die vorgelegene spätere Entscheidung der Gemeinden, deren Eigentum und Rechte auf den Verband übergeben sollen, widerspricht der Bestimmung der Verfassung, wonach das Eigentum unverleßlich ist und nur im dringenden Interesse des öffentlichen Wohls gegen vorher gesetzlich festgelegte Entschädigung übertragen werden darf. Mit der Verletzung Berlins auf der Verbandverammlung können wir keinesfalls einverstanden sein. Die zwei Millionen Berlin tragen zwei Drittel des Steuerfolls. Wir verlangen nicht eine den Steuerlasten entsprechende Vertretung, aber sie muß zum mindesten der Einwohnerzahl entsprechend erhöht werden. Die Verfassung des Zweckerbandes wird sehr bald über eine halbe Milliarde, nach zehn Jahren sicher eine ganze Milliarde betragen. (Hört! hört! links.) Daher muß Berlin auch der genügende Einfluß gesichert werden. — Der Gedanke der Uebernahme der Schullasten auf den Zweckerband wird gewiß von den Herren der äußersten Linken aufgenommen werden, aber ich glaube, die Herren Sozialdemokraten werden ebenfalls nur dann dafür sein, wenn auch in der Tat die Schulverwaltung eine einheitliche ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und wenn es sich nicht nur darum handelt, daß der Zweckerband zahlt. — Auch im Verbandsauschuß muß Berlin besser vertreten sein. Wir erwarten, daß der Entwurf so gestaltet wird, daß er den Grundfragen der Gerechtigkeit und Billigkeit nach jeder Richtung hin entspricht. (Bravo! links.)

Minister v. Dallwitz geht auf die Geschichte der Eingemeindungsfrage ein und betont, daß der Kochfisch des Ministers Herrfurth noch vier Jahre lang mit dem Berliner Magistrat über die Eingemeindungsfrage verhandelt habe, die dann erst geschlichtet sei. (Hört! hört! rechts.) Gegen die Uebernahme der Kreise im ganzen in den Zweckerband dürften wir so weniger Einwendungen zu erheben sein, da 90 Proz. der Einwohner der betreffenden Kreise schon jetzt in den Interessentenkreis von Groß-Berlin gehören.

Minister v. Breitenbach: Der Fiskus braucht allerdings nicht zu erörtern, weil er nur das Gute will. (Heiterkeit.) Die Große Berliner Straßenbahn hat zweifellos Ausgesprochenes für den Berliner Verkehr geleistet. Demnach gewirkt hat dabei nur der Streit mit der Stadt Berlin über die Auslegung von Verträgen. Ich begrüße es, daß der kommende Zweckerband endlich einen Vergleich zwischen Berlin und der Straßenbahn zur Folge gehabt hat. (Hört! hört! rechts.) Es ist zu erwarten, daß die Hoffnungen, die Berlin auf diesen Vergleich setzt, in Erfüllung gehen werden, denn ich erkenne an, daß

Berlin die große Nährmutter

des Stranges von Vororten gewesen ist und sein wird. — Was die Verlängerung der Konzeption an die Große Berliner Straßenbahn bis 1949 anlangt, so lag eine Verpflichtung für den Minister v. Thielen, die Stadt zu benachrichtigen nicht vor. (Lebhafte Ohro links.) Jurist: Moralische Verpflichtung! Die Verlängerung war unbedingt notwendig, weil die Gesellschaft vor der Elektrifizierung ihrer Bahnen stand, die nicht durchzuführen war ohne die Sicherheit, daß das investierte Kapital amortisiert wurde. — Auch bei der Nord-Südahn kann von einer feindlichen Haltung des Eisen-

Behörden gegenüber Berlin keine Rede sein. Die Konzeption ist nicht abhängig gemacht worden von einer Einigung Berlins mit Tempelhof, sondern es ist nur darauf hingewiesen worden, daß es nützlich und notwendig sei, wenn Berlin mit Tempelhof in Verhandlungen eintrete.

Abg. Febr. v. Joditz (fl.): Herr Cassel hat mehr die Interessen Berlins vertreten, anstatt objektiv zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Berlin sollte sich Frankfurt a. M. zum Muster nehmen, wo bei der Auswahl der Stadtvertretung nur nach der Fähigkeit gesehen wird, während in Berlin mehr politische Gesichtspunkte ausmaßgebend sind. (Sehr richtig! rechts.) Das Recht seine Kompetenzen zu erweitern, müßte dem Zweckverband doch wohl gegeben werden, denn die wirtschaftliche Entwicklung schreitet sehr rasch vorwärts. Vor allem muß ein Ausgleich zwischen den östlichen und westlichen Vororten endlich herbeigeführt werden durch Uebernahme der Schullasten auf den Zweckverband. Berlin eine etwas größere Stimmzahl zuzubilligen, sind auch wir bereit.

Abg. v. Tressow (l.) fordert besondere Berücksichtigung der nördlichen, östlichen und südlichen Vororte von Berlin. Würden diese armen Gemeinden mit neuen Lasten belegt, so könne er der Vorlage nicht zustimmen. Redner beantragte, die Vorlage derselben Kommission zu überweisen, der das allgemeine Zweckverbandsgesetz überwiegen ist.

Abg. Hirsch (Soz.):

Der Kritik des Herrn Cassel, daß das Gesetz nicht vorher den Beteiligten Gemeinden zur Aeußerung unterbreitet worden ist, schreibe ich mich durchaus an. Zu dem, was der Minister dagegen jagte, liegt ein Mißtrauensvotum gegenüber den Gemeinden von Groß-Berlin, das diese nicht verdient haben. Es könnte ja auch im Gesetz vorgesehen werden, daß solche Sonderverträge, die etwa von einzelnen Gemeinden im letzten Augenblick zum Schaden des Zweckverbandes abgeschlossen werden, keine Gültigkeit haben. — Den Grundgedanken des Zweck- resp. Zweckverbands stimmen wir zu. Wir haben immer die Notwendigkeit betont, der

Zerissenheit von Groß-Berlin auf wirtschaftlichem Gebiete

ein Ende zu machen. Es ist besonders das Verdienst unseres verstorbenen Führers Singer, daß er bei jeder Gelegenheit den Gedanken des Zweckverbandes für Groß-Berlin das Wort geredet hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Noch auf einer der letzten Gemeindevertreterkonferenzen hat Singer darauf hingewiesen, daß es notwendig sein werde, für Groß-Berlin einen Zweckverband zu schaffen. Als Mann der Praxis wußte er auch genau, daß auf dem Wege der freiwilligen Vereinbarung nichts herauskommen würde. Sie sehen also, daß der Grundgedanke des Gesetzes durchaus unseren Intentionen entspricht, damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir allen Einzelheiten des Entwurfs zustimmen. Daß auf freiwilligem Wege in Groß-Berlin nichts zu erreichen ist, haben die langjährigen Verhandlungen über die Gründung eines Verkehrsverbandes bewiesen. An den widerstrebenden Interessen der einzelnen Gemeinden mußte dieser an sich so gute Gedanke scheitern. Diese widerstrebenden Interessen kommen auch in zahlreichen Petitionen einzelner Gemeinden zum Ausdruck, die zum Ausdruck über höher als diese Sonderinteressen muß für uns das Interesse der Gesamtheit stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Im einzelnen haben wir schwere Bedenken gegen die Vorlage. So ist der Begriff Groß-Berlin viel zu schematisch gefaßt. Nach der vorliegenden Karte ergibt sich ein ganz unheimliches Gebilde, das sich nach Norden und Süden bis zu 60 Kilometer erstreckt, nach Westen bis höchstens 20, stellenweise nur 12 Kilometer. Man kann doch nur Gemeinden miteinander verbinden, die auch tatsächlich gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben. Die Schuld liegt darin, daß man die Kreise Teltow und Nieder-Barnim in vollen Umfang übernehmen will, um die Möglichkeit zu haben, in die Verbandversammlung Vertreter zu bringen, die von Samstagtagen gewählt sind. Es sind also zum Teil politische Gründe, die hier maßgebend gewesen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Umfang des Zweckverbandes nach allen Seiten 25 Kilometer betragen würde, würden wir ein Gebiet bekommen, das wirklich gemeinsame wirtschaftliche Interessen hat. Später können ja dann weitere Teile von Teltow und Nieder-Barnim hineingenommen werden. Vor allem muß im Westen mehr Gebiet hinzugenommen werden. Die Gemeinden an der Havel gehören unbedingt in den Zweckverband.

Die Entwicklung von Groß-Berlin geht bekanntlich nach dem Westen, und es wäre ein Fehler, der sich später schwer rächen würde, wenn man diese Gebiete um der Havel herum herauslassen würde. Für den Wunsch Spandau, aus dem Verband herauszubleiben, sind lediglich lokale Interessen maßgebend. Gemäß hat Spandau mit Berlin direkt keine Interessengemeinschaft, wohl aber eine sehr enge Gemeinschaft mit Charlottenburg. Ich habe nun gestern der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in demselben Augenblick, wo sie das Zweckverbandsgesetz für die Monarchie vorlegt, auf der anderen Seite die Bildung von kleinen Zweckgemeinden begünstigt. Ich dachte dabei an die Gemeinden Ruhleben und Heerstraße. Es geht das Gerücht, daß aus diesen fiskalischen Gutsbezirken kleine Zweckgemeinden gebildet werden sollen. Man hofft dadurch die Steuerkraft des Kreises Teltow zu heben, und andererseits hat die Regierung ein lebhaftes Interesse daran, weil dadurch ihre fiskalische Bodenpolitik gefördert wird. Es wäre erwünscht, wenn die Regierung sich dazu äußern wollte.

Der Kreis der Aufgaben des Zweckverbandes

Ist viel zu eng gefaßt. Es gibt noch eine ganze Reihe von Aufgaben, die für eine einheitliche Verwaltung reich sind und deren einheitliche Bewältigung auch im Interesse der Allgemeinheit liegt. Ich erinnere an die Frage des Volksschulwesens. Die Zerissenheit des Volksschulwesens in Groß-Berlin bringt für die Kinder der Arbeiter große Mißstände mit sich. Schon die Schwierigkeiten bei der Umschulung innerhalb Berlins sind groß, noch viel größer sind sie, wenn das Schulkind von einer Gemeinde in die andere kommt. Da bestehen ganz andere Lehrpläne usw., so daß die Umschulung immer für das Kind den Verlust eines Schuljahres bedeutet. Die Gemeinde Lichtenberg petitioniert um Hilfe für ihre Schulklassen. Meine Freunde haben es ja im Stadtparlament nie gebilligt, wenn Berlin sich von Vororten wegen der Zuschüsse zu Schullasten verlagern läßt, sondern wir haben den betreffenden Gemeinden die Zuschüsse zugewilligt. Aber mit der Art, wie Lichtenberg die Frage regeln will, bin ich doch nicht einverstanden. Es will, daß die ärmeren Gemeinden Zuschüsse von den reicheren erhalten, aber in die Schulverwaltung soll die Gemeinde, die Zuschüsse leistet, nicht hineingezogen haben. Die Gemeinde, die den Zuschuß gibt, muß doch aber auch die Kontrolle darüber haben, wie der Zuschuß verwendet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden aus der ganzen Katastrophe nur durch die

Uebernahme des ganzen Volksschulwesens durch den Zweckverband herauskommen können. Diesen Gedanken haben meine Freunde von jeher propagiert, und Herr v. Joditz hat also heute nur eine sozialdemokratische Idee vertreten. (Weiter! links.) Zur gemeinsamen Regelung des höheren Schulwesens ist die Zeit wohl noch nicht gekommen. Dagegen muß das Steuerwesen einheitlich geregelt werden. Lichtenberg weist in seiner Petition drähtlich darauf hin, daß eine Reihe von Gemeinden an sich wohl zu einer Erhöhung der Einkommensteuernzuschläge kommen könnten, aber sie nicht durchführen können, weil sie fürchten müssen, daß dann die Verwaltungen in einen anderen Vorort ziehen. Wir haben es ja in Groß-Berlin sogar erlebt, daß eine Gemeinde dadurch unlautere Konkurrenz getrieben hat, daß sie die Steuerzuschläge unter 100 Proz. heruntersetzte, so daß sogar die Regierung einschreiten mußte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter sind wichtige sozialpolitische Aufgaben durch den Zweckverband zu lösen. Das Problem der Arbeitslosenversicherung

ung, das ja jetzt von einzelnen Gemeinden in Angriff genommen wird, kann nur von dem Zweckverband gelöst werden, ebenso die Frage des Arbeitsnachweises. Wenn für Groß-Berlin ein gut organisierter kommunaler Arbeitsnachweis bestände, könnte sehr viel zur Linderung der Arbeitslosigkeit geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unfallbaren Zuständen begegnen wir auch auf dem Gebiete der Krankenpflege. Wir haben in einer Reihe von Gemeinden vorzügliche Krankenhäuser, die allen modernen Anforderungen entsprechen. Wir haben aber auch Gemeinden, die überhaupt kein Krankenhaus haben. (Hört! hört! links.) Oder nur solche mit ungenügenden Einrichtungen. Und weiter besteht der sonderbare Zustand, daß eine Reihe von Gemeinden eine Art Schußoll einziehen, indem sie von Kranken aus anderen Gemeinden höhere Kurkosten erheben, als von Kranken der eigenen Gemeinde. Es ist doch ganz unbillig, daß, wenn heute jemand in Lichtenberg krank wird und gezeugen ist, ein Berliner Krankenhaus aufzusuchen, er 60 Pf. mehr pro Tag für Verpflegung zahlen muß, als derjenige, der in Berlin krank wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst der Gedanke, ein Asyl für Obdachlose durch das Zusammenwirken der westlichen Vororte zu bringen, ist gescheitert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In London wird durch den Gracchamtsrat bereits seit 1867 die Armenpflege für 82 Gemeinden gemeinsam geregelt, und in neuerer Zeit hat der Gracchamtsrat auch die Regelung des Verkehrsnetzes und der Wohnungsverhältnisse in die Hand genommen. Ob der Zweckverband in der Lage sein wird, in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse etwas Wesentliches zu erreichen, bezweifle ich ja angesichts des Uebergewichts der Hausagrarien. Dagegen könnte eine einheitliche Baupolizeiordnung großen Einfluß in dieser Beziehung haben. Die jetzigen Baupolizeiordnungen haben sogar Villenvororte dazu geführt, daß jetzt das

Mietkassennennungen

überwiegt. Hier muß Wandel geschaffen werden durch den Zweckverband. Es ist zu begrüßen, daß eine gutachtliche Mitwirkung der Verbandskörperschaften bei Erlass von Baupolizeiordnungen vorgesehen ist. Aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß nicht wieder die Hausbesitzer das ausschlaggebende Element in diesen Körperschaften sind. — Darüber, daß die Zerstückelung in dem Verkehrsnetze von Groß-Berlin sehr groß ist, bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung. Man geht ja heute immer mehr schon zum Bau von Bahnen in eigene Regie über, weil man einseht, daß es den Privatgesellschaften nur darauf ankommt, möglichst viel herauszuwirtschaften, daß sie nur da Bahnen wollen, wo schon Verkehr vorhanden ist, anstatt durch Schaffung von Verkehrsgelegenheit den Verkehr erst auszuwickeln. Wenn aber wirklich den Verkehrsbedürfnissen gebietet werden soll, so muß dafür gesorgt werden, daß die Regierung nicht mehr so in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden eingreift, wie das vielfach geschehen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Bei der Nord-Südbahn liegt die Sache so: Berlin will die Bahn vorläufig bis zum Belle-Alliance-Platz bauen und behält sich vor, ob sie nach Tempelhof oder nach Nizdors weiterbaut. Die Regierung will aber die Genehmigung nicht erteilen, bevor die ganze Bahnstrecke eingereicht ist, vorher genehmigt sie auch nicht die Strecke im Norden. (Hört! hört! links.) Mit ihrem Vorgehen begünstigt sie, ob bewußt oder unbewußt, lasse ich dahingestellt, die privaten Interessen gewisser Spekulationsgesellschaften. (Sehr richtig! links.)

Redner kritisiert nunmehr einzelne Bestimmungen der verschiedenen Paragrafen des Entwurfs. Der Absatz 5 des § 4 steht, wie Herr Cassel mit Recht betont hat, in direktem Widerspruch zu Artikel 9 der Verfassung. Wir haben ja nichts dagegen, wenn Sie in dieser Weise zur

Konfiskation von Eigentum

übergehen, das ist uns ein wertvolles Präjudiz für die Zukunft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auf der anderen Seite haben Sie doch die Verfassung beschworen, und danach müssen wir verlangen, daß die Entschädigung vorher festgelegt wird und daß ordentliche Gerichte wie sonst im Enteignungsverfahren entscheiden. Die geäußerten Bedenken gegen die Zusammensetzung des Verbandsausschusses teilen wir auch. Das richtige wäre direkte Wahl der Mitglieder. Zum mindesten muß die Verteilung der Vertreter nach der Bevölkerungszahl erfolgen. Da muß man auch konsequent sein und Berlin eine entsprechende Zahl von Vertretern einräumen. Die Gefahr, daß Berlin majorisiert, ist nicht vorhanden, weil die Berliner Vertreter doch nicht einheitlich stimmen werden. Redner nimmt die Bevölkerungszahl von Berlin nach der Statistik weniger zu, als die der Vororte, und es sollen ja die Ergebnisse der Volkszählung immer berücksichtigt werden.

Freiherr v. Joditz hat sich hier wieder als Scharfmacher erweisen, wie bei jedem Anlaß. Er sagte, die Sozialdemokraten werden nicht immer die Finanzen der Stadt Berlin berücksichtigen. Woher der Abgeordnete v. Joditz diese Kenntnis hat, weiß ich nicht. Argendenn Beweis dafür wird er nicht erbringen können. Nun gibt er den Gemeinden den Rat, keine Sozialdemokraten in die Verbandversammlung zu wählen, und wenn sie es doch tun, dann hätten sie die Konsequenz selbst zu tragen. Die große Mehrheit der Bevölkerung von Berlin und Umgebung versichert auf die Ratsschlüsse des Herrn v. Joditz; sie weiß von selbst, was sie tun soll. Die Bevölkerung dieser Gemeinden hat erfahren, daß gerade die Sozialdemokraten für die Gemeindeverwaltung unentbehrliche Elemente sind. Wenn etwas Gutes geschaffen worden ist in Berlin, dann ist es der Arbeit der Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung zu danken. (Widerpruch des Abgeordneten Cassel.) Herr Kollege Cassel, Sie werden mir doch zugeben, daß das Gute, was in Berlin erreicht ist, erreicht ist durch das Drängen der Sozialdemokraten.

(Lachen rechts, Widerspruch bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Und fast immer gegen den ausgesprochenen Willen der Freunde des Herrn Cassel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Sehr falsch! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Ich werde Ihnen nachweisen, daß Sie auch in der Eingemeindungs- und Verkehrsfrage nicht so unschuldige Engel sind, wie Sie vorgeben. Nicht nur in Berlin, sondern überall erweisen sich die Sozialdemokraten als die vorwärtstreibenden Elemente, und so mancher Magistrat und Oberbürgermeister sagt sich heute in seinem Innern: Ich möchte doch die Sozialdemokratie in der Stadtverordnetenversammlung nicht entstehen, wenn er natürlich auch keine sozialdemokratische Mehrheit haben will. Ich erinnere bloß an das, was der Oberbürgermeister Deutler-Dresden gesagt hat. Die Bewohner von Groß-Berlin weisen also die Ratsschlüsse des Herrn v. Joditz ohne weiteres zurück; wenn kein Sozialdemokrat in der Verbandversammlung wäre, dann würde der Zweckverband von vorneherein nicht imstande sein, etwas Gutes zu leisten. (Wider! bei den Sozialdemokraten.) — Lachen rechts.)

Es besteht die Gefahr, daß manche Bestimmungen des Gesetzes Unheil anrichtet. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der kommunale Egoismus, den der Minister heute mit Recht bekämpft hat, noch vielfach anzutreffen ist. Es ist auch wieder der Sozialdemokratie zu danken, die immer das große Ganze ins Auge faßt, wenn dieser kommunale Partikularismus aus vielen Gemeinden doch schon verschwinden ist.

Für die Befestigung des Verbandsdirektors gilt dasselbe, was ich gestern schon angeführt habe. Wir hätten das Bestätigungsrecht für eine durch nichts gerechtfertigte absolutistische Einrichtung. Der Entwurf sagt nichts darüber, was in dem Falle geschehen soll, wenn ein nicht befähigter Verbandsdirektor wieder gewählt wird. Bei den Landesdirektoren sind hierüber Bestimmungen getroffen. Sollen hier etwa auch die Kommission an die Stelle des Direktors treten? Wenn dies die Absicht der Regierung ist, dann soll sie es auch eingestehen. Der Apparat der Verbandversammlung ist viel zu schwerfällig, so daß die Möglichkeit besteht, daß die Verbandversammlung gar nicht arbeiten kann. Ich glaube, daß über kurz oder lang wieder eine andere Regelung versucht

werden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Begründung ist die Eingemeindung als Vergewaltigung bezeichnet. Die Regierung soll doch ganz offen sein: das

Kinwachsen der Sozialdemokratie

ist der einzige Grund, die Eingemeindung nicht zu machen. Obwohl Abgeordneter Cassel wie der Minister haben keine vollständige Darlegung gegeben. Abgeordneter Cassel hat vergessen, daß Anfang der neunziger Jahre, als die Regierung die Eingemeindung wollte, nicht nur der Berliner Magistrat, sondern auch die Mehrheit der Stadtvertretung sich viel zu kurzschichtig erwiesen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade meine Freunde waren es, die für die Eingemeindung eintraten; aber sie fanden nicht nur den Widerspruch des Magistrats, sondern auch den der Mehrheit. Und Anfang der neunziger Jahre hat doch auch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Tempelhof nicht einzugemeinden, obgleich gerade unser Redner dafür sprach. Es wäre besser gewesen, wenn Sie damals den Sozialdemokraten gefolgt wären. (Abg. Cassel: Singer hat ebenso gestimmt wie ich.) Das kann ja höchstens in den seltenen Fällen vorkommen sein, wo Sie richtig gestimmt haben. (Weiter! links.) Aber die Umwandlung des nicht-organisierten Groß-Berlin in eine große Gemeinde Berlin ist für die Vororte und für Berlin von so großem Vorteil, daß schließlich die Widerstände nicht dauernd aufrechterhalten werden können. Wenn aber wirklich einzelne Gemeinden bei ihrem Widerspruch verharren, so würde ich befürworten, die übrigen einzugemeinden und die Schwierigkeiten durch diese Gemeinden vorläufig durch einen Zweckverband zu überwinden; auf diesen Standpunkt steht ja auch Oberbürgermeister Kirchner. Tatsache ist, daß die Regierung eine Zeitspanne für die Eingemeindung eingetreten ist, dann aber aus politischen Gründen von ihrer Meinung abgekommen ist und zu dem Ausfunksmittel des Zweckverbandes gegriffen hat. Wir erklären uns mit dem Grundgedanken einverstanden, obgleich wir eine Eingemeindungsaktion lieber gesehen hätten. Wir haben aber gegen die Einzelheiten des Gesetzes so zahlreiche Bedenken, daß ich nur sagen kann, wenn nicht wesentliche Verbesserungen hinzukommen und nicht alle Bestimmungen befristet werden, die Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht darstellen, die Vorlage für uns unannehmbar wäre. Wir sind bereit, in der Kommission mitzuarbeiten und das Gesetz zu verbessern. In seiner vorliegenden Form könnte ich ihm aber nicht zustimmen. Es würde dann nicht der Zerissenheit von Groß-Berlin ein Ende machen, sondern zu den alten Schwierigkeiten noch neue hinzufügen. (Wider! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Sp.) persönlich: Gegen den Minister v. Breitenbach bemerke ich, daß ich nicht über ihn, sondern über den Oberregierungsrat Caselau gesprochen habe und dies vollkommen aufrechterhalte. Gegenüber dem Abgeordneten Hirsch bemerke ich, daß ich kein Loblied auf die Berliner Verwaltung gesungen habe, ebensowenig über die Straßen- und Rivaubahnen. Die Beschäftigung des Abgeordneten Hirsch, daß ich gegen diese Bahnen gestimmt hätte, ist vollständig falsch. Ohne meine Anstrengung wäre die Bahn vielleicht gar nicht zustande gekommen. Abg. Hirsch spricht also manchmal über Dinge, über die er nicht richtig informiert ist.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich muß das, was ich über die Haltung des Abgeordneten Cassel und seiner Freunde gesagt habe, aufrechterhalten; sie haben tatsächlich jener Wohnanlage lebhaften Widerstand entgegengesetzt.

Abg. Cassel (Sp.): Die wiederholte Behauptung des Abgeordneten Hirsch ist wiederholt falsch.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Freitag, 11 Uhr: Weiterberatung und kleinere Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die neue Militärvorlage in der Budgetkommission.

Am Mittwoch wurde die hauptsächlich vertraulich geführte Generaldebatte über die Bedürfnisfrage zu Ende geführt. Der Nationalliberale Osann ließ durchblicken, daß die Nationalliberalen auch eine erheblich größere Vorlage bewilligt haben würden. Der Volksparteiler Eichhoff warf den Abstrümpfungsgedanken in die Debatte und betrat die Forderung seines Fraktionskollegen Müller-Reinigen, eine Reform des Beschwerverichts und der militärischen Rechtsinstanzen überhaupt bei dieser Vorlage mit durchzubringen. Der Nationalliberale Böcke bestätigte ausdrücklich, daß die Nationalliberalen sehr gern eine große Militärvorlage bewilligt hätten und daß sie nur infolge der Erklärungen des Kriegsministers auf entsprechende Anträge verzichteten, „schweren Herzens“, wie Herr Böcke versicherte.

Unser Genosse Roske und Stüdele griffen die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und die Darlegungen des Kriegsministers über die „Notwendigkeit“ der Renforcement energisch an. Während Stüdele nachwies, daß die jetzt geforderte Truppenvermehrung zur angeblichen Lückenausfüllung sofort wieder neue Lücken schaffe, also die Gefahr neuer Forderungen in sich birge, daher, abgesehen von vielen anderen Gründen, schon aus diesem Grunde die Ablehnung dringend geboten sei, zeigte Roske in einer Besprechung der gesamten politischen Situation, daß eine Truppenvermehrung unnütz, ja schädlich sei. Daß nicht daran zu denken sei, unter den heutigen Umständen die Sozialdemokratie zur Bewilligung einer Militärvorlage zu bewegen, wurde von beiden Genossen mit Entschiedenheit betont.

Dann wurde in die Beratung der Deckungsfrage eingetreten. Der Referent, Herr v. Byren, gab dabei Zahlenmaterial bekannt, das ganz andere und höhere Aufwendungen für die Militärvorlage angab, als sie im Gesetzentwurf zu finden sind. Die Darlegungen wurden vom Abg. Czabberger in recht interessanter Weise ergänzt. Er zeigte, daß die gesamten Aufwendungen für die Vorlage bis zum Jahre 1917 nicht, wie irrtümlich allgemein aus dem Entwurf entnommen werde, nur 104,4 Millionen betragen, sondern 141 Millionen. Es handelte sich also um eine Vorlage von sehr großer finanzieller Tragweite. Das ergebe sich schon aus einer Gegenüberstellung der Gesamtkosten gegen die früheren Vorlagen. An fortwährenden Ausgaben erforderten die Militärvorlagen 1890: 17,1 Millionen, 1897: 23 Millionen, 1890: 18 Millionen, 1893: 64 Millionen, 1899: 27,8 Millionen, 1905: 11,7 Millionen und die jetzige Vorlage 21,8 Millionen jährlich. Die einmaligen Ausgaben, die allerdings nicht streng vergleichbar seien, weil früher Kasernen und andere Gebäude nicht immer gleich angefordert wurden, ergeben folgendes Bild: 1880: 26,7 Millionen, 1887: 24,2 Millionen, 1890: 40 Millionen, 1893: 67,8 Millionen, 1899: 132,7 Millionen, 1905: 62,1 Millionen und 1911: 82,4 Millionen. Das Zentrum sehe eine Deckung der Ausgaben für die neue Vorlage nicht als gegeben an und müsse sich daher auf den Standpunkt stellen: Keine Ausgabe ohne Deckung! Danach werde das Zentrum auch handeln. (??)

Nun folgte für die Kommission eine Senation. Schatzsekretär Barmuth erklärte, von den Zahlen, die Czabberger vorgetragen habe und die ihm, wie hinzugefügt sei, im Kriegsministerium gegeben worden sind, aber im Gesetzentwurf fehlen, wisse das Schahamt nichts. Das Schahamt habe sich lediglich an die Zahlen des Entwurfs gehalten und halten müssen. Er übernehme nicht die Verantwortung dafür, ob im Etat für 1912 die vorgesehenen Mehrausgaben auch zur Verfügung ständen, wie denn überhaupt noch große Sorgen vorhanden seien, auf welche Weise die geforderten Mehrausgaben in den nächsten Jahren aufgebracht werden sollten. Die für 1912 im ordentlichen Etat geforderten Mehrausgaben für die Flotte gestalteten ohnehin die finanziellen Verhältnisse sehr schwierig. Für den Kriegsminister, der den beiden Referenten Zahlenmaterial über die finanzielle Wirkung der Vorlage gegeben hatte, die dem Schahamt unbekannt geblieben sind, war die Situation nun eine sehr kritische. Daher erklärte er einfach seine

Uebereinstimmung (?) mit dem Schachsekretär, wodurch aber keineswegs vertuscht werden kann, daß zwischen den beiden Kriegsgöttern v. Queiringen und v. Tzipik auf der einen und dem Schachsekretär Bermuth auf der anderen Seite erhebliche Spannungen bestehen.

Die Verfassung für Elsaß-Lothringen.

In der Kommission zur Vorberatung dieses Gesetzes erklärte der Unterstaatssekretär Mandel auf Anfrage des Abgeordneten Emmel, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß der Kaiser die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen ausüben darf. Staatssekretär Debrück erklärte dann, daß entgegen der Behauptung des Abg. Wetterlé keine Vereinbarung zwischen der Regierung und dem Zentrum über das Maß des Untergangens stattgefunden habe.

Den Mittelpunkt der nun folgenden Generaldebatte bildeten die Anträge unserer Genossen:

§ 1. Die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen übt das Elsaß-lothringische Volk durch die auf Grund dieses Gesetzes berufene Regierung aus.

§ 2. Die Regierungsgeschäfte werden durch einen vom Landtage aus seiner Mitte mit absoluter Mehrheit gewählten Regierungsausschuß besorgt.

Das Zentrum hatte folgenden Antrag gestellt: „Elsaß-Lothringen bildet einen selbständigen Bundesstaat des Deutschen Reiches; im Bundesrat wird Elsaß-Lothringen durch drei Stimmen vertreten.“

Genosse Ledebour erklärte, seine Freunde akzeptierten den Zentrumsantrag, erwarteten aber, daß das Zentrum ungeachtet auch die sozialdemokratischen Anträge als Ergänzung seines eigenen Antrages annehmen werde. Erhalte Elsaß-Lothringen drei Bundesratsstimmen, solle man den bisher zu schwach vertretenen Bundesstaaten Bayern, Sachsen und Hamburg je eine weitere Stimme zubilligen.

Auf eine fortschrittliche Anfrage erklärte Staatssekretär Debrück, die Annahme des Zentrumsantrages dürfte die Vorlage zu Fall bringen.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

Schiffahrtsabgaben.

Nach einer Pause von acht Wochen trat am Dienstag die Reichstagskommission zur Beratung der Schiffahrtsabgaben wieder zu einer Sitzung zusammen. Diese lange Pause war dadurch verursacht, daß fast alle Parteien die Vorlage von Material der verschiedenen Art verlangt hatten, das jetzt erst der Kommission zugegangen ist.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenstimmrecht. Unter den vier kantonalen Gesetzesvorlagen, über die das Züricher Volk kürzlich abzustimmen hatte, befand sich eine, die an politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung die anderen übertraf, obwohl sie die kleinste von allen war.

Lesabend.

Mariendorfer Lesabend Donnerstag, den 9. Februar, bei Lukas, Ködigsr. 14.

Gerichts-Zeitung.

Kotwehr gegenüber der Polizei.

Widerstand gegen einen Schuhmann und Befreiung einer Arrestantin wurden den Eheleuten Geride zur Last gelegt, die gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte sich zu verantworten hatten.

Die Angeklagten stellen den Sachverhalt anders dar. Frau G., die am 8. Oktober in Haft genommen werden sollte, sei erst am 26. September entbunden worden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

Wolle. Nebrigens sei in Berücksichtigung dieser Umstände vom Polizeipräsidenten Berlin, das jene Geldstrafe festgesetzt hatte, der Frau G. eine Stundung bewilligt worden.

Bestritten wird von Frau G. die Widerstandleistung. Ein Schuhmann, der morgens in die Wohnung gekommen war, hatte zunächst auf ihre Eintretung verzichtet und nur ihren Mann mitgenommen, während sie selber jetzt zum nächsten Postamt ging, um die von dem Mann zu entrichtende Geldstrafe an das Polizeipräsidenten Berlin abzugeben.

Der Richter hat die Angeklagte freigesprochen, weil er die Angeklagte vor Gericht an die Handfessel herausgeholt, und da sie in einem Ohnmachtsanfall zu Boden gesunken.

Die Aussage des Schuhmanns wird unterstützt von Frau Steine, die im Hause die Portierstelle hat. Sie hat nicht gefunden, daß Frau G. zu schwach war.

Der Amtsanwalt faßt das Ergebnis der Beweisaufnahme dahin zusammen, der Schuhmann habe gegenüber der Frau, die er nicht so kurz nach dem Wochenbett festnehmen durfte,

Der Fall Rissen vor Gericht.

Der in der bürgerlichen Presse oft erörterte „Fall Rissen“ beschäftigt gestern in umfangreichem Maße die 146. Abteilung des Amtsgerichts Berlin I unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wolner.

„Angelagter erklärt: Mein Artikel in Nr. 875 des Theater-Courier“ vom 29. September 1910 „Was Herrn Rissen zum Präsidenten der Genossenschaft unmöglich macht“ ist lediglich eine Erwiderung auf den Schlawfschen Artikel in Nr. 86 der Zeitschrift „Der neue Weg“, in welchem ausgeführt wird, daß die Voigtische Broschüre keine Vorwürfe enthalte,

erfordern. Ich habe nach meiner Ueberzeugung auch nur in der Broschüre enthaltene Vorwürfe in dem Artikel wiedergegeben; eine Absicht der Beleidigung hat mir ferngelegen.

Die Klage wurde hierauf zurückgenommen.

Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Wegen immer weiterer Einschränkung des Begriffes der Wahrnehmung berechtigter Interessen wendete sich am Dienstag selbst der Oberreichsanwalt und das Reichsgericht.

Das Landgericht Stade hat am 31. August v. J. die Verletzung L. in Harburg wegen Beleidigung dreier Mädchen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Todesurteil.

Das Neu-Muppiner Schwurgericht verurteilte nach zwoeltägiger Verhandlung den 23jährigen Dienstknecht Hermann Franz aus Teletow in Mecklenburg wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode und wegen räuberischer Erpressung und Notzucht zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Eingegangene Druckschriften.

Die Bakterien. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reik. Reinkes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis brosch. 75 Pf., geb. 1 M. (Verbandsausgabe 50 Pf.) Verlag von J. D. W. Metz Nachf. in Stuttgart.

Der industrielle Großbetrieb. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe. Von Richard Böhm. Elftes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis brosch. 75 Pf., geb. 1 M. (Verbandsausgabe 50 Pf.) Verlag von J. D. W. Metz Nachf. in Stuttgart.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

und verwandter Berufsgruppen. Ortsverein Berlin. Am Dienstag, den 7. Februar, starb nach schwerer Leiden unser Mitglied, der Hofsarbeiter, Kollege

Friedr. Rundmann

(Bismarcks Brauhaus) an der Proletarierfrankfurt. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St.-Nikolaus-Hospitals in Dönhofs-Schönhausen aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliebrern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochstenführer

Gottfried Janowski

am 2. d. Mts. im Alter von 64 Jahren verstorben ist. 66/4 Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung!

Danksagung.

Für die mir anlässlich des Scheidens meines lieben Mannes Theodor Stübbling erteilene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie den Herren von der Wagenbauwerkstatt und besonders dem Gesangverein „Unverdorben“ meinen innigsten Dank.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere den Kollegen und der Direktion der Unions-Brauerei unsern herzlichsten Dank.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner Frau und meiner Tochter sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Berliner Volkstheater und dem 6. Berliner Reichstagswahlkreis, Abteilung 515, meinen herzlichsten Dank.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, insbesondere den Genossen und Genossinnen des Bezirkes 711a des 6. Berliner Wahlkreises, unsern herzlichsten Dank.

Muster-Coupons-Resie.

wunderbare Frühjahrs-Neubelien für Anzüge, Hüte, Kostüme etc. Meter 3.-, 4.-, 5.-, Strichwur-Loden, imprägniert für Wetter-Pelzwaren, Meter 1.50, 2.-, Tuchmacher Gerbrandtstrasse 20-21, Koch & Seeland, Grödenstr. 11, H. v. d. Wied-Patrickstr.

Blumen- und Krautbinderei

von Robert Meyer, an n. Mariannen-Strasse 2.



Dideldum. Der Karneval geht um! Im Zeichen der Fidultät! Ein jeder Salem Aleikum kaufen geht, Denn der Humor nach allem Brauch wiegt am liebsten sich im Tabakrauch neu Salem Gold neu Goldmundrückigarette N 2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000

Die Berliner Generalversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Läterow eröffnete die Versammlung, indem er mit warmen Worten der verstorbenen Mitglieder gedachte. Unsern Genossen Singer widmete er einen kurzen Nachruf und entwarf noch einmal ein anschauliches Bild von der Persönlichkeit Singers und deren Wirken. Hieran schloß sich der

Geschäftsbericht.

Als der neue Vorstand sein Amt übernommen habe, hätten viele Fragen der Lösung, unter anderem auch die Frage der Kandidatenaufstellung für den 1. Reichstagswahlkreis. Desgleichen erforderte auch die Reorganisation der Agitation, an der der vorige Vorstand schon mit Hingebung gearbeitet habe, viel Mühe. Agitiert wurde ferner äußerst reger unter den verschiedenen Berufsgruppen und man könne hoffen, daß sich so ein fester Stamm tüchtiger Genossen und Genossinnen heranzubilden werde, mit dem man bei der nächsten Reichstagswahl mit Erfolg bestehen könne.

Es wurden im letzten halben Jahre abgehalten: 2 Generalversammlungen, 2 Protestversammlungen, 2 Propagandaverammlungen und 1 für Kindererschulung, wobei noch die Konferenzen, Sitzungen usw. zu erwähnen seien. Besonders die Kleinarbeit, die nach außen gar nicht in Erscheinung trete, sei sehr zeitraubend und schwierig. Redner freiste im Anschluß hieran noch die letzten öffentlichen Ereignisse und erklärte zum Schluß, daß, wenn wir nicht zu Boden geschmettert worden sind, wie es die Scharfmacher gewünscht hätten, so sei dies nur unserem energischen Widerstande und unserer unbeeuglichen Entschlossenheit zu danken. Wir händen so, daß wir alles mit Gleichmut abwarten könnten. Das Hauptinteresse müsse sich allerdings auf die kommende Reichstagswahl konzentrieren.

Volzmann gibt den

Kassenbericht.

Bestand am 1. Juli 1910, 67 M., Einnahme 3897,41 M., Ausgaben 2257,30 M., Bestand am 31. Dezember 1910 1840,11 M.

Dann berichtet Volz über die

Tätigkeit der Preßkommission.

Hervorgehoben wäre, daß für die Zeit der Wahlen die Herausgabe eines Montagblattes im Aussicht steht. Die Angelegenheit des Schneiderverbandes sei erledigt, da Genosse Kunze eine zufriedenstellende Erklärung abgegeben habe.

Der nächste Redner, Bloch, kritisiert den „Vorwärts“-Artikel, der nach Fällung des Urteilspruches der Lieber-Kammer gekommen sei und der ganz in der Art der bürgerlichen Presse gehalten war. Die Verteidiger seien dadurch geradezu desaboniert worden und die Richter hätten ein solches Lob gar nicht verdient. Die Verhandlungen seien trotz alledem parteiisch gewesen, wenn auch nicht in dem Maße, wie man es sonst gewohnt sei. Man konnte aus dem Artikel einfach herauslesen: die Richter haben gesprochen, nun muß alle Kritik schweigen. Er, Redner, hätte gewünscht, daß während jener Zeit Flugblätter verteilt worden wären, denn der „Vorwärts“ werde doch nicht von allen gelesen. Redner geht noch auf die politische Situation ein und wünscht schärferes Vorgehen.

Robe spricht zur Frage der Sonntagsbeilage „Neue Welt“ und meint, daß es richtiger wäre, dieselbe würde im allgemeinen in besserer Ausstattung erscheinen und daß nicht wie jetzt, nur der eine besser gedruckte Beilage erhalte, der 5 Pf. mehr zahle.

Pazell als nächster Redner gibt seiner Meinung dahingehend Ausdruck, daß man mit der Haltung des „Vorwärts“ zufrieden sein könne. Er werde in der letzten Zeit sehr gut redigiert.

Weihnacht ist durch den Preßkommissionsbericht des Genossen Wolz nicht befriedigt. Vor allem habe er, Redner, eine Erklärung Kunzes vom Schneiderverband im „Vorwärts“ vermist.

Wolz: Kunzes Erklärung stehe im Mitteilungsblatt, dort gehöre sie auch hin. Der Kritik Blochs könne er sich nicht anschließen; mit dem „Vorwärts“ habe man zufrieden sein können. Lieber Geschmach, Temperament usw. ließe es sich mit Genossen Bloch streiten.

Läterow: Wenn wir es sonst verurteilen, daß in schwebende Prozesse eingegriffen wird, dann muß man es auch nur gut heißen, daß der „Vorwärts“ nicht im Sinne Blochs gehandelt hat. Nach Ansicht des Redners hat der „Vorwärts“ in der Berichterstattung über die genannten Prozesse eine sehr glückliche Hand gehabt. Weiter dürfe die Frage eines Abendblattes nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Was die bürgerliche Presse könne, müsse uns auch möglich sein. Zumal wir auf diesem Gebiet eine Monopolstellung einnehmen. Man sei in unseren Kreisen leider noch sehr konservativ. Vielleicht kommen wir vom Montagblatt zum Abendblatt. Es frage sich nur, ob wir das Montagblatt noch vor oder erst nach den Wahlen erhalten.

Weihnacht: Er wünscht zu wissen, was aus der Sache Kunze geworden sei. Daß im Vorstand darüber berichtet worden sei, genüge ihm nicht, sonst sollten sich die Funktionäre auch vom Vorstande wählen lassen.

Wolz: Ich verweigere mich gegen die Äußerungen Weihnachts. Es sei üblich, daß im Vorstand über alles berichtet werde und die Funktionäre wieder das Gehörte im Zahlabend zur Kenntnis bringen. Für solche Sachen eigne sich die Generalversammlung ganz und gar nicht.

Wenn ein Abendblatt bestände nun mal in den großen Wahlkreisen Berlins, die ausschlaggebend seien, ein starker Widerstand. Doch sei er überzeugt, daß das Montagblatt bald erscheinen und im Wahlkampf von großem Nutzen sein werde.

Ege, von der Lokalkommission, weist darauf hin, daß, nachdem man geglaubt hatte, im „Kiergartenhof“ einen Ersatz für den „Reenpalast“ zu erhalten, nun durch die Polizei uns auch dieses Lokal genommen wurde. Ebenso stehe es mit den „Citysälen“, wo wir als Sozialdemokraten nicht zusammenkommen dürfen. Aber als Bodbeertrinker wären wir willkommen. Bei Festlichkeiten müsse darauf gesehen werden, daß die Kellner organisiert seien.

Schuster von der

Brandenburger Agitationskommission

verweist in der Hauptsache auf die gedruckten Mitteilungen. Genossin Hollendorfer erinnert an den Lesabend und den kommenden Frauentag, während Wublich noch die Bedeutung der Kaufmanns-Gewerkschaften hervorhebt.

Folgender Antrag von Bloch, der im Einverständnis der Versammlung von Läterow im Zentralvorstand vertreten werden soll, wird angenommen:

„Die Parteileitung wird ersucht, eine Massenbewegung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, gegen die Polizeiwirtschaft und gegen die Straßprojektreform in die Wege zu leiten.“

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, die im „Hoffägerpalast“, Hasenheide, stattfand, war recht gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende Schwemle eine Liste, die die Namen von zwanzig verstorbenen Mitgliedern enthielt. Er gedachte dann des verstorbenen Genossen Singer und forderte die Anwesenden auf, ihm nachzueifern und die Saat, die er gestreut, zur Reife bringen zu helfen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Schwemle erstattete dann den Bericht über die

Tätigkeit des Vereins im zweiten Halbjahr 1910.

Die Erwahlgewahlten für die Wahlmänner im 4. Landtagswahlbezirk machten viel Arbeit. Der veränderte Modus in der Ge-

winnung von „Vorwärts“-Abonnenten brachte gute Resultate, aber nur da, wo die Genossen bei der Verteilung der Zeitungen und den späteren Nachträgen selbst Hand ans Werk legten und die Arbeit nicht den Zeitungsfrauen überließen. Der Vorsitzende tabelte die Pässigkeit, die in einzelnen Bezirken zu bemerken war und die sich auch in der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zeigte. Mancher Bezirk hatte leider kleine Abnahmen zu verzeichnen, während andere Bezirke auf ihren Zuwachs stolz sein konnten. Der Besuch der Zahlabende sei oft recht unbefriedigend; die Funktionäre klagten, daß sie nicht genügend unterstützt würden. Das dürften die Genossen sich nicht lassen und an ihren Eifer sollte nicht vergeblich appelliert werden. Jeder mühte daran denken, vor welche große Aufgaben und die nächste Reichstagswahl stellt, und jeder mühte dazu beitragen, daß der große Kampf die Partei gut gerüstet findet. Die Einrichtung von Zahlmorgens für die Nachtarbeiter hat sich in erfreulicher Weise bewährt. Für die Frauen hat ein dritter Lesabend eingerichtet werden müssen; die bisherigen zwei Abende genügten nicht mehr. Zur Pflege der Geselligkeit fanden Kränzebesuche sowie ein Herbst- und ein Winterfest statt. Drei wissenschaftliche Vorträge sind angefertigt worden, davon ist leider der erste Vortragsabend schlecht besucht worden. Die Tätigkeit des Vorstandes erstreckte sich auf 12 Vorstandssitzungen, 8 Bezirksführerkonferenzen, 4 Generalversammlungen, 8 öffentliche, 2 Frauen- und 7 öffentliche Wählerversammlungen. Außerdem fanden noch verschiedene Vierteljahresversammlungen statt. 331 000 Flugblätter und Handzettel gelangten zur Verteilung, darunter 137 000 für die Landtagswahl, 95 000 über die Noabitzer Krawalle, 60 000 zum Kindererschulung, 30 000 für die Frauen.

Der Vorstand hatte sich mit drei Ausschlussanträgen zu beschäftigen. Ein Mitglied wurde wegen Streikbruchs, ein anderes wegen Mißhandlung der Ehefrau ausgeschlossen, in einem dritten Falle wurde wegen Ungehörigkeiten nur eine Rüge erteilt.

Der Kassenbericht

für das letzte Halbjahr 1910, vom Kassierer Schmidt erstattet, zeigt eine Einnahme von 14 560,94 M. (einschließlich Bestand von 1200,24 M. zu Beginn der Rechnungsperiode). Die Ausgaben betragen die Summe von 13 994,39 M. Somit ist ein Bestand von 575,55 M. vorhanden.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 1910: 5180, darunter 450 Frauen. Am 30. Juni 1910 zählte man 4781 Mitglieder. 704 Neuaufnahmen, darunter 141 Frauen, waren zu verzeichnen, aus anderen Kreisen waren 157 Mitglieder zugezogen. Andererseits hatte man wieder Verluste, so daß als Bestand 5180 Mitglieder blieben.

Von der

Agitationskommission

berichtete Genosse Zinke, daß in der Provinz sehr rührig gearbeitet werde, daß aber auch die Gegner große Anstrengungen machen. Viel habe man, unter der Saalabtreibung zu leiden, manchen guten Erfolg hatte man mit Versammlungen unter freiem Himmel. Einmal kam der Amtsvorsteher zu einer solchen Versammlung und beteiligte sich an der Diskussion. Da war es ein Vergnügen, ihm heimzuleuchten. Mit großen Schwierigkeiten sei die Verbreitung von Schriften verbunden, da sei es notwendig, stets große Touren zu unternehmen, die viel Geld verschlingen. Trotzdem werde unermüdet gearbeitet. Zahlreiche Agitatoren und Redner machen den Gegnern überall das Feld streitig, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Man darf hoffen, bei der Reichstagswahl gute Früchte zu ernten.

Von der

Lokalkommission

erstattete Genosse Schröder Bericht über einen Beschluß, der dem Zentralvorstand unterbreitet worden ist. Die Lokalkommission hat sich dem Antrag Teltow-Weesow angeschlossen, die Lokalliste als Broschüre, mit Jahrsplänen usw. versehen, herauszugeben; die Kommission hofft, die erhöhten Kosten durch Anzeigen auszugleichen, die in der Broschüre Aufnahme finden könnten. Die bisherige Veröffentlichung der Lokalliste erscheint bei dem wachsenden Umfang nicht mehr zweckentsprechend. — Schröder wies noch darauf hin, daß der Postlot der Kammerjule, Teltower und Velle-Allianzstraße, offenbar von Wirkung sei, da der Oekonom des Lokals um Ermäßigung der Pacht nachgesucht habe.

Von der Preßkommission lag kein Bericht vor. Genosse Ewald erklärte, daß der Bericht in der Regel jährlich gegeben werde.

Eine Diskussion über die Berichte wurde nicht beliebt.

Unter

Parteiangelegenheiten

wies der Vorsitzende auf die Verbandsgeneralversammlung am 26. Februar hin und verlas einen Antrag des 96. Bezirks, daß diese Versammlung beschließen möge, zum Zwecke besserer Beteiligung an den Parteiarbeiten Tätigkeitsmarken oder eine andere zweckentsprechende Kontrolle einzuführen.

Genosse Alarius führte zur Begründung des Antrages an, daß die Abschaffung der Tätigkeitsmarken vielfach nachteilig gewirkt habe, daß man eine Kontrolle gut brauchen könne, wenn Genossen aus anderen Kreisen zuzögen; besonders im Hinblick auf die Reichstagswahl seien die Tätigkeitsmarken zu empfehlen. Zusätzungen seien damit nicht beabsichtigt.

Genosse Fiedt meinte, daß mancher verlangt, daß ihm zur Erleichterung der Agitation in Werkstätten usw. seine Tätigkeit bescheinigt wird und solchem Verlangen sollte man nachkommen. Eventuell würde ein Abtempeln durch den Bezirksführer genügen, wenn man die Kosten für die Marken scheidet.

Der Antrag wurde gegen eine kleine Minderheit angenommen. Die Versammlung erteilte ihre Zustimmung zu den Vorschlägen aus den Abteilungen für die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Genosse Schwemle machte bekannt, daß der Vorstand und die Bezirksführerkonferenz beschlossen haben, der Versammlung als

Reichstagskandidaten

wieder den Genossen Richard Fischer zu empfehlen. Mit Beifall und einstimmig erklärte die Generalversammlung ihre Zustimmung.

Der Vorsitzende machte weiter bekannt, daß der Kursus der Ausbildung von vier Genossinnen beendet sei und nun vier andere zum Besuch der Schule vorgeschlagen seien. Die Versammelten waren damit einverstanden.

Eine Reihe von neugewählten Bezirksführern und Stellvertretern wurde durch die Generalversammlung bestätigt.

Genosse Schwemle wies auf die Kaufmannsgerichtswahlen und auf den kommenden Frauentag sowie auf verschiedene Veranstaltungen des Wahlvereins noch eindringlich hin und forderte zu regster Beteiligung und Mitarbeit auf. Genossin Ottilie Vaader machte auf die Frauenversammlung am 21. Februar aufmerksam und erwartete, daß die Genossen sich an der Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung eifrig beteiligen. Zur Unterstützung der Bewegung unter den Frauen traten noch zwei andere Rednerinnen ein, und auch eine größere Berücksichtigung der Besprechungen der Jugendlichen wurde von mehreren Rednerinnen gewünscht. Eine Genossin sagte diese Wünsche zusammen, indem sie sagte, daß beide Richtungen von den Männern mehr gepflegt werden sollten, denn für die Partei gäbe es ohne die Frauen keinen Sieg und ohne die Jugend keinen Sieg.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den dritten Wahlkreis tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Genosse Pohl gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung mit warmen Worten der Genossen und Genossinnen, die der dritte Kreis und die Gesamtpartei in letzter Zeit verloren haben. Insbesondere gedachte er auch des Genossen Emil Voigt, der als Stadtverordneter eines Wahlbezirks im dritten Kreis diesem Kreise nahestand, und des Genossen Paul Singer. Unter anderem sagte er: Der Tod unseres Genossen Singer, eines unserer ältesten und tatkräftigsten Führer, legt uns einen Rückblick nahe. Vor Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Paul Singer in die Öffentlichkeit trat, sich schon um die Partei kümmerte, der werde damals kaum geglaubt haben, daß der „Kaufmann Singer“, wie er sich nannte, diese Rolle spielen werde. Seine erste Kandidatur zur Stadtverordnetenversammlung sei noch mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Hinzu kamen die Verdächtigungen der Gegner. Aber Paul Singer habe durch seine unermüdete Tätigkeit bald das volle Vertrauen der Arbeitererschaft gewonnen. Und auch die Gegner hätten mit der Zeit einsehen müssen, daß ihre Verleumdungen an der Person Singers abprallten, wie stumpfe Pfeile an einem blanken Stahlpanzer. Auch die Achtung der Gegner habe ihm nicht mehr verjagt werden können.

Die Versammlung ehrte die Toten durch Erheben von den Plätzen.

Dann erstattete Genosse Pohl den

Geschäftsbericht des Vorstandes

für die Zeit vom 1. Juli bis Ende Dezember 1910. Daraus ist hervorgehoben: Der Erfolg für die abgeschafften Rainees, den der Vorstand zu Weihnachten in einem Kunstabend bot, wurde zu einem vollen Erfolg. Die Spezialagitation für den „Vorwärts“ hatte ein Ergebnis, mit dem man für den Anfang zufrieden sein konnte. In den anderen Abteilungen werde der Versuch wiederholt werden. — Am 1. Juli hatte der Wahlverein 2494 Mitglieder, darunter 284 Frauen. Am 1. Januar 1911 betrug die Mitgliederzahl 2582, worunter sich 208 Frauen befanden. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, sich den Bezirksführern bei Parteiarbeiten in größerer Zahl als bisher zur Verfügung zu stellen.

Nach kurzer Diskussion über den Geschäftsbericht und über einen dazu gestellten Antrag eines polnischen Genossen wurde dieser Antrag angenommen. Er lautet:

„Die Generalversammlung des dritten Kreises ersucht den Zentralvorstand, Schritte zu unternehmen, um die hier anwesenden polnischen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen.“

Genosse Harndt gab darauf den

Kassenbericht für das zweite Halbjahr 1910.

Am 30. Juni war ein Bestand von 5063,88 M. vorhanden. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Gesamteinnahme 18 145,87 M. Ihr stand gegenüber eine Gesamtausgabe von 962,65 M. Demnach verblieb am 1. Januar 1911 bei beiden Kassierern ein Bestand von 3483,23 M.

Darauf wurden die

Delegierten zur Verbands-Generalversammlung

gewählt. Im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung der Wahlvereinsbeiträge auf 40 Pf. wurde im „Verschiedenen“ beschlossen, vom 1. April ab den

Extrabeitrag

von 10 Pf. vierteljährlich nicht mehr zu erheben. Dann lag noch der Antrag eines Genossen vor, welcher bezweckt, die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins anzuregen, von neuem zu beantragen, daß der

Friedhof der Märzgefallenen

angemessen ausgehalten wird, daß er namentlich einen würdigen Jan und ein würdiges Tor erhält und den Märzgefallenen ein würdiges Denkmal gesetzt werde. Nach einer Debatte wurde beschlossen, den Antrag den Stadtverordneten als Anregung zu überweisen.

Ein Genosse kritisierte dann noch, daß der „Vorwärts“ am Montag keine Extrausgabe herausgebracht hat.

Vierter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis, die in Prechers großem Saal in der Kopenstrasse tagte, erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Saal und Galerien waren voll besetzt.

Der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

„Parteiengenossen und Genossinnen! 85 Mitglieder hat uns im letzten halben Jahre der unerbittliche Tod entziffen. Sie alle, der eine mehr, der andere weniger, ein jeder nach seiner Kraft und Fähigkeit, haben für die Partei gewirkt und gekämpft. Alle unsere toten Kämpfer wissen wir zu schätzen. Sie alle sollen uns in steter Erinnerung bleiben.“

Der Tod hat uns aber auch die Träger dreier Mandate geraubt.

Emil Voigt vertrat uns ein Jahrzehnt als Stadtverordneter im 11. Bezirk. Länger als zwei Jahrzehnte hat er in unserer Mitte gestanden, mit uns gewirkt und gekämpft. Emil Voigt gehörte ebenfalls zu jenen opferfreudigen Genossen, die die Partei vor alles setzten. Verfolgt von Unglück und Mißerfolgen hat er trotzdem mutig seinen Mann gestanden. Er gehörte zu jenen ungezählten Tausenden, denen nie die Sonne des Glückes gescheinen.

Wer noch von einem schmerzlichen Verlust sind wir betroffen. Der Tod hat uns einen Mann geraubt, der in der ganzen Welt einen klangvollen Namen hat, den Träger unseres Stadtverordneten- und Reichstagsmandats, Paul Singer. Länger als ein Vierteljahrhundert hat er uns vertreten. Mit ihm ist eine markante Persönlichkeit dahingegangen, die wohl der vierte Kreis nie wieder wird aufzuweisen haben. Es war Paul Singer, der als reicher Mann in der Stunde der schlimmsten Gefahr zu uns kam und bis zum Grabe die Treue gehalten hat. Seine Werke, die er für die Partei, für die unterdrückte Menschheit geschaffen hat, sind in der Presse Deutschlands und in der ganzen Welt gewürdigt worden. Das vorzeitige Leidensbegünstnis hat Zeugnis abgelegt von der gewaltigen Liebe und Verehrung, hat Zeugnis dafür abgelegt, was wir in unserem Abgeordneten verloren haben. Paul Singer wird uns unvergänglich bleiben.“

Die Versammelten, die sich bei den ersten Worten zu Ehren des Gedächtnisses der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben hatten, nahmen die Ansprache von tiefer Trauer erfüllt mit erstem Schweigen auf.

Alsdann nahm die Versammlung den

Vorstandsbericht

entgegen, der von eifriger Parteiarbeit Zeugnis gab. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 18 Sitzungen. Mit den Abteilungsführern

wurden 4 Sitzungen abgehalten und drei Kreis-Konferenzen waren erforderlich. Versammlungen wurden 45 veranstaltet und abgehalten, und zwar 4 Generalversammlungen, 11 Bezirksversammlungen, 6 Frauenversammlungen. In 6 Versammlungen wurde gegen den Fleischwucher und in 4 gegen die Polizeitalen in Moabit protestiert. 5 Versammlungen beschäftigten sich mit dem Kinderzuschuss und 9 mit dem allgemeinen Wahlrecht.

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen wurden in allen sechs Bezirken für die Funktionäre Vortragskurse veranstaltet, für die der Genosse Grünwald als Lehrer gewonnen wurde. Auch finanziell wurde die Organisation zu stärken gesucht. Der vielseitig empfindenden Notwendigkeit einer Beitragserhöhung suchte der Vorstand durch Vornahme einer Abstimmung der Mitglieder selbst zu entsprechen. Diese wurde in den Bezirken vorgenommen. Von den 8878 Mitgliedern, die sich an der Abstimmung beteiligten, stimmten 6101 für die Beitragserhöhung und nur 2304 dagegen. Die Generalversammlung von Groß-Berlin beschloß daraufhin, die Beiträge von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen. Der Mitgliederbestand, der am 1. Juli 1910 29.927 betrug, veränderte sich in der Berichtszeit wie folgt: Neueingetretene 3603, Uebertritte aus anderen Vereinen 676, macht ein Zugang von 4279 Mitgliedern. Wegen Resten gestrichen 1184, verstorben 2198, ausgestreuten 141, gestorben 88 und ausgeschieden 5 Mitglieder, so daß der gesamte Zugang 2713 Mitglieder beträgt. Es hat sich also der Mitgliederbestand auf 24.493 erhöht, was gegenüber dem 1. Juli 1910 eine Zunahme von 1588 Mitgliedern bedeutet. Die Vereinskasse hatte einschließlich des Bestandes vom 1. Juli 1910 von 3080,53 M. eine Einnahme von 62.535,04 M. zu verzeichnen, davon allein 34.903,50 M. aus Beiträgen. Die Ausgabe belief sich auf 60.688,74 M., wovon 33.700,25 Mark an die Verbandskasse abgeführt wurden. Es blieb somit am 1. Januar 1911 ein Kassenbestand von 1896,80 M. An Beitragsmarken wurden im verfloffenen Halbjahr 15.111 mehr abgesetzt als in dem vorangegangenen Semester. Dagegen blieb die Einnahme aus Pausen um 1185,60 M. hinter der damaligen zurück.

Eine Diskussion über den Vorstandsbericht wurde nicht beliebt, sondern sofort zur Beratung der vorliegenden

Anträge zur Verbandsgeneralversammlung

Genosse Walter begründet einen Antrag, der bereits vom Nieder-Barnimer Kreisverein angenommen worden ist und besagt: „Die Zeitungskommissionen sollen auch für die Zukunft als Besonderekommissionen bestehen bleiben respektive wieder eingeführt werden.“

Beihle und Hadelbusch wenden sich gegen den Antrag. Sie halten die Wiedererrichtung der Zeitungskommission nicht für zweckmäßig und notwendig, weil ja die Preßkommission als die Besondere, denen die Spektreure nicht selbst abzuhelfen vermögen, mit erledigt. Die meisten Beschwerden werden über verpöbelte Zustellung der Zeitung geführt. Die Ursache hierfür sei aber in technischen Ursachen zu suchen. Die Maschinen schaffen die jetzt so hoch gestiegene Auflage nicht mehr rechtzeitig. Hieran können aber auch die Zeitungskommissionen nichts ändern. Zuständig hierfür ist allein die Preßkommission. Die jetzt einzusetzende Zeitungskommission würde auch nicht mehr all die Aufgaben und Befugnisse haben als frühere Kommissionen dieser Art. Nachdem jedoch Reitschlag und Witthaus noch warm für den Antrag eingetreten waren, wurde derselbe angenommen.

Genosse Davidsohn beantragte alsdann, sich dem Beschlusse Nieder-Barnims anzuschließen, der das Erscheinen einer Montagabend-Ausgabe des „Vorwärts“, insbesondere während der Reichstagswahlkampagne, verlangt. In seiner Begründung sagt Redner, daß durch das Montagabendblatt die Dienstagsnummer wesentlich entlastet würde und den Genossen würden wichtigere Ergebnisse früher berichtet. Wenn jetzt in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag etwas passiert, so erfährt es die Genossen durch ihr Organ erst 52 Stunden später. Die Druckkosten würden, wenn die Dienstagsnummer um einen Vogen vermindert wird, fast dieselben bleiben, und an den Zeitungsfrauen sollte die Sache nicht scheitern; sie werden bei entsprechender Vergütung keine Schwierigkeiten bereiten.

Büchner (Preßkommissionsmitglied), der mit Rufem „Strenge“ empfangen wird, wendet sich gegen den Antrag. Aus finanziellen Gründen habe die Herausgabe eines Montagabendsblattes von der Preßkommission wiederholt abgelehnt werden müssen. Bei dem im Antrag verlangten provisorischen Erscheinen des Montagabendsblattes würde es nicht bleiben; denn wenn es erst eine Zeilung erschienen ist, würden die Genossen auch dessen ständiges Erscheinen verlangen, und das ist zurzeit nicht durchführbar. Mit der verlangten Abendausgabe würde auch das vorhandene Bedürfnis nicht befriedigt werden, denn es würden die wichtigsten Geschehnisse schon durch die vorhandenen Montagablätter bereits am Morgen bekannt. Ueberdies könne diesem Antrage auch deshalb schon nicht entsprochen werden, da der „Vorwärts“ gleichzeitig das Zentralorgan der Partei sei und demzufolge der Parteitag darüber zu entscheiden hätte. Er bittet um Ablehnung des Antrages.

Adolf Hoffmann meint ironisch, Davidsohn habe bei der Aufzählung der Montagablätter noch die Nachtausgabe der „Freisinnigen Zeitung“ vergessen. Er, Redner, stehe auch auf dem Standpunkt, daß die Berliner Genossen mit ihrem Organ nicht rückwärts, sondern vorwärts gehen müßten. Ueber Büchner habe recht; solange unser Zentralorgan der Partei ist, haben wir auch dem Parteitag die Entscheidung zu überlassen. Die Berliner Genossen können aber unabhängig vom „Vorwärts“ ein Montagblatt gründen, das früh erscheint und durch die Stragenhändler betrieben wird. Das Feuilleton, welches uns die vorhandenen Montagablätter bieten, entspricht nicht unserem Geschmack. Wir müssen eine andere Kost verlangen. Jeder Genosse sollte sich aber verpflichten, auch jeden Montag das Blatt zu kaufen. Mit einer solchen Gründung belasten wir weder den Etat, noch haben wir uns mit den Seitenkonnen darum auseinanderzusetzen.

Beihle hält auch die Herausgabe eines Montagabendblattes für unzweckmäßig. Schäffer begreift den Wunsch der Genossen nach einem eigenen Montagblatt, denn die vorhandenen Montagablätter tragen dem Bedürfnis nicht genügend Rechnung. Er würde auch erwarten haben, daß Büchner als Preßkommissionsmitglied sich höhere Gründe gegen den Antrag vorgebracht hätte. Redner spricht sich für Ueberweisung des Antrages zwecks nochmaliger Prüfung an die Preßkommission aus.

Es geht ein von Adolf Hoffmann, Beihle und Büchner, unterzeichneter Antrag ein, durch den der Vorstand ersucht,

wird, die Gründung eines selbständigen Montagblattes in die Wege zu leiten.

Nachdem noch Schmidt, Ruff und Sassen zu den vorliegenden Anträgen gesprochen haben, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Hoffmann-Beihle-Büchner wird abgelehnt und der Antrag Davidsohn angenommen. Ein Antrag, den Antrag Hoffmann-Beihle-Büchner als Eventualantrag der Generalversammlung Groß-Berlins einzuschicken, wird ebenfalls abgelehnt. Beihle, der zuvor nochmals dazu sprechen wollte, wurde von der Versammlung nicht mehr zum Wort gelassen.

Daraufhin bestätigte die Versammlung die in den Abteilungen erwählten 167 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. Den Anträgen der Besonderekommission auf Ausschluß der Mitglieder Adolf, Bandow, Buchheiser, Harzmann und Wachowski wird nach kurzer Debatte zugestimmt.

Mit einem Hinweis des Vorsitzenden auf die Bedeutung der Weisheitswahlen zum Kaufmannsgericht und die Notwendigkeit regier Beteiligung wird die Versammlung geschlossen.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung tagte in den „Königsfäsen“ (Neue Königstraße). Der Vorsitzende, Genosse Friedländer, gedachte in tief empfundenen Worten des schmerzlichen Verlustes, den die Partei durch den Tod Paul Singers erlitten hat. Stehend hörte die Versammlung den Nachruf an. Auch des jüngst verstorbenen Vereinsmitgliedes Plath gedachte der Vorsitzende.

Die Tagesordnung der Versammlung begann mit der

Erstattung des Vorstandsberichtes

durch den Vorsitzenden Friedländer. Der Bericht erstreckt sich auf das Halbjahr Juli-Januar. Diese Geschäftsperiode — sagte der Redner — bietet ein erfreuliches Bild als die früheren. Während in den früheren Generalversammlungen über die große Fluktuation der Mitglieder geklagt werden mußte, kann jetzt konstatiert werden, daß endlich eine Festigkeit der Mitgliederzahl eingetreten ist. Im Schluß der vorigen Berichtsperiode zählte der Verein 1000 männliche und 195 weibliche Mitglieder. Jetzt gehören dem Verein 1880 männliche und 230 weibliche Mitglieder an. Damit ist der Verein aus dem unangenehmen Stadium, in dem er sich früher befand, herausgetreten und in die Zeit der gefundenen Entwicklung hineingekommen. Das darf die Genossen natürlich nicht zur Ruhe in der Werbung neuer Mitglieder veranlassen. Mit der Steigerung der Mitgliederzahl hat auch die Zunahme der „Vorwärts“-Abonnenten gleichen Schritt gehalten. Ihre Zahl ist von 2500 auf mehr als 8000 gewachsen. Es wird jetzt, wie in anderen Kreisen, so auch im fünften, eine systematische Agitation für den „Vorwärts“ betrieben, die überall, wo sie bis jetzt vorgegangen wurde, gute Erfolge gebracht hat. Die Leserschaft der „Gleichheit“ und des „Wahren Jakob“ hat sich auf dem bisherigen Stande erhalten. Natürlich spricht bei den Erfolgen des Vereins auch die allgemeine politische Situation mit. Es gilt, die Stimmung auszunutzen, welche diese Situation unter der Bevölkerung erzeugt hat. Das hat die Vereinsleitung denn auch getan, indem sie in Versammlungen und Vorträgen aktuelle Fragen behandelt hat. Es sind auch mehrere Versammlungen veranstaltet worden, welche in erster Linie der Propaganda unter den Frauen dienen. Diese Versammlungen hatten gute Erfolge. Der Redner gab einen Ueberblick über die Versammlung und sonstigen Veranstaltungen des Vereins, sowie über die Tätigkeit des Vorstandes, und schloß mit dem Ersuchen an die Genossen, im Hinblick auf die Reichstagswahlen für weitere Ausbreitung der Organisation und der Parteipresse zu sorgen.

Die vom Kassierer Dirke erstattete

Abrechnung

schließt mit einer Einnahme von 6068,13 M., einer Ausgabe von 5754,29 M. und weist einen Bestand von 313,84 M. auf.

Die Berichte gaben keine Veranlassung zur Diskussion.

Genosse Robert Schmidt schilderte dann in großen Zügen die gegenwärtige politische Situation.

Darauf machte der Vorsitzende Friedländer im Namen der Vereinsleitung den Vorschlag, den Genossen Robert

Reichstagskandidaten

aufzustellen. — Die Versammlung nahm den Vorschlag mit lebhaftem „Bravo!“ auf und billigte ihn einstimmig und ohne Diskussion.

Robert Schmidt dankte für das ihm aufs neue bewiesene Vertrauen und bemerkte, er werde, wie bisher so auch ferner, seine Kräfte im Dienste unserer gemeinsamen Sache einsetzen.

Die Versammlung bestätigte die von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Zum Schluß machte Friedländer einige geschäftliche Mitteilungen. Er verwies auch auf die am 12. Februar stattfindenden Wahlen der Arbeitgeberbeisitzer zum Kaufmannsgericht und ersuchte die Genossen, welche mit Handlungsgestellten in Verbindung kommen, für die Wahl der vom Zentralverband der Handlungsgestellten aufgestellten Kandidaten zu wirken.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung, die den großen Saal des Roobiter Gesellschaftshauses füllte, ehrte zunächst das Andenken des Genossen Paul Singer sowie der im letzten Halbjahr verstorbenen 71 Genossen aus den Reihen der Mitgliedschaft des Wahlvereins. Sodann bestätigte die Versammlung die in den Abteilungen gewählten Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. Hieran schloß sich der

Bericht des Vorstandes.

Der Vorsitzende Genosse Henschel wies einleitend darauf hin, daß das verfloffene Jahr dem neuen große und wichtige Aufgaben zu erfüllen hinterlassen hat. Nicht allein der preussische Wahlrechtskampf ist mit allen Mitteln energisch fortzuführen, sondern es ist auch vor allem eine gründliche Abrechnung mit dem Bloß der Heiligen und der Ritter zu vollziehen, das persönliche Regiment muß beseitigt werden, und ferner gilt es nach wie vor, das indirekte Steuersystem zu bekämpfen und auch mit aller Kraft für die Fortführung der Sozialgesetzgebung zu wirken. Dieses und vieles andere sind Aufgaben, bei denen die Sozialdemokratie ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen ist, und darum muß vor allem dafür gesorgt werden, die eigenen Reihen immer mehr zu stärken. Der Redner gedachte sodann der wichtigsten Ereignisse des verfloffenen

Halbjahrs und der damit in Verbindung stehenden Massenversammlungen. Die Königsberger Konferenz, dazu die Fleischnot und der Brotwucher hatten die Entrüstung der breiten Volksmassen aufs äußerste gesteigert, und dann kamen die Roobiter Katastrophe, zu denen in 7 überfüllten Versammlungen Stellung genommen wurde. Was damals, am 9. Oktober, schon bemerkt wurde, daß diese Vorgänge zu einem großen Teil auf die Tätigkeit von Parteispionen zurückzuführen waren, haben ja später auch die Gerichtsverhandlungen deutlich ergeben. Ferner erwähnte der Redner die Versammlungen, die sich mit der Frage des Kinderzuschusses befaßten, sowie auch die Stellungnahme zum Parteitag und namentlich zu der Budgetbewilligung und Fortgang der Badischen Landtagsfraktion, die bekanntlich von den Genossen des Wahlkreises aufs schärfste verurteilt wurden. An den Wahlen der Delegierten zu den drei Verbandsgeneralversammlungen, die in der Berichtszeit stattgefunden haben, beteiligten sich in den 13 Mitgliederversammlungen am 19. Juli 3860 Mitglieder. Versammlungen mit geselligem Beisammensein wurden 6, und zwar an 5 Sonntagen abgehalten. Sie waren sehr zahlreich besucht und hatten auch eine große Anzahl von Aufnahmen in den Wahlverein zur Folge. Ferner wurden 5 Kunstabende und 5 Unterhaltungsabende veranstaltet. Lebhaftes Interesse ist auch dem wissenschaftlichen Vortragskursus entgegengebracht worden, in dem Baerle über das Thema: „Vom Urtier zum Menschen“ sprach. An dem Kursus nahmen 649 Personen, unter ihnen 177 Frauen, teil. Ständige Lesesabende für die weiblichen Mitglieder haben 5 stattgefunden, und es beteiligten sich daran in den 13 Abteilungen im Durchschnitt 650 bis 700 Genossinnen. Außerdem wurden in 7 Abteilungen 27 außerordentliche Lesesabende und Bezirksversammlungen abgehalten, zu denen unorganisierte Frauen durch Handzettel und kleine Flugblätter eingeladen worden sind. Die Zahl der Funktionäre und Vorstandsmitglieder des Wahlvereins ist 451. An der Abstimmung über die mit dem 1. Januar in Kraft getretene Beitragserhöhung hatten sich 11.002 Mitglieder beteiligt, und dafür stimmten 8027, dagegen 2929 Mitglieder. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins ist im Laufe des Halbjahrs von 25.981 auf 30.515 gestiegen, und zwar die Zahl der männlichen Mitglieder von 35.472 auf 39.668, die der weiblichen von 3509 auf 3849. Das Parteischiedsgericht in Sachen des Lagerhalters Hoppe hat diesem ein scharfes Urteil erteilt; der Vorstand und die Kreisversammlung ist jedoch zu dem Entschluß gekommen, es nicht dabei bewenden zu lassen, sondern der Versammlung zu empfehlen, die Berufung an den Parteitag zu beschließen. — Der Redner schloß seinen Bericht mit der Mahnung an die Mitglieder, ihre ganze Kraft den Arbeiten für die Partei und das weitere Wachstum der Organisation einzusetzen. — Der

Kassenbericht.

den Genosse S. Müller verlas, zeigt ebenfalls von dem starken Fortschritt der Organisation. Die Einnahmen beliefen sich auf 60.991,53 M., das sind 14.866,78 M. mehr als im zweiten Halbjahr 1909; ausgegeben wurden 78.342,40 M., und davon flossen 50.809,25 Mark in die Verbandskasse. Der Bestand betrug am Jahreschluß 2949,13 M. Die Zahl der verlaufenen männlichen Beitragsmarken ist 133.331, um 28.316 höher als im zweiten Halbjahr 1909, die der weiblichen 19.284, das sind 5216 mehr als in jenem Zeitraum. Genosse Müller bemerkte dazu, daß dieser starke Fortschritt nur ein weiterer Ansporn sein könne, noch eifriger als bisher für die Ausbreitung der Organisation zu wirken und zu streben.

Eine Diskussion knüpfte sich an den Bericht nicht. Der Vorschlag, in Sachen Hoppe Berufung an den Parteitag einzulegen, wurde gegen eine Stimme angenommen.

Hierauf erfolgte die

Aufstellung des Kandidaten

zur bevorstehenden Reichstagswahl. Der Vorschlag des Vorstandes und der Kreisversammlung, den bisherigen Vertreter des Kreises, Genossen Ledebour, wiederum als Kandidaten aufzustellen, wurde einstimmig gutgeheißen. Genosse Ledebour, mit lebhaftem Beifall begrüßt, gab hierauf in kurzen, fertigen Worten eine Uebersicht über seine Tätigkeit im Reichstag und den Kommissionen, sowie über die speziellen Aufgaben, die ihm bei der notwendigen Arbeitsteilung in der Fraktion vor allem anheimgegeben sind, und versprach im Falle der Wiederwahl, die ja als sicher zu betrachten ist, auch ferner mit voller Kraft und ohne Rücksicht auf die Gegner den Kampf fortzusetzen.

Es wurde dann noch auf die am Sonntag stattfindenden Kaufmannsgerichtswahlen aufmerksam gemacht und um eifrige Mitarbeit für die Liste 3 des Zentralverbandes der Handlungsgestellten ersucht. Die Versammlung schloß mit kräftigen Hochrufen auf die Partei.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktbauden-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Wochenspiegel: Juli: Januar schwach, Geschäft still, Preise unverändert. März: Januar genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. April: Januar mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Mai: Januar mäßig, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Juni: Januar mäßig, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Juli: Januar schwach, Geschäft sehr still, Preise fast unverändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landeshauptstadt für Gewässerverände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am | | am | |
|-------------------|------------------|-----------------|---------------------------------|-----|
| | 7.2 | 6.2 | 7.2 | 6.2 |
| Remel, Mühl | 248 ² | — | Saale, Großh. | 118 |
| Bregel, Unterburg | — ³ | — ¹³ | Havel, Brandau ⁴ | 118 |
| Wegelin, Iden | 64 ¹ | — | Kathenau ⁵ | 134 |
| Ober, Reibitz | 170 ¹ | — | Spreew., Spremberg ⁶ | — |
| • Kronen | 271 ¹ | — | • Beetzow | 188 |
| • Kranitz | 281 ¹ | — | • Weiser, Müden | — |
| • Wittenberg | 46 ¹ | — | • Müden | 68 |
| • Landsberg | 70 ¹ | — | • Rhein, Mühlentienchen | 306 |
| • Borsdorf | 99 ¹ | — | • Rüh | 160 |
| • Elbe, Weitzdorf | 27 ¹ | — | • Rüh | 174 |
| • Dresden | — | — | • Redar, Weidbrom | 74 |
| • Bors | 235 | — | • Rhein, Barchem | 180 |
| • Magdeburg | 194 | — | • Rüh, Lier | — |

¹ + bedeutet Fluß, — Hall. — ² Untersee. — ³ Eisland. — ⁴ Eisföhren. — ⁵ Eisbewegung. — ⁶ Eisbewegung, am 6. um 11 Uhr nachts höchster Wasserstand: 292 cm.

Vorteilhaftes Angebot für die Leser!

Der Haussekretär

Neues Universal-Handbuch für den gesamten schriftlichen Verkehr mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Anfertigung von Briefen in allen nur denkbaren Familienangelegenheiten, im Freundschafts-, gesellschaftlichen und Liebesleben, von Glückwünschen, Einladungen, Eingaben an Fürsten, an Regierungs-, Polizei-, Schul-, Gewerbe-, Steuer- und Kommunalbehörden, Klagen und Schriftsätzen in Kriminal-, Steuer-, Privat-, Konkurs- und allen anderen Rechtssachen, von Testamenten, Kontrakten, Leih-, Kauf- und Verkaufsverträgen, von Schriftsätzen in Militär-, Berufs-, Gewerbe- und Geldsachen, von Vorlagen zu Geschäftsbriefen aller Art, nebst angefügter Anleitung zum Rechnen mit ganzen, Bruch- und Dezimal-Zahlen, einem ausführlichen Ratgeber im Zins-, Wechsel- und Spieckwesen, vielen Mustern zu Karten, Kartenbriefen, Postkarten, Telegrammen, Inseraten, zu Schriftstücken in den häufigsten Vereinsangelegenheiten, sowie einem

Wörterbuch der Neuen Deutschen Rechtschreibung und einem Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter.

Gesammelt und herausgegeben unter Mitwirkung namhafter Schriftsteller, Juristen, Handelslehrer und Gewerbetreibender von **Dr. Carl Otto.**

Das umfangreiche Werk enthält, was sein Titel verspricht, wer es besitzt, erspart den privaten Sekretär.

Bestellschein
für die Leser des „Vorwärts“

Hiermit bestelle ich unter
Nennung bei
Willibald Wende's Verlag,
Berlin W., Lützow-Strasse 31,
ein Exemplar

Haussekretär
a 8 Mark

1 bis 2 Exemplare senden
einem Pakete versenden
Porto nach Postamt

Genaue Adresse:

Einkauf oder Zurückgabe bereitwillig gestattet.

ca. 700 Seiten

= Ganzleinen-Prachtband =

— Lexikon-Format. —

Das Werk wird zu dem
äußerst billigen Preise
von nur

3 Mark

an die Leser abgegeben.

Bestellungen sind unter
Benutzung des neben-
stehenden Bezugscheines
einzusenden an

**Willibald Wende's Verlag, Berlin W.,
Lützow-Strasse 31.**



Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 9. Februar.

Königl. Opernhaus. Carmen.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches Theater. Kammerjäger Lanzelot.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen.

Neues königl. Oper-Theater. Geflohen.
Leitung. Die Ratten.
Romische Oper. Tosca.
Kleines. Die verfluchten Bräutigame.
Neues Operetten. Die schöne Wette.

Berliner. Bummelstudenten.
Wetten. Die lustige Witwe.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Trionon. Hippolyte's Abenteuer.
Walden. Pariser Revue.
Walhalla. Die tolle Waise.
Schiller. Der Bund der Jugend.

Schiller-Theater. Der Bund der Jugend.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Excelsior-Lichtspielhaus. Das Leichenbegängnis Paul Singers.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. F. Rathgen:
Das Wasser.

Kaiser-Panorama.
S. 1. Platz IV. Wandlung in Venedig. 2. Woche: III. Tour im lieblichen Schwarzwald. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abon.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Schauspiel in 4 Akten v. F. Schiller.
Freitag Benefiz des Kapellmeisters C. Ullig: **Ums goldene Korb.**
Sonntags 4 Uhr: **Kottäppchen.**
8 Uhr: **Durchgegangene Wälder.**

ROSE-THEATER.
Grote Strauchstr. 102.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Don Carlos.
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Freitag und Sonntag nachm.: **Der Glückschmid.** Sonnabend nachm.: **Prinzessin Edeltraut.** Sonnabend bis Montag: **Erberbaum und Bettelstab.**

Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsbrevue in 7 Bildern v. R. Freund. Musik v. S. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Saubere Gestalt.

WINTERGARTEN.
Die berühmte chinesische Tragödie
Md. Chung
mit ihrem chines. Schauspiel-Ensemble
„Im Reiche des Drachens“
Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 2 Akten.
sowie das
drollige
Faschingsprogramm.

Apollon Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg:
? WALDON ?
Tschin Maa's
8 heilige Chingusen
9 1/2 Uhr:
Lachen! Lachen! Lachen!
Otto Reutter.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Sgr. Ordone
der spanische Caruso.
Schneider-Duncker
Les Vignacs
u. d. kolossale Febr.-Prog.
14 neue Variété-Attraktion.

Herrnfeld Theater.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan. Endab.: Rud. Herz.
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten.
nur modern. gültig. 25 Pf. auf allen
Wochen. Stets wechsel. Programm.

Walhalla-Theater.
Königsplatz. Weidenbergstr. 30
Abends 8 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Weltweide. Sonntags.
Sonntagsnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theat).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Schauspiel in 5 Akten v. F. Schiller.
Deutsch von B. Lange. Ende 10 1/2.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kaiser.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Schauspiel in 5 Akten von Julius Hirt.
Ende 10 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82 u. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute:
Gastspiel v. Johann Strauß.
Operetten-Abend.
Anfang 8 Uhr.
Morgen, Freitag:
Populärer Abend.

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage)
Das neue Wochenprogramm vom 4.-10. Februar einschl.
Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Anfang: Sonntags 3 Uhr nachm., wochentags 8 Uhr abends.

Sport-Palast
Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Ferie „Karneval am Nordpol“.
200 Eiskunstläufer x Prachtvolle Ausstattung.
Unerschöpfliche Lichteffekte. x 2 Musikkapellen.
Raum für 10.000 Personen. x Unterricht im Eislaufen.
Vormittags-Konzerte.
Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstr. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute, sowie täglich:
Gr. Bockjubiläum u. -Trubel auf d. Alm.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Schrengruber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Tafelarten haben volle Gültigkeit.
Morgen, Freitag: **Eiltag.** Windbeutel-Preissenen
Prämien, d. Dam. so am weit. Windb. verzehren
u. Bräm. d. Herr. v. d. meist. laur. Gurken essen können. 6 Goldpreise.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
Heute:
in sämtlich dekorierten Festsälen:
Gr. Bockhier-Fest.
Prämierung
der längsten gefährl. Hutnadel
mit Verschluss
bei gleicher Länge entscheidet der schönste Verschluss.
Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 9. Februar 1911:
Die goldene Eva.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Schön-
han und Koppel-Schield.
Ritter Hans v. Schwergeln:
Dir. Hans Kieß.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Theater des Weddings
Lichtspiel-Palast
Müllerstr. 182/183 - Sollerstr. 35
Paul Singers
Begräbnis.
Das Eisenbahnglück
am Baumshulweg
sowie das
übrige Glanz-Programm.
Trionon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Schauspiel in 5 Akten von Julius Hirt.
Ende 10 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82 u. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute:
Gastspiel v. Johann Strauß.
Operetten-Abend.
Anfang 8 Uhr.
Morgen, Freitag:
Populärer Abend.

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage)
Das neue Wochenprogramm vom 4.-10. Februar einschl.
Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Anfang: Sonntags 3 Uhr nachm., wochentags 8 Uhr abends.

Sport-Palast
Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Ferie „Karneval am Nordpol“.
200 Eiskunstläufer x Prachtvolle Ausstattung.
Unerschöpfliche Lichteffekte. x 2 Musikkapellen.
Raum für 10.000 Personen. x Unterricht im Eislaufen.
Vormittags-Konzerte.
Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstr. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute, sowie täglich:
Gr. Bockjubiläum u. -Trubel auf d. Alm.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Schrengruber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Tafelarten haben volle Gültigkeit.
Morgen, Freitag: **Eiltag.** Windbeutel-Preissenen
Prämien, d. Dam. so am weit. Windb. verzehren
u. Bräm. d. Herr. v. d. meist. laur. Gurken essen können. 6 Goldpreise.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
Heute:
in sämtlich dekorierten Festsälen:
Gr. Bockhier-Fest.
Prämierung
der längsten gefährl. Hutnadel
mit Verschluss
bei gleicher Länge entscheidet der schönste Verschluss.
Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 9. Februar 1911:
Die goldene Eva.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Schön-
han und Koppel-Schield.
Ritter Hans v. Schwergeln:
Dir. Hans Kieß.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Theater Sanssouci
Bahnhofstation Köpenicker Tor.
8 Uhr:
Die von da drüben.
Große Gesangsstücke von L. Ull.
Musik von Schottland.
Grete Gallus
Paul Förster.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Noiendorfer-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Casino-Theater
Pothinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Kontakelung total aufwärts!
Julie Wippen!
Ein echtes Berliner Singspiel.
Julie Wippen!
Was ich Tränen über
Julie Wippen!
Sonntag 8 1/2 Uhr: **Haß und Liebe.**

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus
Monna Vanna.
Genevra.
Leistung-Theater
Eggenbergsplatz
Vor Sonnenaufgang.
Thalia-Theater
Dorothea
Die schöne Helena.
Resident-Theater
Die 300 Tage.
Herrfeld-Theater
An d. Reiches Pforten.

Sonntag, den 19. Februar:
WINTERFEST
in den Festsälen der NEUEN PHILHARMONIE,
Köpenicker Straße.
Kammermusikabend
unter Leitung des königl. Konzertmeisters Prof. Bern-
hard Dessau, der Konzert- und Opernsängerin Frau
Sophie Heyman-Engel und des Konzertängers
Herrn **Anton Sidermans.**
Ball- und Gesellschaftsabend.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen.
240/7
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Zirkus A. Schumann.
Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
Donnerstag, den 9. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Neu! **Heros** Neu!
außergewöhnlich. Kraftleistung.
Neu! **Anton u. Grock**
die besten musikalischen Clowns
der Gegenwart.
Arcons, 4 Veronen,
Schleuderbreitfräsen.
Dir. **A. Schumann**
mit seinen neuesten Attraktionen
sowie die
übrigen neuen Attraktionen.
Der große Coup
9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
Gr. Ausstattungspant. in 4 Akten.

Zirkus Busch.
Donnerst., 9. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Auftritt der Tauchkünstlerin
Mil Serene Nord!
Mil Sandwina!
Lady Hercules!
Gastspiel Herr Direktor Pierre
Althoff und Frau Direktor Adele
Althoff mit ihr. exzellentesten
Freiheitsdressuren.
Fr. **Martha Mohrke, Schulreit.**
Mons. Amonus,
Champion im Hochspringen.
Um 9 Uhr ca. zum 48. Male:
„Armin.“
Vorher das große Galoprogramm.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer dunter Teil.
Feldweibelhügel.
Königsstadt-Kasino.
Sollmörferstr. 72.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Loop, Ressor, Elsa de Pianque, Ge-
schwister Bernhardy, Mil Eugenie,
The Blanke usw.
Ein Berliner Mädchen.
Bucht. Anf. 8. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Achtung!
Ant III. Berliner No. 9333
Humor-Quartett
Gg. Treuer, Katanienallee 49
ausgestattet mit stets neuem
Humor, Original-Entrée, mit
gelegentlichem Quartett, wie Solo-
gebung, bringt als Neuzug vom
15. Welt etc.
Instrumentalvorträge
3. B. Luitette für 5 Zug-
blasen. Gang neu für
Europa! Die indische Röhren-
Orgel und 4stimmiges Harmonium.
Indem wir auf diese unsere
Reinheit freundlich aufmerksam
machen, bleiben wir, wie immer,
das Ihre
356
Carl. Humor-Quartett.
Treuer, Wutzky, Zander, Schwarz
u. Wilhelm.

Passage-Panoptikum.
Die Sensation des Tages!
Das sprechende Pferd
„Mans'chen“
Lebend! Lebend!
Das blaue Weib
u. die ander. Schau-Attraktionen.
Ohne Extra-Entrée!
Eintritt 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Theater „Groß-Berlin“.
Donnerstag, den 9. Febr., in Vahl-
manns Theater, 8 1/2:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Preis 50-100 Pf. Auf Vorzugskarten
billiger. Unterhalt als Vorzugskarten.
— In Vorbereitung: **Der**
Störenfried.

Volgt-Theater
Gellendbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 9. Februar 1911:
Gastsp. in Trapp's Festsälen, Tegel.
Ein Habenvater.
Schauspiel in 3 Akten v. Hans Fischer
und Josef Darns.
Kasseneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.

Bosporus
an Moritzplatz.
8 Uhr:
Das neue Variété-Programm.
Das Variété-Konsum-System.
Entree frei. Sie lösen nur 1 Pro-
gramm pro Person 20 Pf., damit
haben Sie 1 Glas Bier bezahlt.
Von 11-9 Uhr: Bockbiertrubel, Tanz.

Populäre Lieder
im Blüthnersaal
Sonntag, 12. Februar,
nachm. 4 1/2 Uhr:
Heitere Lieder
und Rezitationen
Helene Lieban-Globig,
Kgl. Hofopern, ein be-
kannter Rezitator, Margar.
Clementz, Wilh. Becker,
G. Lazarus.
Kart. 0.50 u. 1 M. bei Bock-
Bock, K. d. W. u. a. d. Kasse.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milast. 3.
Jeden Dienstag,
Donnerstag und Sonntag:
Kavaller-Ball
bei großem Streichorchester.
Tanz und Entree:
Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Anfang: Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 6 Uhr.
Carl Eisner.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag, den 12. Februar, vorm. Punkt 10 Uhr:

Vereins-Versammlung

in der Neuen Welt, Hasenheide.

Tages-Ordnung:

Beschlußfassung über die vom Gauvorstand gestellten Hauptanträge zur Tarifberatung.

Alle zu diesem Punkt von den Mitgliedern gestellten Anträge kommen mit zur Beratung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Für den Gauvorstand:
Albert Waffini, Vorsitzender.

27/8

Arbeiter-Bildungssehule.

Sonntag, den 12. Februar, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vortrag des Herrn Ferd. Krause:

„Wanderfahrt zur Märkischen Schweiz“.

Mit ca. 125 farbenprächtigen Kunst-Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden.

Der Saal wird vor 7 Uhr nicht geöffnet. — Beginn 7, 8 Uhr.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Eintritt 30 Pf. Garderobe frei.

6/5*

Jugend-Ausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 12. Februar, abends 6 Uhr:

Jugendversammlung

in den Pharusälen (großer Saal), Müllerstraße 112.

Lichtbildervortrag:

„Die Entwicklung der bildenden Kunst unserer Zeit.“

Referent Dr. Max Cöbörn.

Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein (Tanz).**

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 8, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 8, 1987.

Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung

Rohrleger und Helfer

Berlin und Umgegend
im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15, Saal 4:

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Tagesordnung vom 20. Januar. 2. An die Kommission gelangte Anträge. 111/15

Wir machen es den Kollegen zur Pflicht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird ganz besonders Wert darauf gelegt, daß jeder einzelne anwesend ist.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Tischlerei,

Kundenwerkstatt, 5 Bänke. Nähe Moritzpl., Hof, ca. 500 M. zu verkaufen. Böttcher, Charlottenburg, Philypstr. 11.

Masken-Garderobe

Karl Ernst

(Inhaber Willi Ernst)

jetzt: Köpenicker Str. 55b, I.

Amt IV, 14089.

Gr. Auswahl! Bill. Preise!

Borzeiger dieser Annonce enthält 10 Proz. Preisermäßigung.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die

Restoration, Luisen-Ufer 52,

ermöglichen habe. 203/90

Um geneigten Zuspruch bitte

Reinhold Buschmann.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. geschützt 75 658).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,

Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teilw. wöchentl. 1 M. Plomben

1,50 M. Past vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um-

arbeitung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.

Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

20 Säle und Vereinszimmer

mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin

C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10

Tel. III 2783 Tel. VII 3095

Inhaber: Paul Bantz.

Kolonie Nonnendamm.

Wohnungsuchende finden in diesem aufblühenden

Stadtteil günstige Wohngelegenheit.

Billige Mietpreise!

Geräumige luftige Zimmer, Schule, Kirche, Arzt, Apotheke, Geschäfte aller Branchen vorhanden.

Ankunft bei den Verwaltern und der Märkischen

Bodengesellschaft, Berlin W., Leipziger Straße 123a.

Prack Verleih-Institut:
Friedrichst. 115/1, a. Drabg.
1. et. Hög. Stad, Gehrod
1,50. Doje 1,00, Wette 50 Pf.

MAGGI^s

Bouillon-Würfel sind überall zu haben. Wer sie probiert hat, kauft sie gern wieder. Man verlange jedoch ausdrücklich MAGGI^s.

Bouillon-Würfel

Sie tragen auf der Banderole den Namen MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern und sind

unerreicht!



Schutzmarke



Kreuzstern

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158

Steppdecken in voller Bettgröße

Similseide in den 525 bis 2100

Wollatlas in den 675 bis 2700

Daunendecken 2500 bis 12500

Schlafdecken 350 bis 4800

Inventur-Extraliste

enorm billiger Sonderangebote

gratis und franko.

Handlungsgehilfen!

Wählt am 12. Februar,
10 bis 3 Uhr:

Liste 3.

Die Kranzpenden bei der Beerdigung Singers.

Im Gewerkschaftshause sind seit Dienstag die Schleifen von den Kränzen aufgestellt, welche dem Genossen Singer auf seinem letzten Gange nachgetragen wurden. Hier, wo man die Reichen der Ehrung des Toten in einem Raum vereint sieht, gewinnt man erst einen vollständigen Ueberblick über ihre große Zahl und kann daraus schließen auf die Liebe und Verehrung, die unserem Paul Singer überall, wo die Herzen klassenbewußter Arbeiter schlugen, in reichem Maße entgegengebracht wurde. Es sind gegen 800 Kranzschleifen, die im Gewerkschaftshause aufgehängt wurden. Rund 300 Kranzpenden stammen von Arbeitern einzelner Betriebe und Werkstätten, über 200 sind von Parteiorganisationen, annähernd ebenso viele von Gewerkschaften und der Rest von sonstigen Arbeitervereinen und anderen Korporationen gesendet worden. Wir lassen hier eine Uebersicht über die Stifter der ausgestellten Schleifen folgen.

Vom Auslande.

- Das Internationale Sozialistische Bureau.
- Die österreichischen Genossen.
- Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.
- Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs.
- Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs.
- Die organisierten Genossinnen Oesterreichs.
- Soz. Verein Zürich.
- Soz. Partei des Kantons Zürich.
- Belgische Arbeiterpartei.
- Deutscher sozialdemokratischer Leseklub — Paris.
- „Parti socialiste (section française de l'Internationale Ouvrière)“.
- Die dänische Sozialdemokratie.
- Die sozialrevolutionäre Partei Rußlands.
- Die Sozialdemokratische Russisch-Polen.
- Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund Rußlands.
- Die Sozialdemokraten Lettlands.
- Die Serbische soz. Partei.

Deutschland.

Parteiorganisationen und Körperschaften.

Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Bildungsausschuß. Die Parteischule. Die Genossinnen Deutschlands. Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens. Der Bayerische Landesverband. Zentralkommission der Sozialdemokratie Sachsens. Sozialdemokratie Badens. Die Sozialdemokraten der Pfalz. Die Hessische Landesorganisation. Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens. Agitationskomitee der oberen Rheinprovinz. Sozialdemokratie des Niederrheins. Sozialdemokratische Partei des Herzogtums Braunschweig. Sozialdemokratische Landesorganisation Sachsen-Meinungen. Landesorganisation des Herzogtums Gotha. Die sozialdemokratische Landesorganisation Mecklenburgs. Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Strelitz. Die Sozialdemokratie Anhalts. Bezirksverband Ostpreußen. Sozialdemokratie Westpreußens. Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover. Sozialdemokratische Partei, Bezirk Nordwest. Gau Nordbahren. Gauvorstand für Südbahren. Sozialdemokraten Münchens. Agitationsbezirk Frankfurt a. M. Sozialdemokratie des südlichen Westfalens und der Lippeischen Fürstentümer. Bezirksverband der Provinz Pommern. Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg. Bezirksverband Ober-Langensielau. Schlesien. Sozialdemokratische Bezirksorganisation Oldenburg-Friesland. Sozialdemokratisches Agitationskomitee Leipzig. Bezirkskomitee Juidau. Die Bremer Parteigenossen. Sozialdemokratische Partei Hamburg. Bezirks-Agitationskomitee Dresden. Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg. Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins. Wahlverein Berlin I, Berlin II, Berlin III, Berlin IV, Berlin V, Berlin VI. Wahlverein Teltow-Beeskow. Wahlverein Nieder-Barnim. 357. Bezirk, Berlin IV. 25. Abteilung, Berlin IV. 631. Bezirk, Berlin. Wahlvereine Karlshorst, Ober-Schönebeide, Reinickendorf-West, Lichtenberg, Rummelsburg, Oranienburg, Reinickendorf, Erlener-Waldersdorf, Nieder-Barnim, Bezirk Berlin, Königs-Buchhofen, Velten, Steglitz, Schmargendorf, Johannishof, Nieder-Schönebeide, Köpenick, Alt-Ortenide, Schenkenhof, Rixdorf, Friedenau, Wilmersdorf, Treptow-Daumshulenkweg, Schöneberg, Mariendorf, Zehlendorf, Grünau, Romanow, Wahlvereine und Gewerkschaftsstellern Groß-Lichterfelde. Wahlvereine Rauen und Umgegend, Spandau, Potsdam, Ludenwalde, Wahlverein und Gewerkschaftsstellern Adlershof. Kreis-Wahlverein Potsdam-Spandau-Osthavelland. Kreis-Wahlverein Brandenburg-Westhavelland. Wahlkreis Ober-Barnim. Wahlkreis Westprignitz. Sozialdemokratischer Ortsverein Eberswalde. Wahlkreis Prenzlauer-Angermünde. Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Wahlkreis Ruppiner-Templin. Parteigenossen in Rathenow. Die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Trebbins. Sozialdemokratischer Ortsverein Vetschau. Wahlkreise Sorau-Jorki, Kalau-Ludau, Schwiebus-Ballidau-Krossen, Landsberg-Soldin, Sagan-Sprottau. Wahlverein Jüterbog-Ludenoalde. Wahlverein und Gewerkschaftsstellern Rössen. Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz, Erfurt-Schleusingen-Riegenrüd, Apolda-Ilmenau, Lüneburg, Mansfeld, Duisburg-Rühlheim a. d. Ruhr, Dagen-Schweina, Gomm-Sochl, Domburg-Höcht, Reh, Halle-Saalekreis. Sozialdemokratische Wahlvereine Bielefeld-Wiedenbrück. Wahlkreis Quedlinburg-Calbe-Ascherleben. Wahlkreis Einbe-Elbe-Nordheim. Parteigenossen Eilenburg. Wahlkreis Delitzsch-Wittorf. Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Weimar III. Wahlkreise Magdeburg, Kassel, Meiningen, Osnabrück, Dortmund-Hörde. Sozialdemokratischer Verein des Reichstagswahlkreises Frankfurt a. M. Wahlkreis Friedberg-Wüdingen. Wahlkreise Offen. Wahlkreise Düsseldorf. Klaffengengenossen des Siegerlandes. Wahlkreis Solingen. Wahlkreis Rains-Oppenheim. Sozialdemokratischer Verein für Neuh. 2. Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gehrau. Sozialdemokratischer Verein für Neuh. 2. Wahlkreis Offenburg-Dieburg. Wahlverein Apolda. Sozialdemokratische Organisation Hof l. B. Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Wahlkreis Merseburg-Querfurt. Partei und Gewerkschaften in Schönebeck a. d. Elbe. Wahlverein Dremwig. Wahlkreis Naumburg, Weißenfels und Zeitz. Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernburgerode. Partei-Ortsgruppe Helbra. Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen. Wahlkreis Nordhausen. Wahlkreis Eberfeld-Barmen. Wahlkreis Torgau.

Reichstagswahlkreis. 8. Sächsischer Reichstagswahlkreis. 8. Sächsischer Reichstagswahlkreis. 10. Sächsischer Reichstagswahlkreis. 13. Sächsischer Reichstagswahlkreis. 14. Sächsischer Reichstagswahlkreis. 15. Sächsischer Reichstagswahlkreis Limbach. 18. Sächsischer Reichstagswahlkreis. 22. Sächsischer Reichstagswahlkreis. Sozialdemokratischer Verein Dresden-Alttadt. Sozialdemokratischer Verein Chemnitz. Reichstagswahlkreis Glauchau-Neerane. Sozialdemokratischer Verein Mittweida und Umgegend. Sozialdemokratischer Verein Plauen-Deßnitz. Sozialdemokratischer Verein für den Reichstagswahlkreis Hannover-Linden. 9. Hannoverscher Reichstagswahlkreis. 18. Hannoverscher Reichstagswahlkreis. 19. Hannoverscher Reichstagswahlkreis. Kreiswahlverein Hanau-Bodenheim. Sozialdemokratischer Volksverein Arafeld. Reichstagswahlkreis Wiesbaden. Reichstagswahlkreise Nemscheid-Weitmarn. Reichstagswahlkreis Hersfeld-Ritteln. Die sozialdemokratischen Vereine Köln-Stadt und Köln-Land. 8. Badischer Reichstagswahlkreis. Wahlverein Stuttgart. Sozialdemokratischer Verein Breslau-Land-Neumarkt. Sozialdemokratischer Verein Breslau-Stadt. Reichstagswahlkreise Pirschberg-Schöna. Reichstagswahlkreis Grünberg-Freystadt. Reichstagswahlkreis Waldenburg (Schlesien). Sozialdemokratischer Verein Württemberg-Laubach. 8. Schleswig-Holsteinischer Reichstagswahlkreis. 8. Schleswig-Holsteinischer Reichstagswahlkreis. Wahlverein Groß-Flottbeck. 8. und 10. Schleswig-Holsteinische Reichstagswahlkreise. Reichstagswahlkreise Kiel-Rendsburg-Neumünster. 7. Mecklenburgischer Reichstagswahlkreis. Reichstagswahlkreise Güstrow-Riebnitz. Reichstagswahlkreis Schwerin-Wismar. Wahlverein Rostock-Doberan. Sozialdemokratischer Wahlverein Stralsund-Rügen. Parteiverein Stettin. Sozialdemokratischer Wahlverein Randow-Dreifenhagen. Genossen von Königsberg-Pr.-Stadt. Wahlverein Tilsit-Niederung.

Parteipresse.

Sozialdemokratisches Pressebureau. Pressekommision des „Vorwärts“. Redaktion des „Vorwärts“. Redaktionen der „Neuen Welt“, der „Neuen Zeit“, der „Gleichheit“, des „Wahren Jakob“, des „Hamburger Echo“. Geschäftsleitung und Pressekommision des Hamburger Verlags Auer u. Comp. Redaktion und Verlag der „Leipziger Volkszeitung“. Dresdener „Volkszeitung“. „Volksstimme“ Chemnitz. „Volkswille“ Hannover. Redaktion und Verlag der Dresdener „Volksmacht“. Verlag und Redaktion der „Tribüne“ Erfurt. „Volksblatt“ für Halle. „Pränsische Tagespost“. Redaktion und Verlag „Volksbote“ Stettin. Redaktion und Verlag der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Darmunder „Arbeiter-Zeitung“. Nemscheider „Arbeiter-Zeitung“. Straßburger Volksdrucker und „Freie Presse“. Wiener „Arbeiter-Zeitung“. Die sozialdemokratischen Parlamentsjournalisten.

Sozialistische Monatshefte.

Parlaments- und Stadtverordnetenfraktionen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sozialdemokratische Fraktion des Dreiklassenparlaments. Sozialdemokratische Fraktion des Sächsischen Landtages. Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Dresden. Sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten Berlins. Sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten Rixdorf. Sozialdemokratische Fraktion der Charlottenburger Stadtverordneten.

Gewerkschaften.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee. Gewerkschaftsartelle Magdeburg, Halberstadt, München, Breslau, Chemnitz und Umgegend, Fürstenwalde, Frankfurt a. O., Essen, Bremen, Stettin und Umgegend, Spandau, Romanow, Seiten, Köpenick, Köln a. Rh., Dresden, Kiel, Brandenburg a. S., Fürstenberg l. Rh., Rathenow, Ludenwalde und Leipzig. Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission. Berliner Gewerkschaftshaus. Gewerkschaftsschule. Deutscher Bauarbeiterverband. Hauptvorstand, Zweigvereine Berlin, Hamburg, Leipzig, Barmen-Dorf, Bezirk Schleswig-Holstein, Gau Karlsruhe, Sektion Steinholzleger. Deutscher Metallarbeiterverband. Hauptvorstand, Verwaltungen Berlin, Bezirk I, Hamburg, Leipzig, Forzheim, Magdeburg, Eberswalde, Dresden, Elektromonteur. Zentralverband der Maschinisten und Felzer. Hauptvorstand, Geschäftsstellen Berlin, Hamburg, Kiel, Leipzig, Köpenick. Zentralverband der Handlungsgehilfen usw. Vorstand, Bezirk Berlin, Potsdam, Magdeburg, Leipzig. Verband der Buch- und Steinbrucker-Giltsarbeiter und -Arbeiterinnen und Filiale Berlin. Buchdruckerverband. Gauvorstand Berlin, Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Verein aller in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker. Verband der Lithographen und Steinbrucker. Hauptvorstand, Mitgliedschaft Berlin. Zentralverband der Schmelde. Hauptvorstand, Geschäftsstellen Berlin. Zentralvorstand des Verbandes der Kupferschmelde. Verband der Kupferschmelde. Deutscher Transportarbeiterverband. Vorstand, Ortsvereine Spandau, Fürstenwalde, Brandenleitung der Fensterrupfer Berlins. Zentralverband der Glasarbeiter. Hauptvorstand, Geschäftsstellen Berlin, Stralau. Zentralverband der Glaser. Zentralverband der Zimmerer. Hauptvorstand, Geschäftsstellen Berlin und Umgegend. Verband der Schiffzimmerer. Berlin. Verband der Schneider usw. Zentralvorstand, Filialen Berlin I, Berlin II, Berlin III. Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter. Hauptvorstand, Geschäftsstellen Berlin, Dresden. Verband der Staats- und Gemeindegeldarbeiter. Hauptvorstand, Filiale Groß-Berlin, Gau Magdeburg. Deutscher Regilarbeiterverband und Filiale Berlin desselben. Verband der Freizeithilfen, sowie Zweigvereine Berlin, Potsdam-Romanow, Sektion Damentrieure und Bekleidmacher. Zentralverband der Schuhmacher. Hauptvorstand und Filiale Berlin. Verband der Tapezierer. Hauptvorstand und Filiale Berlin. Fabrikarbeiterverband. Hauptvorstand und Bezirk Weihensee. Verband der Tabakarbeiter. Verband der Maler, Lackierer usw. Filialen Berlin, Spandau. Deutscher Buchbinderverband. Hauptvorstand und Filiale Berlin. Zentralverband der Sattler usw. Hauptvorstand und Filiale Berlin. Deutscher Holzarbeiterverband. Hauptvorstand, Geschäftsstellen Berlin, Rixdorf, Köpenick, Dresden.

Verband der Päder und Konditoren. Hauptvorstand und Verwaltung Berlin. Zentralverband der Asphaltreue usw. Stodarbeiter Berlins und Umgegend. Zentralverband der Wäcker usw. Hauptvorstand. Verband der Steinseger und Pfleizer. Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein. Zentralvorstand und Verwaltung Groß-Berlin. Zentralverband der Porzellanarbeiter. Hauptvorstand, Zentralverband der Lederarbeiter. Berlin I. Verband der Blumen- usw. Arbeiter und Arbeiterinnen. Zentralverband der Steinarbeiter und Filiale Berlin. Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Zentralverband der Hausangestellten. Zentralverband der Dachdecker. Verband der Töpfer. Zentralvorstand und Filiale Berlin. Verband der Hutarbeiter Berlins. Zentralverband der Stukkateure. Deutscher Kürschnerverband. Zentralverband der Fleischer. Hauptvorstand. Zentralverein der Bildhauer. Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen. Hauptvorstand und Ortsverwaltung Berlin. Verband der Fingerringreuer und Ristrickler. Verbandsvorstände der Ortsgruppen Berlin des Verbandes der Bureau- und Kronleuchtenangehörigen. Verband der Bureauangestellten. Bez. Sachsen-Anhalt. Reichssekktion der Eisenbahner. Zentralverband der Zivilmusiker. Zentralverband des technischen Wähenpersonals. Zentralverband der freien Händler. Hauptvorstand und Ortsverein Berlin. Verband der Lagerhalter usw. Deutschlands und Bezirk Berlin. Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Vereinigung der Hausdiener, Päder, Geschäftskutscher. Berliner Geschäftsdieners- und Pädervereinigung 1907.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Die Genossen des 9. Bezirks werden ersucht, Freitagabend 1/8 Uhr im Bezirkslokal zu erscheinen. Es handelt sich um Vornahme von Nachwahlen zur Stadtverordnetenwahl in Dalensee. Die Genossen der übrigen Bezirke treffen sich Sonntag früh. Freibreunau. Am Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Alteinschloß“, Rheinstraße 60: Große öffentliche Versammlung. Referenten: Gemeindevorordneter Genosse Richter und Stadtverordneter Genosse Groger über: „Die Aufgaben unserer Gemeindevorwaltung“. Der Vorstand. Bernau. Am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in Lanke im Restaurant „Parkschloß“ eine Volksversammlung statt. Thema: „Nieder mit der Reaktion“. Referent Genosse A. Stadthagen. Da die Kriegervereinler der Umgegend in den ländlichen Bezirken unsere Versammlungen zu stören suchen, werden die Genossen Bernau ersucht, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen. Mittags pünktlich um 1 Uhr geben die Genossen vom „Schönenhaus“ ab. Die Berliner Genossen, welche für diesen Tag eine Partie per Rad oder Bahn nach Lanke zu unternehmen gedenken, können gleichfalls dieser Versammlung beiwohnen. Die Bezirksleitung. Bernau. Heute Jahlabend für den 1. und 2. Bezirk bei A. Hermann, für den 3. Bezirk bei A. Temmler. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

In der Fröhe.

Das Leben der Großstadt ist erwacht. Es richtet sich nicht nach der Tages- oder Nachtdauer. Es beginnt mit dem Glodenschlage: zur Winterzeit, wenn noch das Dunkel die Straßen deckt, zur Sommerszeit, wenn die Sonne schon ein gutes Stück ihrer Lichtbahn zurückgelegt hat. Ein Ostwind durchfährt in kalten Stößen den dämmernden Februarvormorgen. Braunes Zwielicht schweilt um das nasse Mauerwerk der Häuser des vornehmen Viertels. Nur vereinzelte Straßenlaternen brennen noch. Lichtreflexe quellen aus den Türen und Schaufenstern der geöffneten Läden. Die Elektrischen rattern. Ihre Signallaternen fliegen, wie glimmende Funken durch die verbäumernden Schatten der weichen Nacht. In ihre weiten Mäntel gemummt hoden schlaftrunken ein paar Droschkentürker auf dem hohen Vordst ihres Gefährtes. Die Pferde lassen den Kopf sinken; mit eingeknickten Knien stehen sie da, als wäre kein Leben in ihnen. Ein paar Arbeiter und Geschäftsmangestellte hasten vorüber. Straßenkehrer säubern den Asphalt. Eine Fabrikreue kreischt von fernher in gelben, langgezogenen Pfiffen. Der Tag erwacht. Nach kurzer Nachtruhe rufen Pflicht und Nahrungsorgen die große Schar der Unbemittelten zu neuer Arbeit. Da trottet ein Trupp übernächtiger Gestalten die Straße entlang. Männer mit hochgekrempten Rockfragen und tief in die Stirn gedrückten Hüten. Frauen mit hellen Theaterhütern über zerzausstem Haar und süßreien Köden. Ihr Gang hat etwas Schlurfendes, Uebermüdetes. Ihre Blide haften am Erdboden. Ein Tanzergnügen hat sie die Nacht hindurch wachgehalten. Sie haben die Nacht zum Tage gemacht. Nun werden sie den Tag zur Nacht machen und sich ausschlafen. Arbeit und Pflichten rufen sie nicht. Nach Wunsch und Begehren können sie sich ihr Leben gestalten. Die Straßenkehrer haben einen Augenblick in ihrer Versträgung innegehalten. Ihnen ist dieses Frühbild in den Sträßengängen des vornehmen Viertels nichts Neues. Und doch schauen sie den Davonziehenden nach. Ein Vergleich drängt sich ihnen unwillkürlich auf. Nur einen Augenblick währt das. Dann holpern die Eisentarren wieder, die Spaten klirren und die Besen krahen. Mählich hebt sich der Tag. Aus dem Braun der Dämmerung ist ein saßles Grau geworden. Die Straßenlaternen sind nun sämtlich erloschen. Der Strom der zur Arbeit Eilenden rinnt spärlicher, dünner. Und das kalte Licht des erwachten Tages umfröstelt die aus den Vergnügungen ihres Wohllebens Heimkehrenden. Ihre Augen haften noch immer

an den nachsichenden Plätzen des Bürgersteiges, als bemerkten sie die ihrem Tagewerk zustrebenden nicht. Ihnen ist ja die Großstadt nichts weiter als eine Stätte des Gemüses. So schleichen sie ihren Brunnhäusern zu. In der Frühe. . .

Die Schuldfrage bei Eisenbahnunfällen.

Und wird geklärt: Schon öfter ist in diesem Blatt erörtert worden, welche empörende Härte darin liegt, bei Eisenbahnunfällen sich mit Verschuldigungen sofort auf diejenigen zu stützen, die selbst täglich unter eigener Lebensgefahr in diesem Betriebe stehen, alle Unbill der Bitterung ertragen müssen, und dabei oft ganz unberechenbaren Rückschlägen des Geschicks und Gehörs unterliegen. Schuldig sollen immer die Tag und Nacht Gequälten sein, von denen man nie weiß, wie lange sie im Dienst sind, ob sie geschlafen haben oder ob schwere Familienorgen sie so bedrücken, daß sie sehenden Auges mit den Gedanken abwesend in die größten Gefahren geraten. Gerade im Eisenbahndienst gehen so unendlich viele durch die Sorgen des täglichen Lebens zeitweilig unachtsam ins Unglück, in den Tod.

Gibt es für eine Eisenbahndirektion etwas Bequemereres, als einfach den angeblich Schuldigen dem Staatsanwalt anzuliefern? Der wird schon die nötige Anklage erheben nach dem Material, das ihm die Eisenbahnbehörde stets reichlich zur Verfügung stellen kann. Denn es existieren so viel Vorschriften, die der Eisenbahndirektion misachtet hat, daß es spielend leicht ist für eine Eisenbahndirektion, jeden Betriebsbeamten vom Lokomotivführer herab bis zum Weichensteller ins Gefängnis zu bringen.

Die Eisenbahndirektion ist Ankläger und Sachverständiger, d. h. in Wahrheit Ankläger und Richter zugleich.

Die Frage inwiefern die Eisenbahndirektion die Schuld trägt, kommt für einen preussischen Staatsanwalt niemals in Betracht, diese Frage ist überhaupt nicht Gegenstand seiner Erwägung. Um so dringender wird diese Schuldfrage und ihre sachliche Klärung für die Verteidigung. Sie sollte vor allen Dingen dogmatische Verwahrung einlegen, daß eine Behörde, die unmittelbar am Unglück beteiligt ist, als Sachverständige zugelassen wird. Versteht das Gericht, dieser hier wieder so offensichtlich mitschuldig Eisenbahndirektion ein Sachverständigenrecht einzuräumen, dann sollte die Verteidigung alle Anstrengungen machen, auch für den beschuldigten Lokomotivführer eine größere Zahl von Berufsgenossen zur Feststellung des Tatbestandes heranzuziehen. Besonders eignen sich als Entlastungszeugen die pensionierten Lokomotivführer und Bahnmänner. Unter ihnen sind immer die wirklich sachverständigen des praktischen Betriebes, die den Radweid liefern können, wie lange diese Betriebsfälle schon eine Gefahr, Sorge und Qual der Beamten ist, und welche übermenschliche Aufmerksamkeit und Wachsamkeit bisher aufgewendet werden mußte, um dem ständig drohenden Unheil zu entkommen.

Wer auch selbst als Laie diese Gleisanlage betrachtet, wie sie in Nr. 32 des "Vorwärts" dargestellt ist, der erkennt, daß ein Lokomotivführer, wenn er vielleicht 800 mal einem Unglück entgangen ist, schließlich, da er doch nur ein Mensch ist, ein Schuldopfer solcher Geiseltfälle — denn anders kann man diese Anlage gar nicht bezeichnen — werden muß.

Aus der Tiefbaudeputation. In der letzten Sitzung der Tiefbaudeputation kam der Entwurf eines Bebauungsplanes für den Westteil des nordwestlichen Bezirks des Berliner Reichslandes nördlich und südlich der Müllerstraße zur Vorlage. Der Plan fand die Genehmigung der Versammlung und soll als Grundlage für das weitere Festsetzungsverfahren dienen. Ferner wurde eine Anzahl von Entwürfen zur Entlastung des Velle-Münchenerplatzes besprochen, zu deren Bearbeitung die Aufgabe des Grundstücks der Sternwarte am Endeplatz die unmittelbare Veranlassung gegeben hatte. Es wurde beschlossen, die Entwürfe zum Teil eingehender zu bearbeiten und an die städtischen Körperschaften zur Beschlußfassung weiterzugeben. Ein Beschluß über eine zur Veranlassung stehende Umgestaltung des Sanierungsplans wurde verweigert. Es soll zunächst Prüfung genommen werden mit den interessierten Grundbesitzern, ob sie geneigt sind, Teile ihres Vorgartenlandes für die Zwecke der Umgestaltung der Stadtgemeinde zur Verfügung zu stellen.

Zu dem Eisenbahnunfall bei Baumenschulweg wird gemeldet, daß die von dem Unfall Betroffenen sich den Umständen nach gut fühlen. Die Kerze haben ihr Gutachten dahin abgegeben, daß bei keinem der Verletzten eine Lebensgefahr vorliegt.

Die Sonntagruhe im Handelsgewerbe soll nach einer Vorlage des Magistrats ausgedehnt werden. Es soll Sonntags um 10 Uhr Ladenschluss eintreten mit Ausnahme der Geschäfte der Nahrungs- und Genussmittelbranche. Gegen diese Keimen Reformen laufen fortgesetzt eine Reihe von rücksichtigen Detaillistenverleihen Sturm. Ein Stadtdirektoren-Ausschuss hat sich aber einstimmig für die Magistratsvorlage ausgesprochen. Als am letzten Donnerstag Bericht erstattet wurde, beschloß die Stadtdirektorenversammlung, den Ausschuss zur nochmaligen Beratung zusammenzutreten zu lassen, um doch noch Verschlechterungen der Magistratsvorlage herbeizuführen. Der Ausschuss hat sich aber zu einer Verneinung seiner Auffassung nicht entschließen können und empfiehlt wiederum die Annahme der Magistratsvorlage.

"Ordnung" muß sein! Ein in der Bornholmer Straße wohnender Arbeiter S., der bei der Commercial-Union-Versicherungsgesellschaft gegen Feuer versichert ist, hatte unterlassen, rechtzeitig die fällige Prämie zu entrichten. Er erhielt deshalb einen Zahlungsbefehl zugesandt. Die Frau des S. zahlte den Betrag von 3,20 M. am 27. Dezember bei der Post ein, übersah aber dabei, die für den Zahlungsbefehl erwachsenen Kosten von 30 Pf. mitzugucken. Daraufhin erschien am 20. Januar in der Wohnung der S.'schen Eheleute der Gerichtsvollzieher mit einem Zahlungsbefehl, der auffälligerweise wiederum auf 3,20 M. und 30 Pf. Kosten lautete. Als der Postbeamte vorgezeigt wurde, erklärte der Gerichtsvollzieher die Sache für erledigt und ging. Am 27. Januar fand sich der Gerichtsvollzieher von neuem ein, um für die für den ersten Zahlungsbefehl erwachsenen Kosten in Höhe von 30 Pf. zu pfänden. Er legte ein Verzeichnis für 70 M. Es ist ganz unverständlich, wie die Gesellschaft den Betrag von 3,20 Mark zweimal fordern konnte, noch weniger aber, wegen 30 Pf. den Gerichtsvollzieher pfänden zu lassen. Auf besondere Auland läßt ein solches Verfahren wirklich nicht schließen. Eine briefliche Mahnung, die 30 Pf. Kosten noch nachträglich einzufenden, hätte den S.'schen Eheleuten weitere Kosten erspart und die Gesellschaft vor dem Ruße einer wenig lulanten Firma bewahrt.

Zu dem grauerregenden Martyrium des vierjährigen unehelichen Kindes Johannes Stanel, das nach qualvollen Entbehrungen von seinem unehelichen Vater schließlich zu Tode geprügelt wurde, bittet die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Wallstraße 89, jeden, dem ähnliche Fälle von Kindesmishandlungen zu Ohren kommen sollten, dringend, sich unerschrocken an ihre Geschäftsstelle, Wallstraße 89 (Sprechstunden 9-1), oder auch an den Verein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung, Französischer Dom, Gendarmenmarkt, mit mündlichen oder schriftlichen Angaben zu wenden. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge ist durch ihre Beziehungen zu allen zuständigen Instanzen in der Lage, sofort die erforderlichen vormundschaftsgerichtlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten und damit die Trennung des Kindes von seinen Peinigern zu erwirken, und zwar ohne daß die Namen der Angezeigten in dem Verfahren genannt werden, so daß den Betroffenen jede Unannehmlichkeit erspart bleibt.

Zu dieser Zuschrift möchten wir bemerken, daß in Fällen, in denen es sich um Kindesmishandlungen handelt, nicht etwa auf Beschönigung von Fürsorgeziehung hingearbeitet werden möge, denn diese nützt den armen Kindern gar nichts.

Aufmerksam machen wollen wir außerdem auf die Kinder-Schutzkommissionen, die sich gleichfalls mißhandelter Kinder an-

nehmen. Nur möge man sich bei Meldungen nicht auf Hörensagen verlassen, sondern nur auf eigene Wahrnehmungen.

Der Schuhmann als Samariter. Aus wird geschrieben:

Am Sonnabend morgen um 8 Uhr verfuhr ein Radfahrer, von der Alten Schönhauser Straße kommend, die Kreuzung der Münz-Weinmeister- und Schönhauser Straße zu passieren; dabei hatte er das Unglück, direkt in einen von der Münzstraße her kommenden Omnibus hineinzufahren und von dem Vorderrad desselben über den Unterleib gefahren zu werden. Ein Arbeiter, der den Vorfall genau beobachtet hatte, sprang sofort hinzu, holte den Radfahrer, einen noch jungen Menschen herbei und brachte ihn mit Hilfe noch anderer Passanten auf den Bürgersteig. Dann begab er sich sofort zu einem Schuhmann vom 15. Polizeirevier und teilte ihm den Vorfall mit. Gleichzeitig machte er ihn auf ein zufällig die Schönhauser Straße passierendes Droschkenauto aufmerksam, worauf der Schuhmann erwiderte, ein "Auto" wäre zu teuer, er könnte nur eine Droschke nehmen. Dabei war weit und breit überhaupt keine Droschke zu sehen. Der Verunglückte wand sich immer mehr in Schmerzen. Was aus dem Manne geworden ist und wie lange er liegen mußte, um fortgebracht zu werden, konnte nicht mehr festgestellt werden, da der Arbeiter nach seiner Arbeitsstelle mußte. Wir meinen, daß wirkliche Hilfe nur schnelle Hilfe sein kann. Dann hätte der Schuhmann auch den Rat des Arbeiters befolgen und das Auto zum Transport anhalten können, das im übrigen auch nicht viel teurer gewesen wäre.

In der Maison de santé gestorben ist am Dienstag früh die 78jährige Millionärin, Rechtsanwaltswitwe Frau Dr. Matthias, die auf Verreiben der Polizei am 19. Dezember 1910 dort „zu ihrem Schutze“ interniert wurde. Wie wir berichteten, sind die Ansichten darüber, ob die Internierte wirklich geisteskrank oder über die gewöhnlichen Altersbeschwerden hinaus geisteschwach war und ausgerechnet in eine Irrenanstalt gehörte, sehr geteilt. Frau Dr. Matthias hat noch am Tage vor der zwangsweisen Internierung eine vollständige Portie nach Regel unternommen und war an diesem Ausflugsstage nachweislich bei so gutem Wohlsein, wie man es bei ihrem hohen Alter kaum erwarten konnte. Die Polizei glaubte auf Grund von allerlei Hausklatsch der Meinung zu sein, daß Frau Dr. Matthias sich nicht in guten Händen befand. Sie drang am 11. Dezember mit dem stellvertretenden Kreisarzt Dr. Schönstedt in die Wohnung der jetzt Verstorbenen, Kaiser-Allee 159 in Wilmersdorf, ein und ließ die alte Dame, die sich dabei natürlich furchtbar aufregte, mittels eines Autos aus dem Bett heraus, nach der Maison de santé bringen. Hier ist die in "Schutzhalt" genommene Millionärin in strengster Abgeschlossenheit gehalten worden, so daß es nicht möglich war, für die alte, aus ihrem Heim gerissene Dame, die vielfach in ein offenes Sanatorium, aber unbedingt, wie auch der Hausarzt bestätigt, nicht in eine geschlossene Irrenanstalt gehört hätte, etwas Besseres zu tun.

Ein Photographenschwindler treibt seit einiger Zeit wieder sein Unwesen. Er versucht namentlich über die Hintertreppen an Dienstmädchen heranzukommen, zeigt ihnen Kellamercaten und Emailbilder und verspricht ihnen, für einen billigen Preis nach ihren Photographien ebensolche Bilder liefern zu wollen. Die arglosen Mädchen geben dann ihre Photographien her, unterschreiben einen Bestellzettel und machen die verlangte Anzahlung. Um diese allein ist es dem Schwindler zu tun. Hat er das Geld in der Tasche, so läßt er sich nicht mehr sehen. Nach übereinstimmender Beschreibung ist der Gauner, vor dem hiermit gewarnt sei, ein 24 Jahre alter Reisender Paul Otto, der wegen solcher Schwindelereien schon mehrere Strafen erlitten hat.

In der Stadt der Intelligenz machen Leute, die auf den Aberglauben bauen, immer noch gute Geschäfte. Schon wiederholt berichteten wir über das Treiben von Geistesheilkundinnen, die etwas mehr als harmlose Mädchen und Frauen um Ersparnisse, Schmuckstücke und Kleidungsstücke bringen. Jetzt ist wieder so ein Weib an der Arbeit. Die Schwindlerin handelt zum Schein mit Bändern, Zwirnen, Nadeln und ähnlichen Sachen, verwickelt Dienstmädchen oder Frauen kleiner Leute, die sie allein trifft, in ein Gespräch, sieht ihnen dann plötzlich scharf in die Augen und versichert, daß sie krank seien. Zugleich verspricht sie, das Uebel bannen zu wollen. Die abergläubischen Leute lassen es dann gern geschehen, daß die Geistesheilkundin ihre Kleidungsstücke, das bare Geld und die Schmuckstücke „bespricht". Am nächsten oder folgenden Tage kommt das Weib wieder, um sich nach dem Befinden der erkundigen. Die Leute, bei denen die Einbildung unterdessen gewirkt hat, fühlen sich jetzt selbst schon krank. Die Schwindlerin bestätigt, daß es schlimmer geworden sei. Sie muß jetzt stärkere Mittel anwenden, nimmt alles mit, um es in einer Kirche oder auf einem Friedhof zu besprechen, und läßt sich natürlich nicht wieder sehen. In anderen Fällen erschreckt sie die Mütter mit der Krankheit eines ihrer Kinder und nimmt alles Kleiderzeug mit, um durch Besprechung das besessene Kind zu heilen und die anderen vor der Krankheit zu schützen. Erst in den letzten Tagen hat ihr eine Frau außer Kleidungsstücke 183 M. und eine andere gar 800 M. geopfert.

Hilflos gestorben.

Ein plötzlicher Todesfall, der am Sonntag vor vierzehn Tagen sich in einem Schlächterladen der Vohenstraße ereignete, wird in dem Stadtteil viel besprochen. Er ist erst jetzt zu unserer Kenntnis gelangt und gleichzeitig sind uns Klagen darüber vorgebracht worden, daß ein Arzt vergeblich um Hilfe angerufen worden sei. Die Verstorbene in ein 74jähriges Fräulein Stieglitz aus dem Hause Vohenstr. 8, der Arzt ist ein Dr. Venas aus dem Hause Vohenstr. 28.

Frl. Stieglitz hatte sich vormittags gegen 1/10 nach einem Schlächterladen begeben, laut dort plötzlich zusammen, wurde von dem Schlächtermesser und anderen im Laden anwesenden Personen auf einen Stuhl gesetzt und verlor bald darauf das Bewußtsein. Eine der anwesenden Frauen lief zu dem gegenüber wohnenden Dr. Venas und bat ihn, Hilfe zu leisten, aber Dr. Venas antwortete, er sei jetzt in seiner Sprechstunde beschäftigt und könne nicht kommen, und er kam tatsächlich nicht. Während in dem Laden die Frauen ratlos die anscheinend schon Verstorbenen umstanden, wurde diese von einer eintretenden Bewohnerin des Hauses Vohenstraße 8 als Fräulein Stieglitz erkannt. Zwei Männer trugen nun die Leiche auf dem Stuhl über die Straße hin nach ihrer Wohnung. Inzwischen war aber auch die Polizei benachrichtigt worden, und diese scheint den Dr. Venas erneut zur Hilfeleistung aufgefordert zu haben; denn bald nachdem Frl. Stieglitz in ihre Wohnung übergeführt worden war, traf dort auch Dr. Venas in Begleitung eines Schuhmannes ein. Der Arzt stellte fest, daß Frl. Stieglitz gestorben war. Sogleich hinterher kam auch der Armenkommissionsvorsitzer Gemeindeführer Hausdorf, der gleichfalls in Kenntnis gesetzt worden war. Es hatte sich nämlich inzwischen ergeben, daß Frl. Stieglitz Almosenempfängerin war, während Dr. Venas Armenarzt ist. Doch war dem Dr. Venas, als er zum erstenmal um Hilfe angerufen wurde, der Name der Erkrankten nicht angegeben worden, weil er noch nicht bekannt war.

Ueber das Verhalten des Arztes haben Personen, die wir nach den Einzelheiten dieses Todesfalles fragten, sich mit Verwunderung und Entrüstung geäußert. Es ist jedoch ein Irrtum, daß der Arzt, der ja nicht als Armenarzt gerufen worden war, geistlich verpflichtet gewesen sei, sofort zu kommen. Man muß es bedauern, daß für die Ärzte eine solche Pflicht nicht besteht, aber es ist nun mal so. Ein Arzt ist in dieser Beziehung nicht anders als jeder andere Gewerbetreibende gestellt. Er kann nicht von jeder beliebigen Privatperson zu Dienstleistungen gezwungen werden, die er nicht freiwillig gewähren will. Ob Herr Dr. Venas in dem vorliegenden Fall helfen wollte oder nicht, das hatte er nur mit seinem Gewissen abzumachen.

Im Moorbad vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag der 53 Jahre alte Arbeiter Albert Willemoht aus der Feldstraße

Nr. 10. Der kinderlos verheiratete Mann, der bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft arbeitete, litt seit Wochen an Rheumatismus und nahm auf Anordnung des Arztes nachts russisch-römische Bäder in einer Badeanstalt in der Gaussestraße. Gestern bekam er dort zum ersten Male ein Moorbad. Schon wenige Minuten nach Beginn des Bades fand ihn der Bademeister tot auf. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Mit den sogenannten Darlehnsbanken, jenen Schwindelgeschäften, die in der letzten Zeit in Groß-Berlin wie Pilze aus der Erde geschossen sind, räumt die Kriminalpolizei weiter auf. Gestern wurde wieder so eine Bank in der Flottwellstr. 6 aufgehoben. Ein früherer Reiner Paul Sander hatte sich dort zwei Stuben und Küche gemietet und die beiden ersten Räume so eingerichtet, daß sie den Eindruck eines Kontors machten. Dortin lud er nun durch Anzeigen und andere Mittel Leute, die Darlehen suchten. Er nahm ihnen auch soviel als möglich Antragsgebühren ab, kümmerte sich dann aber nicht weiter um sie. Auf verschiedene Anzeigen hin durchsuchte die Kriminalpolizei gestern die "Konstruktion" und fand soviel Verlosungsmaterial, daß sie Sander nicht bloß wegen Darlehnschwindels, sondern auch wegen Wunders auf der Stelle festnahm und dem Untersuchungsrichter vorführte. Es sind ohne Zweifel noch mehr Leute geschädigt worden, als man bis jetzt weiß. Die Betroffenen oder Verwandten können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 305 melden.

Der Verein zur Errichtung von Arbeiterinnenheimen, der seit einer Reihe von Jahren drei Heime in Berlin unterhält (Brückenstraße 8 — Uferdammstraße 7 — Kottbuser Ufer 53), richtet ein neues viertes Heim für Arbeiterinnen im Korposten — in der Greifswalder Straße — ein. Der Neubau wird Oktober dieses Jahres fertiggestellt und bietet Wohngelegenheit für etwa 60 Arbeiterinnen. Große Speise- und Wohnräume sind für die Bewohnerinnen des Heims und für auswärtige Gäste, die das Heim mittags und abends aufsuchen können, vorgesehen.

Wer ist der Tote? Auf dem Rutillyfest tot aufgefunden wurde gestern vormittag um 9 Uhr ein unbekannter Mann von etwa 38 Jahren. Der Tote ist mittelgroß, hat ein hohes Gesicht und einen schwarzen Schnurrbart und trug einen dunklen Zylinderhut und einen schwarzen Stiefel, schwarze Schmierstiefel und ein weißes Vorhemd. Er hatte ein Paket in braunem Papier bei sich. In seinen Taschen fand man eine Uhr und 51 Mark an Geld.

Der Wintergarten bringt in seinem neuen Programm fast durchgängig gute Spezialitäten-Nummern. Im Vordergrund des Interesses steht ein chinesisches Schauspiel „Im Reiche des Drachen", das Madame Chung mit ihrer chinesischen Schauspieltruppe darstellt. Dem Stück liegt eine alte Legende zugrunde, die einen Liebesroman einer chinesischen Prinzessin darstellt und dramatisiert ist. Die Darstellung hat für uns etwas Eigenartiges, Fremdes, was besonders bei Beobachtung des Jeronimeffs sich aufdrängt. Von Interesse ist die Mimik, mit der fast ausschließlich gearbeitet wird. Praktisch sind die sonderbaren Kostüme.

Der Tanz hat in der spanischen Tänzerin Leonore eine tüchtige Vertreterin, während die Jongleurkunst von der Morris-Cromis-Truppe in der gewandtesten Weise ausgeübt wird.

Im Zirkus Busch tritt seit Dienstag die Schwimmsportlerin Miß Serene Nord auf, deren Auftreten im Wintergarten erfolgen sollte aber nicht stattfand, weil das Wasser platze und die Bahnen unter Wasser setze. Deshalb wurde der Kontrakt mit dem Wintergarten gelöst. Miß Nord produzierte sich durch großartige Sprungstücke, vorwärts, rückwärts, seitwärts, zuletzt unternahm sie von einer hohen Leiter einen gut gelungenen Sprung. Aus Anlaß des Auftretens der Künstlerin glaubte der Polizeipräsident stützliche Gedanken geltend machen zu sollen. Miß Serene Nord erhielt nämlich vor ihrem Auftreten die amtliche Nachricht, daß ihr Auftreten im Zirkus Busch nur dann gestattet werden könnte, wenn sie über den Oberkörper und von den Hüften bis zu den Oberarmen eine Bekleidung trage, die das „Markieren dieser Körperteile im nackten Zustande" verhindere. Die Künstlerin trug zwar bisher stets bei ihren Produktionen ein sehr dezentes, festanschießendes Kostüm. Aber es sollte noch mehr verhüllt werden. Um dem polizeilichen Befehl zu gehorchen, bedangte sich Miß Serene Nord an den Stellen, die nicht „markiert" werden durften, mit Umhängen, Spigen und Schleifen. Diese vorchriftsmäßigen Anstandsrequisiten behinderten sie natürlich sehr bei ihren Darbietungen. Nachdem sie etwa die Hälfte des Programms absolviert hatte, rief sie sich die polizeilich berordnete Schutzbekleidung vom Leibe und warf sie demonstrativ hinter die Manege. Dann sahete sie ihre Leistungen unter dem tauschenden Verfall der Zuschauer elegant zu Ende. Es ist auch so kein Schaden entstanden.

Bei der Beerdigung des Genossen Singer am Sonntag ist eine Granatbrosche mit Photographie gefunden worden; sie kann in der "Vorwärts"-Expedition Lauffreyplatz 14/15 abgeholt werden. — Der Finder eines Herzenschirmes mit brauner Naturkrude — der Schirm ist am Sonntag in einem Lokale der Jakobstraße stehen geblieben — wird um Abgabe gebeten an die Konsumgenossenschaft in Mariendorf.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem vor acht Tagen vom Rämmerer gegebenen Etat. Der Stadtd. J. o. b. l. (H. Fr.) sprach sich im allgemeinen befriedigend über den Etat aus, der wegen seiner großen Uebersichtlichkeit eine wohlwollende Behandlung verdiene.

Genosse Bernstein bemängelte, daß aus dem Hauptetat nicht zu ersehen sei, wie die Einzelfonds wirtschaften. Kaufmännisch ausgedrückt, sei eine solche Aufstellung eine unbeabsichtigte Bilanzverfälschung. Zu einer solchen läge aber nach Lage der sächlichen Finanzen keinerlei Anlaß vor. Redner ging hierauf auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Ungültigkeitserklärung der Wertzuwachsteuer ein, wodurch der Stadt erhebliche Verluste entstanden seien. An sich zeige die Entscheidung wieder einmal, daß das Dogma von der Unschicklichkeit der Richter hinfällig ist. Scharf kritisierte der Redner die Reichwertzuwachsteuer, die die schreiendsten Ungerechtigkeiten aufweise und die Sonderinteressen der Spekulanten schütze. Hierauf wandte sich unser Redner der Vorlage über den Zwangsverbands-Gesegentwurf für Groß-Berlin zu, dem man eher den Namen Zwecklosen Verband belegen könnte. Bei näherer Betrachtung zeige sich ein solcher Verband als nichts anderes als eine Erpressung hoher Abfindungssummen für den Staat und die Straßenbahngesellschaft. Auch die Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels laufe nur darauf hinaus, den um Groß-Berlin wohnenden Grundbesitzern für erhebliche Summen ihr Land abzulaufen. Die Vorlage zielt darauf hin, in erster Linie die Bedürfnisse des Fiskus und zuletzt die der Gemeinde zu befriedigen.

Hierauf legte Genosse Bernstein Verwahrung dagegen ein, daß anfänglich der Kaisergeburtstagsfeier, zu der Magistrat und Stadtverordnete geladen waren, amtliche Ruberts Verwendung gefunden und Magistratsboten die Wege für die Veranstaltung besorgt haben. Zu verwundern sei, daß an dieser Privatfeierlichkeit auch Mitglieder der demokratischen und fortschrittlichen Partei teilgenommen haben. Diese Ausfährungen schienen der Liberalen Fraktion recht unangenehm zu sein, denn es erhob sich unter den Mitgliedern derselben eine allgemeine Unruhe. Und selbst der liberale Vorsteher Graf v. Ratuschka sprang von seinem Sitz

auf und ersuchte den Redner, den Kaiser nicht in die Debatte zu ziehen, im übrigen gebietet diese Ausführungen nicht zum Etat. Genosse Bernstein erwiderte sofort, daß seine Ausführungen wohl mit dem Etat in Verbindung ständen, seien doch zu dieser rein privaten Festlichkeit städtische Gelder verwendet worden und das müsse gekennzeichnet werden.

Hierauf machte unser Redner darauf aufmerksam, daß die Arbeiter in den kontinuierlichen Betrieben die adäquate Arbeitslohn nicht von Zeit zu Zeit eine Erhöhung der Löhne fordern. Auch sei die Gewährung einer Ferienzulage unbedingt erforderlich.

Mit Nachdruck mußte verlangt werden, daß endlich Anstalten zur Durchführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel getroffen werden, um so mehr, als diese Forderung in einer Reihe von Städten bereits durchgeführt ist. Ein besonderes Augenmerk sei zu richten auf die weitere Entwicklung des Fortbildungswesens und den Bau einer städtischen Turnhalle. Die einzige städtische Badeanstalt sei in den letzten Wochen so stark in Anspruch genommen worden, daß viele Personen wegen auszulagenden Wartens wieder umkehren mußten. Es fehle hauptsächlich eine Badeanstalt mit Schwimmbassin. Die Vabereinrichtung der Kanalisationsarbeiter sollte selbst den bescheidensten Anforderungen, die man an diese zu stellen berechtigt ist. Zum Teil mitgeteilt worden, daß, als ein Arbeiter die Kesselanlage habe zum Baden benutzen wollen, man das Fenster geöffnet und das Wasser abgelassen habe. Der Arbeiterausfluß stelle das berechtigste Verlangen, daß an seinen Sitzungen statt eines Assistenten, der Deputierten teilnehmen müsse. Im übrigen würde die sozialdemokratische Fraktion der Erhebung neuer Steuerzuschläge, durch die größtenteils der unbebaute Grund und Boden betroffen werde, zustimmen.

Stadtverordneter (wählbar) sang ein Klagegedicht darüber, daß die Arbeitslosenversicherung noch viel Kosten verursachen werde. Nachdem die Stadtverordneter Lässig, Jagow, Jöbel und der Räumlicher Nacho wiez sich noch in Kürze mit den Ausführungen unseres Redners beschäftigt hatten, wurde der Etat dem Ausschuss überwiesen.

Charlottenburg.

Der Hauptetat der Stadt Charlottenburg für das Rechnungsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912) schließt in Einnahme und Ausgabe mit 39 443 700 M ab. Hiervon entfallen auf das Ordinarium des Hauptetats 32 620 000 M gegen 29 381 000 M im Vorjahre, mithin ein Mehr von 3 239 000 M gegen das Vorjahr, auf das Extraordinarium 6 823 000 M mit einer Minderung von 90 800 M gegen das Vorjahr. Die 10 Sonderetats (für Kanalisation, Landhofen und Stätteplatz, Lagerplatz der Tiefbauverwaltung, Elektrizitätswerk, Gaswerke, Stiftungen, Vermächtnisse usw., Verbreitung der Biomardstraße, Grundbesitzerwerbsfonds, Müllbeseitigung und Wasserwerke) schließen insgesamt mit 22 947 574 M im Ordinarium und 10 486 451 M im Extraordinarium ab, so daß die Summe des Gesamtetats in Einnahme und Ausgabe mit 72 877 725 M balanciert.

Das Gleichgewicht des Etats konnte hergestellt werden, ohne den Ausgleichsfonds in Anspruch zu nehmen. Aus dem Verwaltungsüberschuss des Jahres 1909 fließt dem neuen Etat die Summe von 1 000 000 M zu. Günstig wirkten ferner die Mehreinnahmen der städtischen Werke, die beim Elektrizitätswerk 233 200 M (bei 1 133 200 M Ueberfluß) und bei den Gaswerken 608 400 M (bei 2 728 100 M Ueberfluß), zusammen 841 600 M (bei 3 856 300 M Gesamtlückenschluß) betragen.

Der Steueretat schließt mit einer Gesamteinnahme von 16 615 400 Mark (1910: 15 275 450 M); das Mehr an Einnahmen beträgt also 1 339 950 M. Im einzelnen sind an den Einnahmen beteiligt Gemeindefiskussteuer mit 8 594 400 M (1910: 7 870 400 M), Gemeindefiskussteuer 5 272 950 M (4 795 500 M), Gemeindefiskussteuer 1 200 000 M (1 450 000 M), Gemeindefiskussteuer (einschl. Warenhaussteuer des Vorjahres) 902 000 M (842 500 M), Warenhaussteuer 130 000 M (120 000 M), Betriebssteuer 38 000 M (35 000 M), Hundsteuer 180 000 M (162 000 M), Wertzuwachssteuer (die im Vorjahre noch nicht erhoben wurde) 300 000 Mark. An den Mehreinnahmen sind alle Steuerarten bis auf die Gemeindefiskussteuer beteiligt, bei der mit einem Mindereinnahme von 250 000 M gegen das Vorjahr gerechnet wird. Die Beträge der Wertzuwachssteuer, die mit 300 000 M eingeleitet sind, werden dem Bestande des Ausgleichsfonds zugeführt. Die Mehreinnahmen aus Steuern insgesamt belaufen sich gegenüber dem Vorjahre auf 1 033 050 M.

Die Gemeindefiskussteuer bleibt bei dem Zuschlag von 100 Proz.; Einkommen unter 900 M sind wie bisher steuerfrei. Die Zunahme des Gemeindefiskussteuersolls ist durch den wieder kräftiger werdenden Zugang von Besitzern und durch die fortdauernde Besserung der wirtschaftlichen Lage zu erklären.

Selbstmordversuch einer Krankenschwester. Aus bisher unbekanntem Grunde versuchte vorgestern die 23jährige Krankenschwester Karoline Kling ihrem Leben ein Ende zu machen, die seit einigen Monaten bei zwei alleinstehenden Damen in dem Hause Leonhardstr. 7 tätig war. Das junge Mädchen war vorgestern nachmittag allein zu Hause geblieben, angeblich, weil es sich nicht wohl fühlte. Als die beiden alten Damen gegen 8 Uhr abends nach Hause zurückkehrten, fanden sie die Pflegerin in bestunntem Zustand in ihrem Zimmer auf dem Sofa liegend. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte Sublimatvergiftung fest und veranlaßte die Ueberführung der K. nach dem Krankenhaus Westend, wo sie in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Der städtische Arbeitsnachweis Charlottenburg macht darauf aufmerksam, daß in seiner Zweigstelle am Wittenbergplatz Nr. 4 zahlreiche weibliche Bekehrte für Nachhilfe- und Privatunterricht sowie Engländerinnen und Französinen zur Erteilung von Sprachstunden gemeldet sind. Anmeldungen offener Stellen können mündlich, schriftlich oder durch Fernsprecher (Amt Charlottenburg 1487) erfolgen. Der Nachweis ist vollständig kostenlos.

Rixdorf.

Aus der Magistratsverwaltung. Die Annahme von Kostenvorschlüssen von Selbstzahlern bei der Krankenhauseinnahme soll in Zukunft nach den Vorschlägen der Armendeputation erfolgen. Der Magistrat beschloß weiter die Veranstellung von drei Volkssinfonierkonzerten mit dem Wächter-Orchester in der Saison 1911/12. Des weiteren wurde der Bau eines Anlaufgleises für Vordrängewege nach Kogge bei den vorgelegten Vertragsentwürfen beschlossen. Die Herrichtung von Räumen des Erdgeschosses in der Schule Thomsenstraße zu Unterrichtszimmer und Bibliothek wurde genehmigt. Die Kosten sollen aus den Mitteln des Kostenanschlags für die Schule Jonaststraße entnommen werden.

Zur Aufnahme eines weiteren Darlehens von 6 500 000 M. in Anrechnung auf die bereits genehmigte 33 Millionen-Anleihe beantragt der Magistrat die Zustimmung der heute nachmittag 5 Uhr im Rathaus tagenden Stadterordnetenversammlung. Die Aufnahme des den Jahresbedarf an Anleihegeldern für 1911 darstellenden Darlehens, welches mit 4 Proz. jährlich verzinst und mit 2 Proz. jährlich getilgt werden soll, erfolgt u. a. mit Rücksicht auf die beabsichtigte Durchführung von Verkehrsprojekten, Fertigstellung des Elektrizitätswerkes, Ausführung des Erweiterungsbaues der städtischen Gasanstalt, Erweiterung der Kanalisationsanlagen, Fortführung des Schiffahrtskanals.

Treptow-Dammshuldenweg.

Die Wahlen der Beisitzer für das zu errichtende Gewerbegericht finden für Arbeiter am Mittwoch, den 22. März dieses Jahres, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, im Rathaus, Neue Krugallee 1-3, Zimmer 50, für Arbeitnehmer am Sonntag, den 26. März d. J., von mittags 12 Uhr bis

nachmittags 6 Uhr, im Restaurant zur Rennbahn, Eisenstraße 115/116, statt.

Die Wählerlisten der Arbeitgeber liegen vom 13. bis 20. Februar 1911 im Rathaus, Neue Krugallee 1-3, Zimmer 52, in den Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Sonntag von 9-10 Uhr vormittags zur Einsichtnahme öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit derselben, insbesondere wegen nicht erfolgter Eintragung, sind während der Zeit der Auslegung beim Gemeindevorstande zu erheben.

Die Arbeitnehmer haben ihre Wahlberechtigung am Tage der Wahl durch ein Zeugnis des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde nachzuweisen. Formulare zu diesen Zeugnissen werden unentgeltlich im Rathaus, Neue Krugallee 1-3, Zimmer 1/2, verabfolgt.

Mhrensfelde.

Eine öffentliche, gut besuchte Versammlung tagte am Sonntag im Lokal von Schneider. Auch aus den umliegenden Orten, wie Blumberg, Jänsberg, Rehrow usw. waren Versammlungsberechtigter anwesend. Für den durch das Leichenbegängnis Singers verhinderten Abgeordneten des Kreises Genossen Stadthagen hatte Genosse Liebig das Referat übernommen. An der Versammlung nahmen außerdem eine große Anzahl Genossen aus Döberitz, der Verlauf der Versammlung sowie das Fortschreiten der Organisation im Bezirk sind ein gutes Zeichen für die nächsten Wahlen.

Nowawes.

Am Sonnabend, den 11. Februar, findet im Lokal des Herrn Schmidt, Wilhelmstraße 41-43, die Aufführung des Schauspiel „Ueber unsere Kraft“ von Björnson statt. Das Stück wird vom Märkischen Wandertheater unter Leitung des Herrn D. Geier aufgeführt. Der Chor wird von Mitgliedern des Männergesangvereins „Freier Männerchor“, sowie vom Theaterverein „Volkshäuser“ gestellt. Beginn der Vorstellung pünktlich 8 1/2 Uhr. Karten zum Preise von 60 Pf. sind in den bekannten Stellen zu haben. An der Abendkasse 70 Pf. Eine Wiederholung der Vorstellung kann nicht stattfinden. Der Bildungsausschuss.

Aus aller Welt.

Die Pest in Ostasien.

Die Lage in der von der Pestepidemie befallenen Zone wird immer trostloser. Auch die heute vorliegenden Meldungen über das Wüten des „schwarzen Todes“ entrollen grauenvolle Bilder des physischen und moralischen Elends der Bevölkerung. Nicht nur, daß der fürchterliche Tod den Eingeborenen in jedem Augenblick entgegensteht, die Seuche und die gegen ihre Weiterverbreitung notwendige Absperrung der Seuchenherde hat ungeheure Arbeitslosigkeit und in Verbindung damit Hungernöte herbeigeführt. So ist es denn bereits in einzelnen Orten zu gewaltigen Erhebungen der durch ihr Elend zur Verzweiflung Getriebenen gekommen. In Dschangtschong überfielen Arbeitslose im Verein mit Tschangusen die Stadt und plünderten sie vollständig aus. Die zur Hilfe entsandten drei Kompagnien chinesischer Soldaten kamen zu spät.

Selbst das letzte Rettungsmittel, durch Verbrennen der Pestleichen der Weiterverbreitung der Epidemie zu steuern, ist in Charbin, respektive in Fudschadjan, dem chinesischen Vororte der Stadt, unmöglich geworden. Bisher sind dort zwar etwa 8800 Leichen verbrannt worden, weitere Tausende liegen umher; ihre Verbrennung ist zur Unmöglichkeit geworden, da es an Petroleum mangelt, um die Leichen damit zu begießen.

In der Entseignungszone der Ostchinesischen Bahn sind nach einem Telegramm der russischen Telegraphen-Agentur seit Ausbruch der Pest am 26. Oktober vorigen Jahres bis zum 4. Januar dieses Jahres 1202 Chinesen und 44 Europäer an der Pest erkrankt und 1192 Chinesen und 40 Europäer gestorben. Die Zahlen beweisen, daß fast alle von der Pest Befallenen der Seuche zum Opfer fallen. — Eine große Skalamit liegt in der durchaus ungenügenden Zahl von Ärzten und Krankenpflegern; von den wenigen Heilern rafft die Pest täglich einige fort. In Charbin sind von den Rettungsmannschaften bisher drei Ärzte, ein Student, zwei Feldscherer und 12 Krankenpfleger gestorben.

In den Bildern des Grauens bildet ein bewundernswürdiges Element der Heldennut, mit dem eine Reihe von europäischen Ärzten dem Hüfiskus der chinesischen Regierung Folge geleistet haben und nun ihre Kunst inmitten der drohenden Gefahr ausüben. Die chinesische Regierung hat der Familie jedes Arztes, der bei der Ausübung seines Berufes ein Opfer der Pest werden sollte, 20 000 M. ausgezahlt. Die Ärzte hatten in ihrem Kampf gegen die Pest auch den Widerstand der untergeordneten Beamten zu überwinden, aber sie haben doch Hospitäler einrichten können, in denen die Kranken isoliert werden, und sie haben in den Stadtteilen, in denen die Pest wütet, weitgehende Desinfektionen durchgeführt, wobei sie unermüdlich, oft sechzehn Stunden am Tag, in den schmutzigsten Straßen arbeiteten. Als Dr. Lesny, der das erste Opfer der Pest unter den Ärzten wurde, den Todeskeim in sich fühlte, wies er jede Hilfeleistung von seinen Kollegen zurück und behandelte sich selbst, um nicht seinerseits den Keim der Ansteckung weiterzutragen. Dr. Jadsou, der gleichfalls an der Pest gestorben ist, hatte freiwillig die Pflege der Kräfte in Mufden übernommen, deren Lebensbedingungen einen besonders geeigneten Boden für die Ansteckung bilden, und er hat Munder andauernder Tätigkeit vollbracht, ehe die tödliche Krankheit ihn ergriff. Auch ein chinesischer Arzt, Dr. Wu, der in Cambridge studiert hat, zeichnet sich durch seine Energie und seinen Todesmut aus, die ihm mit unermüdlicher Kraft immer wieder an die gefährlichsten Posten eilen lassen. Die Ärzte behandeln täglich Hunderte von Erkrankten und arbeiten unter Bedingungen, die für europäische Begriffe undenkbar erscheinen.

Schneestürme.

Aus den verschiedensten Teilen des Reiches und Auslandes werden heftige Schneestürme gemeldet, die im Gefolge zu großen Verkehrsstörungen führten. In Hinterpomern und Westpreußen liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch. Auch Sachsen und Bayern hat unter Verkehrsstörungen, verursacht durch Schneeverwehungen, erheblich zu leiden. Ein Telegramm aus Wien berichtet, daß in Galizien und der Bukowina mehrere Menschen erfroren sind, viele Personen haben Erfrieren von einzelnen Gliedmaßen, Nase, Ohren, Hände und Füße erlitten.

Auf den westlichen Linien der Transkaukasischen Eisenbahn ist der Verkehr wegen ungewöhnlichen Schneefalles eingestellt worden. Mehrere Züge stecken im Schnee, welcher eine Höhe von zwei Metern erreicht. In verschiedenen Dörfern des Gouvernements Kutais sind die Dächer der Häuser eingestürzt. Da die Winterweiden vom Schnee bedeckt sind, so verhungert das Vieh. Die Lage der Dorfbewohner ist wegen der ungewöhnlichen Härte des Winters verzweifelt.

Ein Glendbild aus Ostasien.

In der Gemeinde Randel bei Ventchen wohnt seit etwa 25 Jahren der Arbeiter Bürger. Er hat sich dort verheiratet und regelmäßig seine Abgaben an die Gemeinde entrichtet. Zuletzt wohnte er drei Jahre in einem Hause der Gemeinde und zahlte dafür jährlich 45 M. Miete. Im Herbst vorigen Jahres wurde ihm die Wohnung gekündigt, und da er nicht gleich eine andere Wohnung finden konnte, wurde er im Wege der Ermission am 0. Dezember auf die Straße gesetzt. Trotz aller Bemühungen fand er keine Wohnung. Ein guter Freund stellte ihm vorläufig die Scheune zur Verfügung. So wohnt nun der 56 Jahre alte Mann mit seiner kränklichen Frau und seiner völlig gelähmten zweiundzwanzigjährigen Tochter noch jetzt in dieser Scheune. Nun ist auch der Mann noch krank geworden und liegt im Krankenbette. Bis dahin arbeitete er bei einem Tagelohn von 1,70 M. in der Stärkefabrik in Ventchen. Um die Kosten der Ermission usw. einzuziehen, hat man ihm seine beiden Schweine gepfändet. Da in Randel niemand bieten wollte, sind die Tiere in Ventchen versteigert worden. Auch die Kammer hat man ihm gepfändet und verkauft. Ebenso erging es mit einem beträchtlichen Teil seiner Kartoffeln. Nur einen kleinen Rest hat man den Armen gelassen.

Nachwehen der Doundsditsch-Affäre.

Gestern früh unternahm ein Polizeimannschaft, von denen eine große Anzahl mit Revolvern bewaffnet war, eine unvorhergesehene Absperrung bestimmter Straßen im Osten von London. Fast schien es, als ob es wieder zu einer Belagerung wie der in der Ebdnechstraße kommen würde. Jedoch wurden die Polizeimannschaften gegen 3 Uhr morgens zurückgezogen, nachdem ein junger Russe sowie eine Frau verhaftet worden waren, nach der schon seit Ende Dezember vorigen Jahres im Zusammenhang mit dem Nord in Doundsditsch gesucht wird.

Eine Mutter von 27 Kindern.

Der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ wird aus Riva Ligure an der Riviera di Ponente von einem Ehepaar berichtet, das in fünfzigjähriger Ehe 27 Kinder in die Welt gesetzt hat. Bei der Eheschließung war der Mann 24, die Frau 21. Das letzte Kind wurde im 47. Jahre der Mutter geboren. Die Frau hat die meisten Kinder selbst gezeugt. Unter den Geburten befand sich eine Zwillinge-, eine Drillinge- und eine Vierlingegeburt. Die Vierlinge starben aber gleich nach der Geburt. Wie viele der Kinder heute noch am Leben sind, sagt das Blatt nicht. Das fruchtbarste Ehepaar befindet sich in wirtschaftlich guter Lage und ist anscheinend völlig gesund und auch mit seiner Leistung sehr zufrieden.

Kleine Notizen.

Ein gebildeter Bomb. In der letzten Nacht wütete in Darmstadt ein Student wegen seines Betragens gewaltig auf einer Bar entfernt werden. Aus Ärger darüber holte er aus seiner Wohnung einen Revolver, drang in die Bar ein und gab auf den Wirten einen Schuß ab. Schließlich verhaftete die Polizei den Studenten, ehe er Unheil anrichten konnte.

Testamentschiebung. Der Poier Thabaud wurde in der französischen Stadt Chateau Veillant unter der Beschuldigung verhaftet, zwei Testamente gefälscht zu haben, wodurch Generalat Bequin zum Universalerben eines 1900 verstorbenen Tierarztes eingesetzt wird, der ein Vermögen von 400 000 Frank hinterlassen hat.

Bombenattentat. Auf der russisch-polnischen Eisenbahnstation Chelmin erschossen in der letzten Nacht unbekannt gebliebene Personen eine sie verfolgende Polizeibeamten. Auf der Flucht warfen sie dann eine Bombe, durch deren Explosion eine Person getötet und vier verwundet wurden. Einer der Verwundeten, der im Verdacht steht, die Bombe geworfen zu haben, liegt im Krankenhaus.

Wirbelsturm in einer französischen Kolonie. Nach einem im französischen Kolonialministerium eingetragenen Kabeltelegramm wütete auf der Insel Reunion ein heftiger Wirbelsturm, der drei Tage und zwei Nächte anhielt. Die Schädigung des Schadens ist unmöglich, da sämtliche Verbindungen unterbrochen sind.

Berliner Arbeiter-Schachklub.

- Osten I: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Böhl, Rüdigerdorfer Str. 26.
II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Böhl, Oberstr. 6.
Südost: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Ritsche, Reichensberger Straße 56.
Süd: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Urbeilstein, Wasserlocher 8.
Westen: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Böhl, Ansbach 17, Ecke Plottowstr.
Nordost I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lachowicz, Markt 13b.
II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Ritsch, Drontheimer Str. 4.
III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Baganz, Gendarmenpl. 3.
IV: jeden Sonntag 1/9 Uhr bei Ritsch, Bernauer Str. 19.
Vorpagen: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Blume, Alt-Vorpagen 56.
Charlottenburg: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Baum, Spreestr. 17.
Vieltrienberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rindberg, Grünrunkr. 15.
Ober-Zdunowische: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rodenbusch, Wilhelmstr. 64, Ecke Rathenaustr.
Rixdorf I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Stadmann, Bernstr. 46.
II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Weibe, Remonstr. 100.
III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rau, Wäldchenstr. 16.
Kopenik: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Bernart, Rudower Str. 28.

Briefkasten der Redaktion.

R. T. 34. 1. Es ist zweckmäßig, einen schriftlichen Beitrag zu schreiben. 2. Ausdrück über Kapitalanlage können wir ab. — R. T. 24. 1. Kein Ansehen Sie sich über den Schuldzins (vollstreckbare Urteilsausfertigung) ausbilden. 2. An die Firma. — G. T. 7. Sie müssen die Höhe Ihrer Miete angeben. — R. T. 76. Nr. — R. T. 7. Senden Sie sich an die Zentralkommission der Christenvereine, Engelauer 15. — G. T. 12. 1. Kein. Damit fallen die übrigen Fragen. — R. T. 52. Der Landesbeamte kam von der Verbindung Abstand nehmen. Sprechen Sie mit demselben. — G. T. 2. Gesuch an die Polizeibehörde. — G. T. 2. Die Überleitung in dem Raum ist statthaft. Nur die Maßgebende dürfen dabei nicht neugierig werden. — Wartha R. 100. Das Stammbuch gemäß in der Regel. — G. 119. Antrag aus Polizeipräsidium. — G. T. 103. 1. und 2. Die Doppelbesteuerung gestaltet das Gesetz, wenn tatsächlich die Abmeldung veripal eingegangen ist. Es wird hierbei wiederholt darauf hingewiesen, daß Vergehende amöds Vermeidung der Doppelbesteuerung ihren Antrag selbst er bei der Gemeindebehörde und, soweit sie steuerpflichtig sind, bei der Reichsgemeinde anzeigen. Die Abmeldung durch den Hauswirt bei der Polizei genügt nicht. — Genosse Mich. G. 1. Die für Berlin übliche Zeit ist alljährlich — einschließlich Sonntag — zwischen 10 Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags. Ist im Monatsvertrage etwas anderes vereinbart, so ist das maßgebend. 2. Felder ja. — V. M. 80. 1. Kein. 2. Zunächst müssen Sie Rückkehr fordern. Denn können Sie auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Erst, falls ein dahingehendes Urteil ergeht und die Frau binnen Jahresfrist nach Rechtskraft des Urteils nicht zurückkehrt, liegt Scheidungsgrund vor. — W. G. Lichtenberg. Kein. Sie müssen aber reklamieren. — G. T. 22. Einen „lustigen Verein“ müssen Sie sich schon selber ermitteln. —

Witterungsaussicht vom 8. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer Hand min | Wind- richtung | Wolken- bedeckung | Temper. u. d. Luft | Stationen | Barometer Hand min | Wind- richtung | Wolken- bedeckung | Temper. u. d. Luft |
|-----------------|-----------------------|-------------------|----------------------|-----------------------|-----------|-----------------------|-------------------|----------------------|-----------------------|
| Frankfurt | 771 M | 6 wolkig | — | 2 | Darmstadt | 765 M | 2 wolkenl. | — | 17 |
| Darmstadt | 775 M | 3 halb b. | — | 2 | Berlin | 757 M | 1 Schnee | — | 17 |
| Berlin | 772 M | 3 wolkig | — | 3 | Stettin | 778 M | 2 bedeckt | — | 5 |
| Frankfurt a. M. | 773 M | 1 wolkig | — | 1 | Berden | 780 M | 1 heiter | — | 1 |
| München | 778 M | 4 wolkig | — | 3 | Paris | 777 M | 3 bedeckt | — | 9 |
| Wien | 768 M | 5 wolkig | — | 3 | | | | | |

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. Februar 1911.
Zunächst vielfach heiteres Frostwetter mit ziemlich frischen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

